

Was bleibt nach dem Hass?



Es bleiben Blumen, Plüsch und Trauer am Tatort: Drei Kinder starben bei der Messerattacke eines vermeintlichen Asylbewerbers am 29. Juli in Southport Foto: Owen Humphreys/dpa

Einen Monat nach dem Messerangriff im britischen Southport und der darauf folgenden rechten Randalen im Land: Solidarität und Zusammenhalt machen Hoffnung **4-5, 12**

Sechs Tage nach dem Messerangriff in Solingen setzt die Opposition den Kanzler mit Forderungen nach einer härteren Asylpolitik unter Druck **3, 7**

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Donald Trump ist sich sicher: Würde Jesus die Auszählung der Stimmen bei den US-Wahlen übernehmen, würde er selbst die Demokraten-Festung Kalifornien erobern.

Holy Shit.

Auf dem Trockendock
Die Rettung der Meyer-Werft könnte noch an der FDP scheitern

2

Ausgabe Berlin
Nr. 13448
€ 3,40 Ausland
€ 2,80 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch
23.492

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de taz

Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune
www.taz.de



Kommentar von **Frederik Eikmanns** zu Friedrich Merz' Notstandsrhetorik

Verantwortungslos und kontraproduktiv

Der mutmaßlich islamistische Anschlag von Solingen ist ohne Frage dramatisch. Neben dem Leid der Opfer und dem Unglück der Angehörigen hat die Tat viele auch fernab des Tatorts erschüttert und verunsichert. Das wiegt schwer. Und der Anschlag wirft viele Fragen auf: nach den Kompetenzen der Sicherheitsbehörden etwa oder dem Kurs in der Geflüchtetenpolitik. Ein Grund, den Notstand auszurufen, ist er aber ganz sicher nicht.

Genau das behauptet allerdings CDU-Chef Friedrich Merz, wenn er, wie am Dienstag, von einer „nationalen Notlage“ spricht, in der Deutschland sich befinde und die sich nur durch eine Wende in der Geflüchtetenpolitik beenden lasse. In eine ähnliche Richtung geht auch Merz' Satz: „Dem Bundeskanzler entgleitet mittlerweile das eigene Land.“

Man sollte misstrauisch werden, wenn Politiker*innen in apokalyptischem Ton sprechen und die ganz große Staatskrise heraufbeschwören. Denn wenn es um alles geht – und nicht anderes suggeriert Merz ja, wenn er sagt, der Kanzler verliere die Kontrolle über „das Land“ –, dann fallen die Hemmungen und Schranken.

Im Notstand wird möglich, was sonst aus guten Gründen nicht möglich ist. Merz buchstabiert das sehr explizit aus: „Es gibt kein Tabu“, sagte er,

angesprochen auf mögliche Grundgesetzänderungen. EU-Recht möchte er aushebeln, um einen „faktischen Aufnahmestopp“ zu erreichen. Und zu Gesprächen mit den Regimen in Afghanistan und Syrien über mögliche Abschiebungen sagte Merz: „Man muss dann auch mit dem Teufel sprechen.“ Die quasireligiöse Metaphorik macht den vermeintlichen Ernst der Lage klar: Um aus Merz' „nationaler Notlage“ herauszukommen, ist jedes Mittel recht, selbst das Gespräch mit dem Teufel.

Diese Rhetorik geht aber schlicht an der Realität vorbei. Ohne das Leid der Opfer und Angehörigen in Solingen schmälern zu wollen oder die Verunsicherung der vielen anderen in diesem Land kleinzureden: In einem freiheitlichen Rechtsstaat gibt es keine absolute Sicherheit. Das politische und gesellschaftliche System Deutschlands ist stabil – dem Anschlag zum Trotz.

Vor allem aber ist es unverantwortlich und kontraproduktiv, so zu sprechen. Es bestärkt die Rechtsextremen, die Deutschland durch die Aufnahme von Geflüchteten schon länger in einer existenziellen Krise wähen. Nicht ohne Grund sind sie es, die seit jeher in Umsturzphantasien schwelgen und eine Obsession mit dem Ausnahmezustand pflegen, in dem Demokratie, Grundrechte und Moral kurzerhand beiseitegewischt werden.

steile these

„Es gibt für Wagenknecht wohl kaum Schlimmeres als Kontrollverlust“
Pascal Beucker zum neuerlichen Datenleck beim BSW

13

Anzeige



Recht auf Klimaschutz für alle:
Bei der Zukunftsklage von Greenpeace und Germanwatch mitmachen bis zum 31.8.!

Alle Infos unter www.zukunftsklage.de



US-Investor **Martin Shkreli** muss Kopien des Wu-Tang-Albums abgeben

Der US-Investor und „Pharma Bro“ Martin Shkreli muss seine Kopien des Wu-Tang-Clan-Albums „Once Upon a Time in Shaolin“ aushändigen. Eine New Yorker Bundesrichterin erließ eine einstweilige Verfügung, die Shkreli den Besitz, Gebrauch, Verkauf oder jede Art der Verbreitung untersagt.

Die legendäre HipHop-Crew Wu-Tang Clan ist die Schöpferin des Albums „Once Upon a Time in Shaolin“. Sie entschied sich 2015, das Album nicht wie gewöhnlich auf Streaming-services zu veröffentlichen, sondern nur eine einzige Kopie in einer Auktion zu verkaufen. Die Entscheidung sollte ein Statement sein, um auf den Wert von Musik im Streamingzeitalter aufmerksam zu machen und das Album von der Populärkunst in die Hochkultur zu heben. Auf dem Kunstmarkt ist der Verkauf einer limitierten Auflage üblicher. Wu-Tang-Mitglied RZA erhoffte sich damit „eine Veränderung der Wahrnehmung, des Wertes und der Würdigung von Musik“, wie er in einem Kommentar zur Auktion bekanntgab.

Der Pharmaunternehmer Martin Shkreli sah darin vor allem die Chance auf einen gigantischen teuren Mittelfinger: „Es gibt eine Menge Dinge, die reiche Leute tun, um anzugeben“, kommentierte Shkreli den Kauf. Da ginge es natürlich um Berühmtheit, aber auch darum, „seinen Freunden oder seiner letzten Firma zu sagen: Hey, fickt euch, schaut mich an, ich habe dieses 2-Millionen-Dollar-Album. Das machen die Typen die ganze Zeit.“ So begründet der 41-Jährige seinen Kauf.

Shkreli generierte vor dem Kauf Berühmtheit als CEO der Pharma-Firma Retrophin. Dort war er für die Preissteigerung des Medikaments Thiola zur Behandlung der Stoffwechselerkrankung Cystinurie in den USA verantwortlich. Er erhöhte den Preis pro Pille von 1,50 auf 30 Dollar. Patient*innen benötigen 10 bis 15 pro Tag. Nach seinem Rausschmiss bei Retrophin gründete Shkreli sein eigenes Unternehmen, Turing Pharmaceuticals. Die Strategie: Er erwarb günstig abgelaufene Patente für Nischenmedikamente und bewertete den Preis der Medikamente neu.

Turing erwarb etwa die Patente für Daraprim, das gegen Malaria, Parasiten und zur Therapie von Aids eingesetzt wird. Er erhöhte den Preis von 13,50 auf 750 Dollar pro Pille – eine Aktion, die Shkreli sogar Kritik von Donald Trump einbrachte: „He looks like a spoiled brat“, Shkreli sehe aus wie eine verwöhnte Göre. Damals war der Begriff „brat“ noch überwiegend negativ konnotiert und kein Social-Media-Trend.

Abhängige Patient*innen auszubeuten ist in den USA nicht illegal – Investor*innen zu täuschen aber wohl. Shkreli wurde im Jahr 2017 von einem US-Gericht zu sieben Jahren Haft verurteilt. Außerdem sollten 7,4 Millionen Dollar seiner Vermögenswerte beschlagnahmt werden. Der US-amerikanische Staat beschlagnahmte daher auch „Once Upon a Time in Shaolin“, das von Shkreli ersteigerte Wu-Tang-Album. Für den Unternehmer bedeutete die Pfändung, dass er sich endgültig von der Musik trennen musste, denn der Verkauf des Albums ging mit der Auflage einher, keine Kopien anzufertigen und das Album für mindestens 88 Jahre nicht zu veröffentlichen. Getreu dem Motto, das der Band seit ihrer Grammy-Verleihung 1998 anhaftet: Wu-Tang ist eben „for the children“.

Kurz nach Absitzen seiner Gefängnisstrafe behauptete er in den sozialen Medien, noch Kopien des begehrten Albums zu besitzen, und veröffentlichte Ausschnitte. Nun muss der US-Unternehmer die Kopien aushändigen.

Jannik Grimmacher

Foto: Anr Alifdpa

Staatliche Finanzspritze für Meyer-Werft?

Der Bund und das Land Niedersachsen planen, den kriselnden Kreuzfahrtschiffbauer zu 80 Prozent zu übernehmen. Das Finanzministerium meldet Zweifel an

Von **Gernot Knödler**

Zur Rettung der angeschlagenen Meyer-Werft im Emsland wollen der Bund und das Land Niedersachsen die Werft mehrheitlich übernehmen. Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) rechtfertigte das Engagement mit der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Werft, die ihr Hauptgeschäft mit Kreuzfahrtschiffen macht. 20.000 Arbeitsplätze in Deutschland hängen direkt und indirekt von der Werft ab, sagte Lies in einer Regierungserklärung am Mittwoch. Die Wettbewerbsfähigkeit und der Ruf des gesamten Schiffbaustandorts Deutschland stünden auf dem Spiel. „Der Staat kann dabei nicht Zuschauer sein“, sagte der Minister. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte schon bei einer Betriebsversammlung in der vergangenen Woche versichert: „Wir lassen die Werft nicht allein.“

Der Bund und das Land planen laut Lies, sich mit 400 Millionen Euro an der Werft zu beteiligen und damit rund 80 Prozent der Unternehmensanteile zu erwerben. Sie wollen außer-

dem Bürgschaften von insgesamt 2,6 Milliarden Euro gewähren, um den Weiterbetrieb zu sichern und eine Insolvenz abzuwenden.

Die restlichen 20 Prozent der Anteile soll die Familie Meyer behalten. „Wir haben nicht das Ziel, langfristig Mehrheitsgesellschafter zu bleiben“, versicherte Lies. Mit der Familie sei eine Rückkaufoption vereinbart.

Voraussetzung für die staatliche Geldspritze ist ein Test, der sicherstellen soll, dass sich ein ähnlich großer privater Investor zu denselben Konditionen bei dem Unternehmen engagieren würde.

Allerdings hat sich ein tatsächlicher privater Investor, der bereit wäre, zusätzlich Geld in das Unternehmen zu pumpen, nicht gefunden. Dabei hatte Ministerpräsident Stephan Weil vor einigen Wochen noch erklärt, die Suche nach einem privaten Investor habe Priorität.

Nach einem Bericht des NDR stößt eine reine Staatsfinanzierung allerdings auf Skepsis in Teilen der Bundesregierung. Der Sender zitiert ein Dokument aus dem Bundesfinanzminis-

terium, nach dem das „Einwerben eines privaten Investors mit mind. 30% EK-Beteiligung“ (EK für Eigenkapital) Voraussetzung für eine staatliche Beteiligung sein müsse.

Ökonomen sehen das Einbinden eines Privatinvestors skeptisch. „Das, was wirklich besorgniserregend ist, ist, dass hier ein Unternehmen in Schieflage gekommen ist, aber überhaupt kein privater Investor sich beteiligen will, trotz dieser großzügigen staatlichen Garantien“, sagte Marcel Fratzscher vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Der Ökonom Heiner Flassbeck spricht von „Symbolpolitik mit Helm“, bezugnehmend auf den öffentlich wirksamen Besuch von Kanzler Scholz auf der Werft. Statt ein paar Tausend Arbeitsplätze zu retten, solle der Kanzler lieber etwas gegen die Talfahrt der gesamten Wirtschaft unternehmen, indem er etwa die Schuldenbremse lockere, sagt Flassbeck.

Der NDR verwies auch auf eine regierungsinterne Liste. Diese macht das Risiko sichtbar, das der deutsche Staat im Zusammenhang mit der Meyer-

Werft eingegangen ist. Aus der geht hervor, dass die 19 Milliarden Euro an Bürgschaften und Krediten an die Werft sowie die Reedereien, die bei Meyer Schiffe bestellt haben, ausgereicht haben. 15,4 Milliarden davon seien Bürgschaften für Kredite der Reedereien. Die Bundesministerien für Finanzen und Wirtschaft wollten die NDR-Angaben nicht kommentieren.

Zu rechtfertigen ist dieses Risiko nur, wenn damit tatsächlich eine vorübergehende wirtschaftlich schwache Lage der Werft überbrückt wird. Das Unternehmen erklärte diese mit der Coronapandemie, in der Schiffe unter Quarantäne gestellt, Reisen abgesagt und in der Folge Aufträge verschoben wurden. Dazu kamen stark steigende Materialpreise aufgrund von beeinträchtigten Lieferketten und gestiegene Energiepreise wegen des Ukrainekriegs.

Das Bundeswirtschaftsministerium betont die Bedeutung der Werft für das maritime Cluster Deutschlands. Auch für die Energiewende spiele sie eine Rolle. Deshalb werde eine Unterstützung geprüft.

Ein Kreuzfahrtschiff der Luxusklasse: Mehr gewinnbringende Aufträge könnte die Meyer-Werft gut gebrauchen
Foto: Lars Penning/dpa



Keine schnelle Lösung

Die EU stellt sich auf eine neue Migrationsdebatte ein. Von der Leyen bleibt gelassen.

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Die EU richtet sich auf eine neue Migrationsdebatte ein. Angestoßen wird sie nicht nur von Deutschland, das nach dem Attentat von Solingen über schärfere Gesetze diskutiert und dabei – wie Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) – mit dem Finger auf Brüssel zeigt.

Angeheizt wird der Streit auch von 15 weiteren EU-Ländern, die seit Monaten mehr Einsatz gegen irreguläre Migration fordern – und von der Krise in Spanien. Seit Januar sind mehr als 22.000 Migranten aus Afrika auf den Kanarischen Inseln angekommen. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Doch wer von Brüssel schnelle Lösungen erwartet, wird enttäuscht. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt es bisher nicht einmal für nötig, auf

die Forderungen ihres Parteifreunds Merz einzugehen. Sie verspricht aber weiterhin, die umstrittene EU-Grenzschutzagentur Frontex auszubauen und die Zahl der Grenzschützer auf 30.000 zu verdreifachen. Dazu kündigt sie einen „neuen Ansatz für Rückführungen“ von nicht anerkannten Asylbewerbern an. Dafür ist ein Rechtsrahmen geplant, der für schnellere Verfahren sorgen soll.

Doch wann und wie das umgesetzt werden soll, ist unklar. Die nächste EU-Kommission dürfte im November ihre Arbeit aufnehmen, neue Gesetze brauchen Jahre. Selbst der vor der Europawahl eiligst verabschiedete neue Asyl- und Migrationspakt tritt erst 2026 vollständig in Kraft.

Natürlich könne jedes EU-Land schneller handeln, sagt die CDU-Europabeordnete Lena Düpont, die den Pakt mit ausgehandelt hat. „Die Wir-

kung bleibt aber, das haben wir immer kommuniziert, eine mittelfristige“.

Und was ist mit der „nationalen Notlage“, die Merz ausrufen will, um EU-Regeln zu umgehen? Bisher sei völlig unklar, was der CDU-Chef damit meint, heißt es in Brüssel. Die deutschen Grenzkontrollen könnten schon jetzt verlängert werden, wenn dies gut begründet wird. Am Asylrecht und an der Genfer Flüchtlingskonvention werde man jedoch nicht rütteln, heißt es im Ministerrat.

Auch eine Reform der umstrittenen Dublin-Verordnung steht nicht zur Debatte. Solingen sei ein schlechtes Beispiel, heißt es in Brüssel. Schließlich hätten die Behörden die in „Dublin“ vorgesehenen Fristen für die Rücküberführung nach Bulgarien nicht eingehalten. Deutschland müsse sich daher an die eigene Nase fassen, statt den Fehler bei der EU zu suchen.

taz **lage**

Das neue Kolumnenjahr

Einmal im Jahr haben wir bei taz zwei die Qual der Wahl. Im Ressort müssen wir uns einigen, wer künftig für uns Kolumnen schreibt. Eine Entscheidung, die wir uns nicht einfach machen und die in einem höchst demokratischen Prozess gefällt wird. Für die nächsten zwölf Monate stehen unsere Kolumnist_innen nun fest und ich stelle sie Ihnen hier kurz vor.

Wir freuen uns, dass auf der Seite 14 der werktäglichen taz (und natürlich auf taz.de) weiterhin Ambros Waibel über den Haushalt schreibt, Lea Roth über die Waldorf-Pädagogik, Volkan Ağar über die Klassengesellschaft und Simone Dede Ayivi darüber, was in antirassistischen und linken Kämpfen falsch läuft.

Neu begrüßen in der Runde wollen wir Philipp Rhensius, der sich mit Szenen aus dem Alltag beschäftigt. Christiane Rösinger kolumniert über das Boomer-Dasein, Anastasia Zejneli erklärt uns mithilfe der Popkultur die Wirtschaftspolitik und Anna Fastabend berichtet von ihrem Leben als Frau ab 39.

Und auch auf unserer Medienseite gibt es neue Gesichter. Daniél Kretschmar wird über Technologie und Kapitalismus schreiben. Alexandra Hilpert berichtet aus der Gaming-Welt. Medienprofi Steffen Grimberg bleibt uns mit seiner Kolumne „Flimmern und Rauschen“ zum Glück auch erhalten. Wir freuen uns und sind gespannt auf alle Kolumnen, die kommen. Ab dem 2. September geht es los.

Carolina Schwarz



Kein Modell zum Nachahmen: Dänemark führt seit 2016 Grenzkontrollen zu Deutschland durch, was gegen EU-Recht verstößt
Foto: dts Nachrichtenagentur/imago

Grenzen der Asylpolitik

Die Sozialdemokraten in Dänemark setzen auf einen extrem restriktiven Kurs in der Asylpolitik. Auch deutsche Politiker*innen fordern immer wieder das „dänische Modell“. Doch funktioniert das? Die wichtigsten Fragen und Antworten

Von Dinah Riese

Seit Jahren fordern Politiker*innen, Deutschland müsse sich in der Asylpolitik an Dänemark orientieren. Gerade erst hat auch CDU-Chef Friedrich Merz dem Kanzler diesen Tipp mitgegeben. Was ist das eigentlich, das „dänische Modell“?

Die Regierung der sozialdemokratischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hat ein klares Ziel: „null Asylbewerber“. Dabei setzt das Land vor allem auf eine harte Abschiebepaxis – und auf extrem miese Bedingungen für diejenigen, die in Dänemark Schutz suchen. Das Signal: Geflüchtete sind unerwünscht.

Was genau macht Dänemark?

Dänemarks Asylsystem war schon lange sehr restriktiv, wurde aber 2019 mit dem sogenannten Paradigmenwechsel-Gesetz nochmal massiv verschärft. Geflüchtete bekommen generell nur sehr prekäre, befristete Aufenthaltstitel. Sie sollen sich nicht integrieren (können). Die Behörden dürfen ihnen Geld und Schmuck bis zu einem bestimmten Wert abnehmen – was in der Realität aber kaum umgesetzt wird. Für Ausreisepflichtige oder Geduldete gibt es Abschiebegefängnisse, die weit abseits der urbanen Zentren liegen. Das Anti-Folter-Komitee des Europarats erklärte, die Zustände etwa im Ausreisezentrum Ellebæk seien „nicht für Menschen“ geeignet – selbst in Russland finde man bessere Bedingungen. Der sozialdemokratische Integrationsminister antwortete darauf, es solle dort eben nicht „behaglich“ sein, die Menschen sollten ja ausreisen.

Das will das Land mit noch weiteren Maßnahmen klar machen. Der Familiennachzug ist eingeschränkt. Es gibt Rückkehrprämien von bis zu 5.400 Euro. Außerdem gibt es ein sogenanntes Ghetto-Gesetz: In Brennpunktstadtteilen werden Straftaten härter bestraft, Menschen können sogar zwangs-

umgesiedelt werden. Eins der Kriterien dafür ist pauschal der Anteil „nichtwestlicher“ Migrant*innen. Dänemark hatte außerdem den Familiennachzug für Geflüchtete erst nach drei Jahren erlaubt – was der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2021 für rechtswidrig erklärte. Und Dänemark führt seit 2016 wieder permanente Grenzkontrollen zu Deutschland durch – was eigentlich gegen EU-Recht verstößt.

Wollte Dänemark nicht auch seine Asylverfahren nach Ruanda auslagern?

Ja, 2021 hat Dänemark ein entsprechendes Gesetz verabschiedet und intensiv an der Umsetzung gearbeitet. Passiert ist es dann aber nie. 2023 hat die Regierung ihr „Prestigeprojekt“ dann auch offiziell auf Eis gelegt. Man setze nun auf gemeinsame europäische Lösungen, hieß es.

Stimmt es, dass Dänemark nach Syrien abschiebt?

Das droht Dänemark auf jeden Fall schon lange an. Tatsächlich hat das Land bestimmte Teile Syriens formal als „sicher“ deklariert und Syrer*innen bereits die Aufenthaltstitel entzogen. Abgeschoben wurde aber bis heute niemand – auch weil Dänemark keine Beziehungen zum syrischen Regime unterhält.

Könnte man so etwas wie das dänische Modell in Deutschland überhaupt nachmachen?

Nein. Dauerhafte Grenzkontrollen sind wie gesagt rechtswidrig. Zweitens hat Dänemark nur eine Landgrenze zu kontrollieren, und zwar die nach Deutschland – mit einer Länge von gerade mal 68 Kilometern. Dazu kommt die See-grenze zu Schweden mit 115 Kilometern. Deutschland hingegen grenzt an neun Nachbarstaaten. Selbst, wenn man nur die im Zentrum der Debatte stehenden Grenzen zu Österreich, Tschechien und Polen kontrollieren wollte, käme man auf 2.103 Kilometer. Und was das Asylrecht angeht: Dänemark hat beim Eintritt in die EU Vorbehalte im Bereich Inneres und Justiz

geltend gemacht: Verschiedene EU-Richtlinien in Asylfragen gelten für das Land nicht. „Dänemark nimmt für sich Sonderregeln in Anspruch und bricht außerdem EU-Recht, wie bei den Grenzkontrollen“, sagt Maximilian Pichl, Professor für Soziales Recht an der Hochschule Rhein-Main. „Das können Politiker jetzt natürlich als Vorbild sehen – dann stellen sie aber ehrlicherweise das Prinzip der EU komplett in Frage.“

Aber Dänemark erreicht mit dieser Politik doch seine Ziele, oder? Die Zahl der Asylsuchenden ist seit 2015 massiv zurückgegangen.

Ja. Dabei dürften durchaus die Grenzkontrollen eine Rolle gespielt haben. Allerdings zwang der Bürgerkrieg in Syrien 2015 und in den Folgejahren besonders viele Menschen zur Flucht – seither sind die Zahlen überall in der EU massiv gesunken. Vergleicht man die Statistiken Dänemarks und Deutschlands, ähneln sich die Kurven. Weniger eindeutig ist die Wirkung des sogenannten dänischen „Paradigmenwechsels“ von 2019: Seither hat sich die Anzahl an Asylanträgen zwar zunächst noch einmal verringert – seit 2021 aber steigt sie sogar an. So hat sich die Zahl der Asylanträge 2022 verdreifacht.

Die Asylanträge sind das eine. Was ist mit den Abschiebungen?

Dänemark selbst betont oft, wie erfolgreich es bei Abschiebungen ist. „Aber auch Dänemark kann längst nicht alle Ausreisepflichtigen auch wirklich abschieben“, sagt Migrationsexperte Pichl. Manche Menschen saßen lange Zeit unter menschenunwürdigen Bedingungen in den Zentren fest, andere tauchten unter. Von 653 Abzuschiebenden in den vergangenen drei Jahren seien zivilgesellschaftlichen Initiativen zufolge 419 vom Radar der Behörden verschwunden. Diese bleiben dann illegal im Land – oder finden ihren Weg in andere EU-Staaten.

Fans des dänischen Modells betonen gerne, dass durch die harte Asylpolitik die Rechtsaußenpar-

tei „Dänische Volkspartei“ keine Rolle mehr spiele. Gerade mit Blick auf hiesige AfD-Erfolge: Ist das Modell doch ein Erfolgsrezept?

Nur auf den ersten Blick. 2015 erzielte die Dänische Volkspartei (DF) mit 21 Prozent ein Rekordergebnis und wurde zweitstärkste Kraft, 2019 stürzte sie massiv ab und krebst inzwischen bei 2 Prozent herum. Seither haben sich allerdings gleich mehrere neue extrem rechte Akteure etabliert, zeigt eine Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Inzwischen sitzen drei radikal rechte Parteien im dänischen Parlament, ihr Stimmenanteil lag bei der Wahl 2022 bei knapp 15 Prozent. Lässt man das Rekordergebnis der DF im Jahr 2015 außen vor, ist die Bilanz deutlich: Die extreme Rechte in Dänemark war noch nie so stark wie heute.

Aber immerhin zeigt Dänemark doch, dass es sich für sozialdemokratische Parteien lohnt, auf restriktive Migrationspolitik zu setzen. Oder?

Tatsächlich blieben die Sozialdemokraten bei der Wahl 2019 stabil, während die Rechten von 21 auf unter 9 Prozent krachten. Für viele ist das der Beweis, dass ein harter Kurs in der Asylpolitik ein Rettungsanker für die international wie auch in Deutschland strauhelnde Sozialdemokratie sei. Studien zeigen aber, dass die Partei vor allem mit linker Wirtschafts- und Sozialpolitik punkten konnte und damit, dass den Rechten in Klima- und Umweltfragen blank waren. Das waren die Hauptgründe für Wähler*innen, von der DF zu den Sozialdemokraten zu wechseln. Die besonders einwanderungsfeindlichen Wähler*innen hingegen blieben den Rechten treu. Und: Nach der Wahl 2022 ist der Migrationskurs der Regierung gleich geblieben, in der Sozial- und Wirtschaftspolitik aber ist sie nach rechts gerückt. Seither verlieren die Sozialdemokraten deutlich an Zustimmung.

Also ist das alles eigentlich wirkungslos?

Neuer Gipfel zu Geflüchtetenpolitik

Nach Solingen Bundesinnenministerin Faeser (SPD) plant ein Gipfeltreffen zur Geflüchtetenpolitik, bei dem es um Konsequenzen aus dem Anschlag von Solingen gehen soll. Eingeladen sind laut Kanzler Olaf Scholz (SPD) nicht nur die Ministerpräsident*innen der Länder, sondern auch Vertreter*innen der CDU. Ein genaues Datum ist noch nicht bekannt, Scholz sagte lediglich, die Gespräche sollen „sehr zügig“ stattfinden. „Wir werden nicht zur Tagesordnung übergehen.“

Merz mischt mit Mit der Gipfel-Ankündigung reagiert der Kanzler auf einen Vorschlag von CDU-Chef Friedrich Merz. Dieser hatte dem Kanzler angeboten, zusammen mit der Union eine massive Verschärfung der Migrationspolitik zu beschließen. Dies war vielfach als Versuch interpretiert worden, einen Keil zwischen die Ampelparteien zu treiben.

Mehr Befugnisse Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sprach sich am Mittwoch dafür aus, die deutschen Sicherheitsbehörden zu stärken. Er nannte etwa die Ausrüstung und Befugnisse der Behörden, aber auch Deradikalisierungsprojekte und Veränderungen in der Migrationspolitik. (Fre)

„Wissenschaftlich ist längst erwiesen, dass abschreckende Maßnahmen wie Arbeitsverbote oder gekürzte Sozialleistungen sich auf die Migrationsbewegungen von Geflüchteten nur sehr begrenzt auswirken“, sagt Pichl. Viel wichtiger seien etwa Netzwerke und Kontakte vor Ort oder ein funktionierender Rechtsstaat. Für Betroffene in Dänemark hingegen haben die Gesetze sehr konkrete Auswirkungen. Der Diskurs in Dänemark Geflüchteten und Migrant*innen gegenüber ist fast durchweg feindselig bis rassistisch. Geflüchtete leiden unter den prekären Bedingungen. Einer aktuellen Studie der Rockwool Foundation zufolge lebt knapp die Hälfte der geflüchteten Familien mit Kindern unter der Armutsgrenze. „Bestehende Integrationsfolge hat die dänische Regierung mit dieser Politik zunichtegemacht“, sagt Pichl.

Die Güte ist größer als der Hass

Das Entsetzen ist auch einen Monat nach dem Massaker von Southport und den Krawallen danach groß, die Solidarität allerdings auch. Und die Gerichte verurteilen die Teilnehmer am Mob zügig zu Haftstrafen

Aus Southport und Liverpool **Daniel Zylbersztajn-Lewandowski**

An der Eingangstür seines Krämerladens „Windsor Mini Mart“ hat Chanaka Balusurja ein riesiges Plakat angebracht. „Danke zu sagen, ist nicht genug!“ beginnt die Würdigung der Menschen von Southport. Es folgt eine Erklärung, wie sich der 41-Jährige und seine Frau am 30. Juli in Sicherheit bringen mussten, als ein rechter Mob seinen Laden verwüstete. Doch die Welle der Solidarität, die über sie kam, hatten sie nicht erwartet hatten, und hat sie regelrecht überwältigt.

Am 29. Juli hatte ein Attentäter in Southport bei einer Taylor-Swift-Tanzveranstaltung drei Schulkinder mit einem Messer ermordet. Nachdem Gerüchte in den sozialen Medien aufgekommen waren, dass der Täter ein muslimischer Asylsuchender sei, versammelten sich in Southport Dutzende wütende, rechtsextreme Personen und lebten auf den Straßen und vor der Moschee ihren rassistischen und islamfeindlichen Zorn aus. Später stellte sich heraus, dass der Täter Brite ist, Sohn christlicher ruandischer Eltern, im walisischen Cardiff geboren und aufgewachsen.

Als sich die rasch herbeigerufene Polizei schützend um die Moschee stellte, wurde sie selbst zur Zielscheibe. Der Mob rief islamfeindliche Parolen sowie den rechten Spruch „Wir wollen unser Land zurück“. Dann flogen Betonblöcke, Ziegelsteine, Bierflaschen und Mülltonnen. 53 Polizist:innen wurden verletzt. Auf anderen Straßen Englands und Belfasts in Nordirland wiederholten sich sechs Tage lang ähnliche Krawalle.

Pech für Chanaka Balusurja, dass sein Laden gerade mal zwei Minuten Fußweg von der Moschee entfernt liegt. Dass Balusurja Buddhist aus Sri Lanka ist und seine Frau Katholikin, spielte dabei keine Rolle. „Sie räumten den Laden aus und stahlen vor allen Alkohol und Zigarettens.“ erzählt er. Die Getränke waren fürs Trinkgelage, die leeren Flaschen weitere Wurfgeschosse.

Als alles vorbei war, stand Balusurja vor dem Ruin. Doch Bewohner:innen von Southport starteten sofort eine Crowdfunding-Aktion, viele sahen persönlich vorbei. Es kamen mehrere Tausend Pfund zusammen und der Laden wurde wieder hergerichtet. „Es war ein moralischer Wiederaufbau, der das Trauma langsam heilen lässt“, sagt Balusurja. Als König Charles vergangene Woche Southport besuchte, gehörten Balusurja und seine Frau zu den Geladenen. Neben den traumatisierten Überlebenden der Messerattacke sowie ihren Familienangehörigen waren auch betroffene Polizeibeamte:innen mit dabei, Mitglieder der Rettungsdienste, der Imam der Stadt und freiwillige Helfer, die nach den Ausschreitungen die Straßen aufräumten und Zerstörtes reparierten.

Während Balusurja redet, blickt auf einem Regal über seinem Kopf eine kleine Buddha-Statue gemeinsam mit Jesus-Figuren hinter einer LED-Sonne in den Laden. „Der kleine Schrein blieb während des Angriffs unversehrt“, sagt Balusurja. Obwohl er ruhig spricht, ist ihm das Trauma der letzten Wochen anzumerken.

Das Massaker von Southport ist einen Monat her, doch längst nicht verarbeitet. In der Hart Street, wo am 29. Juli alles begann, ist der Eingang zum Tanzstudio immer noch abgesperrt und polizeilich bewacht. Die Straße ist ein Durcheinander aus Wohnhäusern und kleinen Unternehmen und Geschäften. Einige der Ladenbesitzer:innen wollen nicht mehr über die Ereignisse sprechen, zu oft wurden sie schon gefragt. Als sich das Tor zum Hof mit dem Tanzstudio öffnet, fährt ein Einsatzwagen der Kriminaltechnik heraus. Im Hof sind blaue Zelte zu erkennen.

Auf der anderen Straßenseite haben Menschen Blumen abgelegt, Karten, Luftballons. Weitere liegen ein paar Häuser weiter auf einem Parkplatz so-



Ibrahim Hussein, der Imam von Southport, fürchtete, dass die Moschee brennen würde. Er ist überzeugt, dass aus dem Bösen Gutes erwachsen ist
Foto: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski



„Wir müssen uns umeinander kümmern“, sagt Isabelle Webster. Sie ist stolz, dass die gegenseitige Hilfe in Southport seit den Unruhen so groß ist
Foto: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

wie vor dem Rathaus in der Stadtmitte. In der ganzen Stadt sind rosa Schleifen zu sehen, Symbole des Mitgefühls. An Straßenmasten haben Seelsorger ihre Adressen ausgehängt. Eine Frau, die gerade die Blumen betrachtet, sagt, sie sei heute das erste Mal hier. „Davor habe ich es mental einfach nicht fertiggebracht.“

An eine Mauer gelehnt steht eine Tafel mit einer Botschaft. „Wir sind alle schockiert mit gebrochenem Herzen. Unsere Gedanken und Gebete sind an die Kinder und ihre Familien gerichtet, die von den schrecklichen Ereignissen vom Montag getroffen wurden“, schreibt Sheikh Ibrahim Hussein, der Imam der Moschee von Southport. Seine Hoffnung: „Der Hass, Vorurteile und Böses dürfen nicht über Güte, Mitgefühl und Menschlichkeit siegen. Als Teil der Gemeinschaft fühlen und teilen wir den Schmerz. Mögen die Kinder ihren rechtmäßigen Platz im Himmel erhalten.“

Unmittelbar nach der Messerattacke aufgestellt, hat diese Botschaft die Moschee nicht vor Angriffen der rechtsextremen Meute bewahrt. Vor der Moschee steht Wachpersonal, das es vor dem 29. Juli noch nicht gab. Ein Überwachungssystem mit Kameras wurde gerade eingebaut, alle Fenster des einstöckigen Backsteinbaus haben nun Metallgitter. Selbst die Umfassungsmauer wurde vom Mob zerstört, doch danach von Freiwilligen wiederhergestellt. Auf einem Tisch im Treppenhaus liegen neben Kärtchen der „Southport Freunde von Palästina“ Briefe der Anteilnahme und des Mitgefühls. „Wir alle haben mehr gemeinsam“, schreibt etwa „Paula mit Familie“.

„Der Hass, Vorurteile und Böses dürfen nicht über Güte, Mitgefühl und Menschlichkeit siegen“

Ibrahim Hussein, Imam von Southport

Stühlen. Obwohl er gerade ein einstündiges Interview mit dem Nachrichtensender Al Jazeera hinter sich hat, will er mit der taz sprechen.

Hussein beginnt mit dem Besuch von König Charles. Der habe sich nach dem Wohl seiner Gemeinde erkundigt. Gutes sei aus dem Bösen gewachsen, sagt der Imam dann und erzählt vom 30. Juli: Wie die ganze Moschee bebte, als die Meute zuschlug. Wie er und acht andere, die sich in der Moschee verbarrikadiert hatten, sich nicht trau-



ten, sich einem Fenster zu nähern, um nicht mit ihren Schatten die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. „Wir hatten große Angst und fürchteten die ganze Zeit, dass das Gebäude in Flammen aufgehen könnte.“

Noch seien die Dinge nicht wie vorher. Viele Gläubige würden sich nicht wieder in die Moschee trauen. „Es geht immer auf die Minderheiten“, glaubt der Imam. „Sie suchen Orte, auf die sie die Schuld etwa für die soziale Rückstände mit ihren Vorurteilen schieben können.“

Imam Hussein wünscht sich stärkere Gesetze gegen die Verbreitung von Hass in den sozialen Medien. Außerdem sei es wichtig zu verstehen, dass ein Einzeltäter, egal welchen Hintergrund er habe, zu keinem Urteil über eine ganze Gemeinschaft führen könne. Dass das Justizsystem schnell gegen die Randalierer vorgegangen sei, lobt er. Politiker sollten vorsichtiger in ihrer Wortwahl sein und nennt dabei insbesondere die rechtspopulistische Partei Reform UK von Nigel Farage.

Auch in der Fußgängerzone von Southport hängen überall rosa Schleifen, erzählt der 17-jährige Harry Melvis, der gerade mit seiner Arbeit in einem Schreibwarenladen fertig ist. Er erzählt, dass vor der Moschee nicht nur Rechtsextremisten randaliert haben, sondern auch Jugendliche in seinem Alter, die er persönlich kenne. Sie hätten aus Begeisterung mitgemacht, dass in Southport endlich mal was los sei, erläutert er. „Southport ist eine Stadt, die übersehen wird, mit einer Innenstadt, wo Läden nur noch dichtmachen und einem hohen Bevölkerungsanteil im Rentenalter, nicht zuletzt wegen der vielen Altersheime hier.“ Für junge Menschen sei die Stadt langweilig. Er selber fahre öfters ins zwei Stunden entfernte Manchester. Er war während der Krawalle gerade in Griechenland im Urlaub.

„Ich bin schon der Meinung, dass die Einwanderungszahlen zu hoch sind und den sozialen Zusammenhalt und die Assimilierung stören“, sagt Harry Melvis dann. Er ist damit nicht allein. In einer YouGov-Umfrage, die nach den Krawallen am 7. und 8. August durchgeführt wurde, stimmten 93 Prozent aller Befragten der Aussage zu, dass die Regierung mehr gegen das hohe Niveau der Einwanderung tun sollte. Doch gerade in Southport sollte das kein Problem sein: Bei der letzten Volkszählung des Jahres 2021 definierten sich in der Regionalbehörde, zu der Southport gehört, 95,8 Prozent der Bewohner:innen als weiß. Die muslimische Bevölkerung in Southport kam nicht mal auf ein Prozent.

Die Randalierer von Southport werden schnell zur Rechenschaft gezogen. Über 22 Personen sind bereits verurteilt worden. Die Verhandlungen werden im Schnellverfahren in einem Betongee-



König Charles vor dem Rathaus von Southport. Am 20. August besuchte er Angehörige, Opfer und Helfer
Foto: Owen Humphreys/dpa

ganismus im Fußball und Angriffe auf Rettungsdienste und Polizei. Bei seiner Festnahme fand die Polizei ein nicht gemeldetes Samuraischwert in seinem Haus.

Der Richter zweifelt daran, dass es Jones wirklich leid getan habe, weil er Gleiches schon bei vorherigen Vergehen behauptete. Statt nach Spanien zu gehen, um dort als Fitnesslehrer zu arbeiten, wie er beim letzten Mal angekündigt hatte, wurde er Teil des Mobs in Southport. Jones bekommt drei Jahre und zwei Monate Haft. Bei der Urteilsverkündung schluchzt eine der beiden Frauen laut auf, während Jones mit gesenktem Kopf abgeführt wird.

Viele der über 1.000 Anklagten landesweit haben ähnliche Vorgeschichten wie Jones und Jackson. Sie sind britisch-weiße Männer aus ehemaligen Industrieorten mit geringer Ausbildung und langem Vorstrafenregister. Ihre ungewöhnlich rasche Abfertigung vor Gericht ist Teil der Strategie der Labour-Regierung, hart gegen die Krawalle vorzugehen. Das stellt ein unerwartetes Problem für die überfüllten Strafanstalten des Landes dar, die kaum Platz haben. Ab September können deswegen nicht gewalttätige Straftäter:innen schon nach 40 Prozent ihrer Haft auf Bewährung freikommen, und andererseits können neu zu Freiheitsstrafen verurteilte Straftäter:innen mit Sondergenehmigung in Polizeizellen eingebuchtet werden, bis ein Gefängnisplatz frei wird.

Am vergangenen Freitag wurde in Southport das letzte der drei ermordeten Mädchen beerdigt. Überall in Southport hört man von Spendenaufrufen. Im Stadttheater liefen tagelang Liederabende, in der Stadtmitteln vereinten sich Geschäfte und Organisationen zu einem Familientag. Am 31. August sollen Spenden bei einem Fußballspiel zwischen dem Amateurveerein Southport FC und Buxton FC gesammelt werden. Auf der Facebook Seite „Stand Up For Southport“ zeigen Künstler:innen neue Werke. Die Erinnerung gilt den ermordeten Kindern: die 6-jährige Bebe King, die 7-jährige Elsie Dot Stancombe, die 9-jährige Dasilva Aguilar.

Das Leben in Southport ist nicht wie vorher, wenn es überhaupt einmal wieder so sein wird. „Wir müssen uns umeinander kümmern“, erklärt die 17-jährige Isabelle Webster beim Einkaufen in der Stadt. Southport sei nicht immun vor Hass, der von außen kommt, das sei jetzt klar. Aber dass so viele Menschen sich nach den Unruhen halfen – das mache einen Unterschied. Wie es Chanaka Balusurja auf dem Schild vor seinem Laden ausdrückt: „Ihr habt uns im düstersten Moment solche unermessliche Güte und Großzügigkeit bewiesen, und wir können es einfach nicht in Worte fassen, was uns das bedeutet.“

bäude im dreißig Kilometer entfernten Liverpool geführt. Nur wenige Menschen sind im Gerichtssaal anwesend. Der Staatsanwalt verliert eine Anklage nach der anderen, je nach Mandant wechseln die Pflichtverteidiger. Die Anwälte und Richter tragen alle die traditionellen weißen Perücken aus Pferdehaaren. Ein Journalistin vom *Liverpool Echo* beobachtet jeden Tag die Prozesse.

Hinter einer Glaswand erscheint ein Angeklagter, der 41-Jahre alte Andrew Jackson mit schmalem Gesicht und Stoppelhaaren. Er stammt aus einer Backsteinsiedlung in St. Helens, einem ehe-

maligen Bergbauort, dreißig Kilometer südlich von Southport. Der Staatsanwalt zählt auf: Beteiligung an einem gewaltsamen Aufstand, Einschüchterung der Bevölkerung, rassistische und islamophobe Beschimpfungen, Verletzung von über 50 Polizeibeamte:innen, Schäden an Gebäuden und Besitz in Höhe von mehr als 100.000 Pfund. Wenn auch Jackson nicht der Anführer gewesen sei, war er doch Teil all dessen gewesen.

Der Staatsanwalt präsentiert Videos, auf denen Jackson in kurzer Hose und grauem Hoodie aus einer Gruppe von etwa zwölf Leuten insgesamt

sechs Flaschen auf die Polizisten wirft, dann filmt er selbst Szenen und wirft nochmal acht Flaschen, die er aus einer roten Tonne geholt hat. Die letzten beiden Flaschen zielt er genauer. Weiter erfährt die Öffentlichkeit, dass Jackson seit 1999 bereits 26 Verurteilungen für 46 Vergehen erhalten hat, die meisten davon Drogendelikte, nur einmal vor 18 Jahren mit Bezug auf eine Waffe. Der Verteidigung bleibt nur darauf hinzuweisen, dass Jackson geständig sei, sich schuldig bekannt habe und dass er mutmaßlich niemanden direkt verletzt habe.

Nach kurzer Beratung ergreift Richter Neil Flewitt das Wort. Jackson sei Teil eines gewalttätigen rassistisch motivierten und religionsfeindlichen Mobs gewesen und habe Flaschen und andere Gegenstände geworfen. Das Urteil: Zwei Jahre und acht Monate Haft. Mindestens die Hälfte davon wird Jackson absitzen müssen.

Ähnlich läuft es beim 31-Jahre alten Joshua Jones aus Saltney in Chester an der walisischen Grenze. Der kräftige Mann im olivgrünen T-Shirt hat Tätowierungen am Schädel und an den Armen. Zwei Frauen in seinem Alter sind zur Beobachtung mit in den Saal gekommen, sie scheinen Jones zu kennen. Er zwinkert ihnen zu. Auch hier zeigt der Staatsanwalt ein Video, auf der man den Angeklagten verummumt als Teil der wütenden Menge sieht. Dass er Gegenstände wirft, ist nicht so eindeutig zu erkennen. Der Verteidiger verweist auf angebliche Lernstörungen seines Mandanten. Auch habe er sich nach seiner Festnahme geschämt. Er sei eigentlich nach Southport gekommen, um der Trauerandacht beizuwohnen, habe sich jedoch dann dem Mob angeschlossen. Jones ist 26 Mal vorbestraft, darunter für Hooli-



Chanaka Balusurja in seinem renovierten Laden. „Es war ein moralischer Wiederaufbau, der das Trauma langsam heilen lässt“
Foto: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Starmer und Scholz gemeinsam gegen irreguläre Migration

Der britische Premierminister trifft in Berlin den deutschen Bundeskanzler und kündigt ein Partnerschaftsabkommen sowie einen Aktionsplan an

Aus Berlin **Dominic Johnson**

Man kann nicht behaupten, dass die Chemie zwischen Olaf Scholz und Keir Starmer stimmt. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz der Regierungschefs von Deutschland und Großbritannien in Berlin am Mittwoch redete Scholz einfach drauflos und es dauerte eine ganze Weile, bis jemand merkte, dass Starmer noch gar keinen Ohrstöpsel für die Simultanübersetzung hatte. Als dann Starmer dran war, wurde Scholz gegen Ende der Ausführungen seines Gastes sichtlich ungeduldig. Sie sind

sich in Rhetorik und Auftreten ähnlich und vielleicht passen sie ja gerade dadurch zusammen – ganz abgesehen davon, dass sie beide Messerattacken mit drei Toten hinter sich haben, die ihre Länder in Unruhe versetzt haben: in Großbritannien auf der Straße, in Deutschland in der Politik.

Starmer kondolierte im Bundeskanzleramt den Opfern des Terroranschlags von Solingen und kündigte einen „gemeinsamen Aktionsplan“ Großbritanniens und Deutschlands an, um irreguläre Zuwanderung „in den Griff zu bekommen“ – ein zentrales Anliegen der

rechten Opposition in beiden Ländern. Ein verbesserter Austausch von Daten und Geheimdienstinformationen soll die illegale Einreise von Bootsflüchtlingen aus Frankreich über den Ärmelkanal nach Großbritannien unterbinden.

Hauptsächlich kündigte Starmer einen deutsch-britischen Partnerschaftsvertrag an. Der soll bis Jahresende fertig sein und „vertiefte Verbindungen in Wissenschaft, Technologie, Entwicklungspolitik, Menschen, Wirtschaft und Kultur“ ermöglichen, wie der Labour-Politiker es ausdrückte. Es gehe nicht darum, den Brexit rückgängig zu ma-

chen, sondern die Beziehungen zu verbessern. Er sei sich mit Scholz über den Politikansatz einig, die „Macht der Regierung zugunsten arbeitender Menschen“ einzusetzen. Am Dienstag hatte Starmer in einer düsteren Grundsatzrede in London den Briten harte Zeiten angekündigt: „Die Dinge werden schlechter werden, bevor sie besser werden“, hatte er gewarnt. Zu den Unruhen hatte er gesagt: „Sie legten den Zustand unseres Landes offen, enthüllten eine zutiefst ungesunde Gesellschaft.“

Als „Herzstück“ des angestrebten deutsch-britischen Abkommens sieht

Starmer die Verteidigungspolitik. Es gehe darum, „sich den Bedrohungen einer volatilen Welt gemeinsam zu stellen“ sagte er in Berlin und betonte den Kampf der Ukraine „für alle Menschen in Europa“.

Starmer reiste noch am Mittwoch nach Paris weiter, wo er an der Eröffnung der Paralympischen Spiele teilnehmen und Staatspräsident Emmanuel Macron treffen sollte. Auf seiner Reise trifft er auch die Konzernspitzen von Siemens sowie der Rüstungsschmieden Rheinmetall und Thales.

meinung + diskussion 12

gelber-schein-wetter

Der Spitzenkandidat der AfD Thüringen ist unpässlich: Björn Höcke hat die letzte TV-Debatte vor der Thüringenwahl überraschend abgesagt – aus gesundheitlichen Gründen. Komisch nur: Tags darauf will er beim AfD-„Sommerfest“ in Nordhausen wieder auftreten. Grund dürfte daher eher sein: Höcke kneift generell vorm TV-Duell, weil er zuletzt da sehr schlecht aussah. Guter Ratschlag für kleine Führer: Lieber richtig auskurieren und alle weiteren Termine absagen! Wird eh zu heiß mit 32 Grad in Nordhausen.

Wählen oder verbieten?

Die rechtsextremen Freien Sachsen hoffen auf Wahlerfolg

Von Konrad Litschko

Es ist das übliche Repertoire, mit dem die Freien Sachsen in den Wahlkampfendspurt ziehen: Plakate mit Slogans wie „Asylflut stoppen“. Das Solingen-Attentat instrumentalisieren die Rechtsextremen als „Islamisten-Massaker“, fordern eine „millionenfache Remigration“. Wo immer CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer oder Bundespolitiker auftauchen, wird zu Störungen aufgerufen, für Freitag auch gegen einen Besuch von Olaf Scholz, dem „Kriegskanzler“, in Chemnitz. Die Forderung: Es müsse mit den Regierenden an den Wahlurnen „abgerechnet“ werden.

Großen Erfolg dürfte die rechtsextreme Partei bei der sächsischen Landtagswahl damit nicht haben: Umfragen sehen die Freien Sachsen unter der Fünf-Prozent-Hürde. Aber schon bei den Kommunalwahlen im Juni erzielten die Rechtsextremen Achtungserfolge, holten gut 110 Mandate in den Kreistagen und Kommunalparlamenten. In Luzenau wurde eine Vertreterin der Freien Sachsen zur stellvertretenden Bürgermeisterin gewählt.

Für die Landtagswahl setzen die Freien Sachsen nun auf eine Kampagne zum Stimmen-Splitting: Da die AfD in den meisten Wahlkreisen die Direktmandate gewinnen werde, spiele deren Zweitstimme doch keine Rolle, behauptet die Partei. Daher solle man die Zweitstimme den Freien Sachsen geben, damit sie im Landtag mit der AfD „eine Mehrheit gegen die Blockparteien“ bilden könnten.

AfD-Spitzenkandidat Jörg Urban betonte jedoch: Jede Stimme für eine Partei, die keine fünf Prozent erreiche, sei verschwendet. Die AfD führt die Freien Sachsen formal auf einer Unvereinbarkeitsliste – im Kommunalen aber stehen Vertreter*innen beider Parteien gemeinsam auf der Straße, in Eilenburg oder Zittau bilden sie gemeinsame Fraktionen.

Gegenwind kommt auch woanders her: Die sächsische Piratenpartei fordert in einer Petition ein Verbot der Freien Sachsen – wie andere Initiativen auch. Die Partei sei ein Sammelbecken von Neonazis, von früheren NPDlern und völkischen Siedlern, so die Petition. Sie bekämpfe die Demokratie, bedrohe Vertreter*innen anderer Parteien, schaffe ein „regionales Klima der Angst“. Ein Verbot sei daher „notwendig“. Die Initiator*innen befürchten, dass die „Freien Sachsen“ je nach Wahlergebnis 200.000 bis 300.000 Euro über die staatliche Wahlkampfkostenersatzung erhalten könnten. Bisher unterschrieben gut 4.400 Personen die Petition.

Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) hatte zuletzt auf taz-Nachfrage erklärt, über Verbotsüberlegungen rede er grundsätzlich nicht. Der sächsische Verfassungsschutz hat die Partei aber bereits kurz nach Gründung 2021 als gesichert rechtsextrem eingestuft. Er sieht sie auch aktuell als „Mobilisierungsmaschine“ der rechtsextremen Szene. Im Landtagswahlkampf sei die Partei jedoch weit weniger aktiv als bei der Kommunalwahl.

Michael Nattke vom Kulturbüro Sachsen betont, dass die Freien Sachsen „zweifelloso aggressiv-kämpferisch“ gegen die demokratische Grundordnung vorgingen. „Insofern sollte es in einer wehrhaften Demokratie selbstverständlich sein, dass ein Parteiverbot geprüft wird.“ Die Neonazis würden indes auch nach einem Verbot aktiv sein, warnt Nattke. Deshalb sei auch ein „viel konsequenteres Vorgehen“ gegen rechte Straftaten nötig.



Wie weit kann ein Richter gehen?

Der Bundesgerichtshof prüft die Verurteilung des Amtsrichters Christian Dettmar, der in Weimarer Schulen eigenmächtig die Maskenpflicht aufgehoben hatte

Aus Karlsruhe Christian Rath

Überraschung am BGH: Neben der Verteidigung beantragte auch die Bundesanwaltschaft, das Rechtsbeugungsurteil gegen den Weimarer Familienrichter Christian Dettmar aufzuheben. Dettmar war verurteilt worden, weil er im Frühjahr 2021 in Weimarer Schulen Coronaschutzmaßnahmen verbot.

Am 8. April 2021 hob Dettmar auf Antrag einer Mutter mit zwei schulpflichtigen Kindern die Maskenpflicht und andere Maßnahmen in zwei Schulen auf. Durch die Pflicht zum Tragen von Mund-Nasen-Schutz würden die Kinder „physisch, psychisch und pädagogisch geschädigt“, ohne dass dem ein Nutzen für die Kinder oder Dritte gegenüberstehe. Der Beschluss von Richter Dettmar

hatte 192 Seiten und bestand im Wesentlichen aus drei Gutachten, die er in Auftrag gegeben hatte. Allerdings hob das Oberlandesgericht Jena die Anordnung alsbald wieder auf. Familienrichter seien nicht dafür zuständig, staatliche Maßnahmen zu kontrollieren. Dies sei Aufgabe der Verwaltungsgerichte.

Zwei Jahre später, im Juli 2023, wurde Dettmar vom Landgericht Erfurt wegen Rechtsbeugung zu einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren verurteilt. Vorgeworfen wurde ihm nicht, dass er unzuständig handelte, sondern dass er das Verfahren selbst fabriziert hatte und von vornherein auf ein bestimmtes Ergebnis abzielte.

So suchte Dettmar, der regelmäßig an Demos gegen Coronamaßnahmen teilnahm, gezielt nach Eltern, deren Namen

mit den Buchstaben begannen, für die er am Gericht zuständig war. Dies hatten Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen bei ihm und in der Weimarer Querdenker-Szene ergeben. So kündigte er bereits an, er werde nach Ostern eine An-

Wo verläuft die Grenze zur strafbaren Rechtsbeugung?

ordnung erlassen, als es noch gar keinen Antrag gab. Auch die Sachverständigen, die sich zuvor alle bereits maskenkritisch geäußert hatten, suchte er schon aus, bevor ein Fall vorlag. Bei der Formulierung des Antrags an sein Gericht half er

dann auch mit. Dettmar sei vorgeeignet worden gewesen, so das Landgericht Erfurt.

Gegen die Verurteilung ging Dettmar in Revision. Für ihn steht viel auf dem Spiel. Bleibt das Urteil bestehen, verliert er sein Richteramt. Schon seit Januar 2023 ist er suspendiert.

In der Verhandlung am BGH beantragte Dettmars Anwalt, der renommierte Strafrechtler Gerhard Strate, an diesem Mittwoch einen Freispruch. Dettmar „mag zwar zu weit gegangen sein“, so der Anwalt, aber Dettmar habe sich „nie bewusst von Recht und Gesetz entfernen“ wollen. Laut Gesetz sei es möglich, dass ein Familienrichter zum Kinderschutz nicht nur Anordnungen gegen Eltern, sondern auch gegen „Dritte“ erlasse. Erst seit Kurzem sei geklärt, dass Anordnungen gegen Behörden nicht möglich sind.

Auch die Bundesanwaltschaft beantragte überraschend eine Aufhebung des Urteils und eine neue Verhandlung. Das Erfurter Gericht habe handwerkliche Fehler gemacht, so Staatsanwalt Tobias Handschell. Es habe nicht ausreichend geprüft, ob sich Richter Dettmar subjektiv zuständig fühlte.

Der BGH sieht das Verhalten Dettmars wohl kritischer. Richter Olaf Schmidt fragte, wie weit ein Familienrichter, der nur an das Kindeswohl denkt, denn gehen könne, ohne sich strafbar zu machen. „Kann ein Familienrichter auch die Abschiebung eines Drogenhändlers verhindern, weil dieser ein prima Vater ist?“ „Das geht auf keinen Fall“, antwortete Anwalt Strate. Doch er konnte oder wollte nicht sagen, wo dann die Grenze zur strafbaren Rechtsbeugung verläuft.

Richter Dettmar betonte in seinem letzten Wort: „Ich habe niemanden einen unberechtigten Vorteil oder Nachteil verschafft.“ Der BGH wird sein Urteil erst am 20. November verkünden.

Masken im Unterricht: eigentlich nichts für einen Familienrichter
Foto: Fleig/Eibner-Pressefoto/picture alliance



Schulleiter für AfD im Kreistag

Im sachsen-anhaltischen Köthen wächst der Widerstand gegen einen Schulleiter, der mit den extrem Rechten zusammenarbeitet und darin kein Problem sieht

Von Ralf Pauli

Ein Schulleiter aus Sachsen-Anhalt hat mit seinem lokalpolitischen Engagement eine Debatte ausgelöst. Bodo Kreuzmann ist seit dem Schuljahr 2017/18 Direktor des Ludwigsgymnasiums in Köthen. Wie nun bekannt wurde, sitzt Kreuzmann seit vergangenen Donnerstag als „sachkundiger Einwohner“ im Bildungs- und Sportausschuss des Kreistags Anhalt-Bitterfeld – und zwar im Auftrag der AfD. Zuerst hatte die *Mitteldeutsche Zeitung* darüber berichtet.

Die Entscheidung des Schulleiters stößt teils auf großes Unverständnis. Nach Köthens Oberbürgermeisterin Christina Buchheim (Linkspartei) zeigte sich auch die Bildungsgewerkschaft GEW irritiert: „Dass ein angesehener Schulleiter wie Kreuzmann gemeinsame Sache mit der AfD macht, verstehe ich nicht“, sagte die Landesvorsitzende Eva Gerth der taz. Noch deutlicher äußerten sich

ehemalige Schüler:innen des Ludwigsgymnasiums: „Eine Person, die eine Zusammenarbeit mit Nazis und Klimawandelleugner_innen in ihrer Freizeit für eine gute Idee hält, darf im Beruf nicht verantwortlich sein für die Bildung von hunderten von Schüler_innen“, schreiben sie in einer Petition auf einer Website der Kampagnenorganisation Campact. Darin fordern sie die „sofortige Absetzung“ Kreuzmanns als Schuldirektor. Bis Redaktionsschluss der taz haben mehr als 1.400 Personen die Petition unterschrieben.

„Es geht auch darum, der schleichenden Normalisierung der AfD öffentlich zu widersprechen“, sagte der Initiator Moritz Deißner der taz. Das Ludwigsgymnasium sei in seiner Schulzeit – den Baseballschlägerjahren in den 1990ern – immer ein Schutzraum für alle möglichen Gruppen gewesen. Dass der aktuelle Schulleiter diesen Konsens nun „von oben“ infrage stelle, sei für ihn erschreckend.

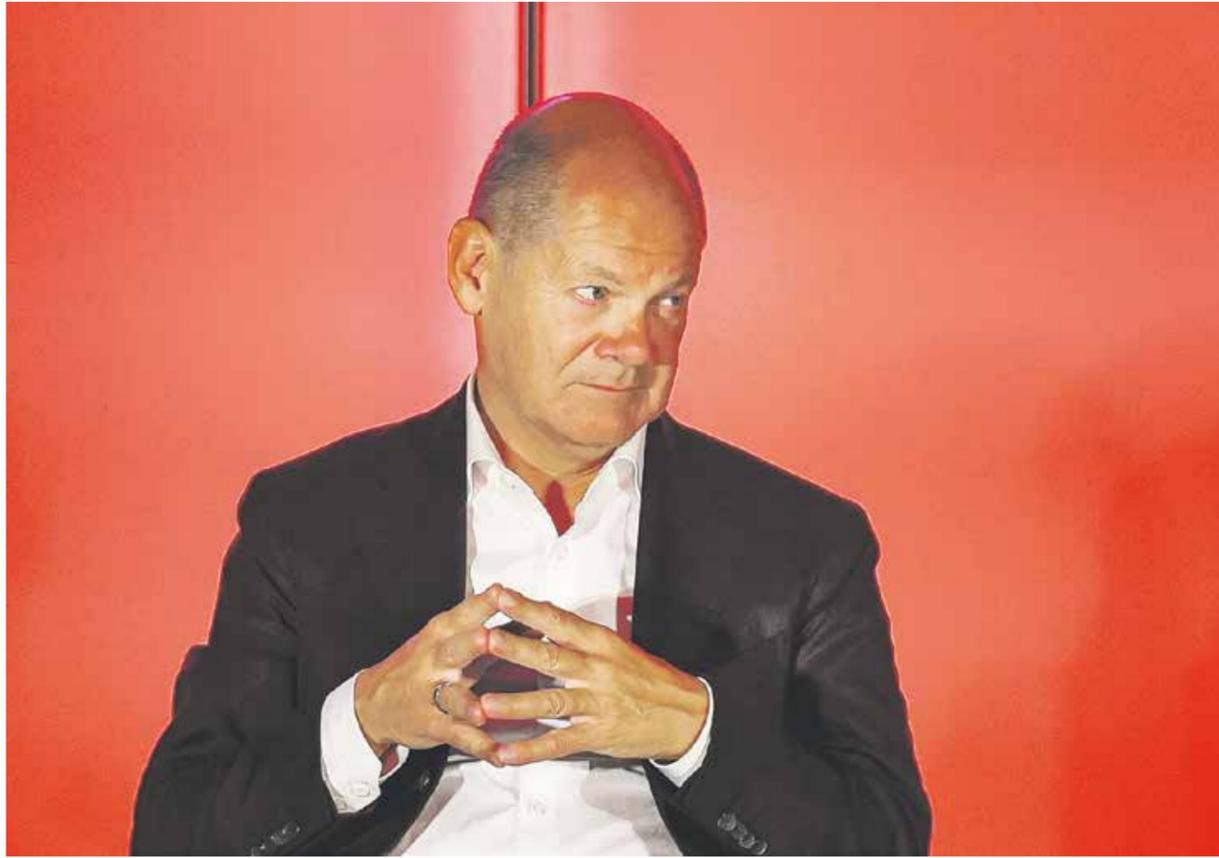
Die Kritik an Kreuzmann fällt auch deshalb so harsch aus, weil der AfD-Landesverband in Sachsen-Anhalt vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wird und Kreuzmann damit kein Problem zu haben scheint. Für ein Gespräch mit der taz stand der Schulleiter am Mittwoch nicht zur Verfügung. Der *Mitteldeutschen Zeitung* aber sagte er, er könne seinen Beruf und seine Aktivitäten in der Freizeit „sehr gut voneinander trennen“.

Ob dem tatsächlich so ist, beschäftigt mittlerweile auch das Bildungsministerium in Magdeburg. Verbeamtete Lehrkräfte müssten jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten, heißt es dort auf Anfrage. Entsprechend äußerte sich Sachsen-Anhalts Bildungsministerin Eva Feußner (CDU) zu der Personalie: „Ich gehe davon aus, dass sich Herr Kreuzmann bewusst ist, dass er einen Amtseid abgelegt hat

und die damit einhergehende Verpflichtung auch bei seinem kommunalpolitischen Engagement daran orientieren wird.“

Das Ministerium spricht sich dabei aber klar gegen eine Vorverurteilung aus. Aus der Tatsache, dass sich ein Schulleiter von der AfD für eine Tätigkeit im Kreistag nominieren lässt, könne noch kein Verstoß abgeleitet werden. „Verhalten sich Lehrkräfte in ihrer dienstlichen Tätigkeit politisch neutral und erfüllen ihre Dienstpflichten gewissenhaft, dürfte auch ihrer Verwendung im öffentlichen Dienst zunächst nichts entgegenstehen.“

Ähnlich positioniert sich der Landesschulerrat. „Solange die AfD nicht verboten ist und der Schulleiter sich in der Schule überparteilich verhält, sehen wir kein Problem“, sagte Vorstandsmitglied Samy Eiserich der taz. Solange die AfD nur unter Beobachtung stehe, müssten für sie die gleichen Rechte gelten wie für die übrigen Parteien.



Emotional niedertourig

Bundeskanzler Olaf Scholz wirbt in Delitzsch in Nordsachsen für Geduld und Pragmatismus in der Asylpolitik. Wie kommt das beim Wahlvolk an?

Aus Delitzsch **Stefan Reinecke**

Dienstagabend, fünf Tage vor der Wahl. Die SPD in Sachsen hat Blickkontakt mit der Fünfprozenthürde. Verändert das Attentat von Solingen die Stimmung? Mathias Teuber, SPD-Mitglied, sitzt in einem Veranstaltungsraum am Markt von Delitzsch, einer Kleinstadt in Nordsachsen, „Solingen kostet uns Prozente“, sagt er. „Egal, was die SPD jetzt macht.“ Dabei brauche man Migration; Nordsachsen und Delitzsch seien doch seit Jahren eine Abwanderungsregion.

Teuber wartet auf den Bundeskanzler Olaf Scholz und die sächsische SPD-Spitzenkandidatin Petra Köpping. Der Saal ist voll, mehr als 100 Menschen sind gekommen. Scholz, sagt Teuber, müsse jetzt klarmachen, dass Deutschland ein Einwanderungsland bleibt.

Die Erwartung wird nicht enttäuscht. Scholz gibt in Sachen Migration den maßvollen Macher, einerseits und andererseits. Er appelliert, man dürfe nicht zulassen, dass islamistische Terroristen den Zusammenhalt in Deutschland kaputt machen. Man werde auch das Asylrecht nicht aus dem Grundgesetz streichen oder völkerrechtliche Verträge brechen, wie es der CDU-Chef Friedrich Merz nahegelegt hatte. Einerseits.

Andererseits müssen man „illegale Migration zurückdrängen“. Scholz zählt auf, was man alles schon getan habe. Den Abschiebebewahrsam von 10 auf 28 Tage verlängert. Er habe gedrängt, dass die Asylverfahren 4 Monate dauern und nicht 40. Der Kanzler hat am Morgen Friedrich Merz ge-

troffen. Merz funkt seitdem auf allen Kanälen. „Ich habe das Prinzip, aus vertraulichen Gesprächen nicht zu berichten“, sagt der Kanzler mit diesem leichten, doch unübersehbaren Scholz-Lächeln. Man hat den Eindruck, dass er Friedrich Merz wirklich gut leiden kann.

Die Lage für die SPD ist mies, die Umfragewerte im Keller, die Debatte hysterisch. Gerade deshalb ist dies

„Wir sind eine 7,7-Prozent-Partei. Wir können nur einzelne Sachen durchsetzen“

Petra Köpping, SPD Sachsen

Scholz' Lieblingsrolle. Der Besonnene, Abwägende gegen den Brausekopf Merz, dem heute dies und morgen das einfällt. „Egal, mit wie viel Schaum vor dem Mund jemand spricht – ich gehe auf jeden konstruktiven Vorschlag ein“, sagt er. Scholz hält Merz für seine Chance. Weil die Leute am Ende lieber einen Langweiler wählen als einen Unberechenbaren, der Affekte pusht, anstatt sie zu dämpfen. Aber vielleicht ist das beim Thema illegale Migration anders.

Warum gehen Menschen an einem Sommerabend in dieser sozialdemokratischen Diaspora zu einer SPD-Veranstaltung? Levi, 16 Jahre, Schüler, ist mit seinem Kumpel gekommen. Er wohnt um die Ecke, in Delitzsch ist echt nichts los, sagt er. Deswegen ist er hier. Und er findet den Tiktok-Kanal

von Scholz „unterhaltsam“. Man könne sehen, wo der Kanzler wohnt.

Bei den meisten Fragen geht es um Schule, Bildung, Unterfinanzierung. Kitas, die wegen Kindermangel geschlossen werden sollen, um Gymnasien, die gut, Oberschulen, die mies ausgestattet sind. Petra Köpping sagt: „Wir sind eine 7,7-Prozent-Partei. Wir können nur einzelne Sachen durchsetzen.“ Die SPD sei eine Partei für Bildung und Soziales.

Es sind auch ein paar da, denen die SPD bei der Migration zu weich ist. Viel zu weich. Ein Rentner, der seit 70 Jahren in Delitzsch wohnt, wettet, dass Deutsche Opfer von kriminellen Ausländern und Terroristen werden, wie in Solingen. 70.000 Abgelehnte müssten ausreisen, aber es gebe nur 8.000 Rückführungen. Scholz rede nur und tue nichts.

Der Kanzler verzieht keine Miene und weist darauf hin, dass Sprüche machen auch nicht helfe. Er doziert über Dublin und die Schwierigkeiten, eine gemeinsame Asylpolitik in der EU zu etablieren. Das dauere, aber man sei auf dem richtigen Weg. „Das hat schon etwas von Sisyphos“, sagt Scholz.

Scholz lobt kühl das eigene Wirken, das er komplex und immer etwas abstrakt darlegt. Hier emotional niedertouriger Pragmatismus, dort grummelnde Aufregung und ausgehärtetes Misstrauen. Nach der Veranstaltung steht der Delitzscher Rentner in der warmen Sommernacht und sagt: Merz habe doch recht. Man solle gar keine Syrer und Afghanen mehr nach Deutschland lassen. Und: „Ich war früher ein typischer SPD-Wähler.“

Kühle, fast merkelianische Pose: Olaf Scholz in Delitzsch
Foto: Jan Woitas/dpa

So normal wie nur möglich

In Sachsen Kommunen dominieren CDU und AfD. In ganz Sachsen? Nein, in der kleinen Gemeinde Großharthau in der Oberlausitz herrscht ein schwuler Bürgermeister von der SPD

Aus Großharthau
Jan Feddersen

Der Ort ist leicht zu übersehen. Fährt man mit der Bahn von Dresden nach Zittau, kommt man dran vorbei: Großharthau, knapp 3.000 Menschen sind dort gemeldet, sehr grün, am Rande ein Barockschloss, alles eine Pracht in der Westlausitz, auch hier. Der Bürgermeister heißt Jens Krauße – und er ist nicht deshalb eine Attraktion, weil er offen schwul lebt. Der eigentliche Knaller ist, dass er mehrfach wiedergewählt wurde: als Sozialdemokrat.

Neulich, bei den Kommunalwahlen, musste seine Partei zwar Federn lassen, die SPD verlor 9 Prozentpunkte an Zustimmung, die AfD lag bei 25 Prozent, aber die Sozialdemokraten, in deren Ergebnis die Wählenden der hier nicht mehr existenten Linkspartei mit einfließen, bekamen immer noch 46,1 Prozent. Sieben von 16 Sitzen, mit der bürgermeisterlichen Stimme sind das genug, um Krauße, in Steinigtwolmsdorf an der Grenze zu Tschechien aufgewachsen, nicht überstimmen zu können.

Mit seinem SPD-Parteibuch ist er nicht nur in dieser Gegend politisch ein Exot. Überhaupt haben Sozialdemokraten in Sachsen jenseits der Großstädte so gut wie nichts mehr zu melden, schon gar nicht in den Gemeinden, in denen es um Turnhallen, kommunale Baupläne und Wasserversorgung, Kitas und Straßenpflege geht. Die Kräfte gehen in die großen Städte, Leipzig, Dresden und Chemnitz, dort sei man noch stark.

Krauße selbst, Jahrgang 1966, kam nach dem Ende der DDR in die SPD – wo es Bedenken gab, ihm die Parteimitgliedschaft zu bewilligen. Krauße war zuvor SED-Genosse, diente als Soldat im Wachregiment Feliks Dzierzynski, keine kleine Nummer im Sicherheitsapparat der SED. Dass man über seine Mitgliedschaft in der neugegründeten SPD debattierte, lag auch daran, dass man Masseneintritte von SED-Genossen verhindern wollte – um sich nicht vom alten DDR-Machtapparat auffressen zu lassen.

Die CDU habe es leichter gehabt, bei der habe man einfach die Ost-CDU (die „Blockflöten“) geschluckt und damit gleich über eine Parteistruktur verfügt. Eigentlich hat Jens Krauße, vom Typus her ein idealer Gemeindevorsteher, eine Mischung aus Herbergsvater und jovialer Nachbar mit akkurat gepflegtem Garten, Maschinenbau studieren wollen, das

zerschlug sich aus verschiedensten Gründen. Im Gartenbetrieb seiner ersten Ehe mit einer Frau hat er dann gearbeitet – und begonnen sich zu überlegen, dass er gern Bürgermeister wäre; das Kümern um andere, die Sorge ums gemeinsame lokale Wohl, erzählt er heute, liege ihm.

Sind denn die Leute von Großharthau, die ihn mit verlässlich hohen Zustimmungsraten wiederwählen, so anders als in anderen Gemeinden, wo CDU und immer mehr die AfD den Ton angeben? Hat man es hier mit einem besonderen politischen Bewusstsein zu tun? Sachsen war mit seiner industriellen Struktur mal das Kernland der SPD, mit starken Gewerkschaften und gut erkämpften Lohnstrukturen. Vielleicht erinnere man sich daran?

Krauße sagt, nein, dieses Wissen ist so gut wie weg. Er erkläre sich die Zustimmung zu seiner Person dadurch, dass er seinen Job gut gemacht habe: „Weil man mich kennt, und im Lokalen hat man immer Sympathie auf seiner Seite, wenn man eine gute, zuverlässige Arbeit macht“. Hat er eigentlich Glückwünsche aus dem Willy-Brandt-Haus bekommen? Nein. Vielleicht, weil Großharthau, die Gemeinde, in der die meisten Autos haben und doch glücklich sind über Busverkehr und vor allem den Eisenbahnanschluss, dann doch zu wenig Gewicht hat.

Hat er Vorbilder in der SPD? Umgehend sagt er: „Schröder.“ Und nichts Schlechtes über Olaf Scholz, Lars Klingbeil und Saskia Esken, aber der wegen seiner Russlandpolitik verfeimte Ex-Kanzler, der sei ein Politiker nach seinem Geschmack. Entschieden, kommunikativ im Vorwärtsmodus. Aber, ergänzt Krauße ungefragt, er habe ein viel größeres Idol: Helmut Schmidt. Der habe eine Aura der Unverzagtheit verströmt, politisch klar auch in Sachen Krieg & Frieden, mit seiner Partei auch nicht immer auf einem Nenner.

Die Partei des Bürgermeisters erhielt im Übrigen bei der Europawahl ein sachsenübliches Ergebnis, knapp oberhalb der Fünfprozenthürde. Eine Frage noch zum Queeren: War er kürzlich in Bautzen beim nazigestörten CSD? Da habe es ihm und seinem Mann an Zeit gefehlt, aber er war beim Dresdner CSD dabei, Schirmherr der Parade für die AWO (Arbeiterwohlfahrt). Er lebt sein Anderssein wie in Großharthau im Rahmen aller anderen Normalitäten in dieser Gemeinde auch. Guter Mann.

taz * die tageszeitung

Braunes Idyll Sachsen?

Der Freistaat Sachsen aus Sicht junger Autor*innen, u.a. mit Texten über Rückkehrer, Unileben in Chemnitz, Tourismus und Neonazis, Baseballschlägerjahre revistied sowie Gesprächsformate für Bürger*innen.

8 Sonderseiten in der taz am Freitag, den 30.8.2024



taz Reisen

in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



MAROKKO

MARRAKESCH – TAZENAKHT – ZAGORA

Eine Reise von Marrakesch über den Hohen Atlas zu den Palmenoasen am Draa-Fluss; Sie erleben Traumlandschaften und Begegnungen voller Frauenpower – optional mit einer Kameltour inklusive Übernachtung in der Wüste

5. bis 17. Oktober 2024, ab 1.890 €



Langsame Verkehrswende

Die Regierung bleibt hinter ihren Versprechen zur Mobilität zurück, kritisieren Verbände

Von **Clemens Schreiber**

Die Bundesregierung kommt bei ihren Plänen zum klimafreundlichen Verkehrswesen kaum voran, kritisieren die Verbände Allianz pro Schiene, Allgemeiner Deutscher Fahrradclub (ADFC) und ACE Auto Club Europa. Zahlreiche Vorhaben, die der Koalitionsvertrag in den Bereichen Schiene, Radverkehr und Elektromobilität vorsieht, seien noch nicht umgesetzt worden.

Zum Beispiel habe die Bundesregierung klimaschädliche Subventionen noch nicht abgebaut. Außerdem warte man noch immer auf das Moderne-Schiene-Gesetz. Dieses soll dafür sorgen, das Eisenbahnnetz zu digitalisieren und größtenteils zu elektrifizieren. Um bei der Bahn zu bleiben: Positiv hervorzuheben seien das Deutschlandticket sowie die Novellierung des Bundesschieneausbaugesetzes. Dadurch kann der Bund nun auch Geld in die Sanierung des Schienennetzes und von Bahnhofsgebäuden stecken. Aber: „Bislang wurde nur ein kleiner Teil des Gesamtpakets umgesetzt“, kritisierte Dirk Flege, Chef der Allianz pro Schiene mit Blick auf den Bahnverkehr. Zudem bestehe bei der Bahn ein Investitionsstau von 92 Milliarden Euro.

Um diesem entgegenzuwirken, will der Bund im kommenden Jahr 18,1 Milliarden Euro in Bundesschieneinvestitionen – etwa doppelt so viel wie die 9,1 Milliarden Euro für Bundesfernstraßen. Das zeigen Investitionspläne des Finanzministeriums, die der taz vorliegen. Die Investitionen in die Schienenwege sind ein neuer Rekord, sie übertreffen die 16,3 Milliarden Euro für 2024 und die 9,2 Milliarden Euro für 2023 deutlich. Die Allianz pro Schiene begrüßt diesen Schritt, weist jedoch darauf hin, „dass ein Teil des Geldes über die Erhöhung des Eigenkapitals der DB bereitgestellt werden soll“. Aus Sicht des Verbandes wären Baukostenzuschüsse oder Trassenpreisförderungen eine bessere Alternative.

Für Fahrradfahrer:innen verorten die Verbände leichte Verbesserungen, da das geänderte Straßenverkehrsgesetz nun den Bau von Radwegen erleichtert. Dennoch warnen sie vor den Gefahren für Radfahrer:innen. „Die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Radfahrer:innen ist zwischen 2010 und 2023 um 17 Prozent gestiegen“, sagte Caroline Lodemann, Bundesgeschäftsführerin des ADFC. Um den Fuß- und Radverkehr sicherer und attraktiver zu machen, fordert Lodemann für innerörtliche Straßen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 Kilometern pro Stunde. Die Bewertung der Verbände in Sachen Elektromobilität fällt gemischt aus. Trotz des Ausbaus der Ladeinfrastruktur ist bislang lediglich rund ein Zehntel der für 2030 vorgesehenen 15 Millionen E-Autos erreicht. Den noch gut ein Jahr regierenden Ampelparteien legen die drei Verbände einen „verkehrspolitischen Endspurt“ nahe.

brief des tages

Lindner: Die Wahl der Qual

„Schuldenbremse verschärft die Krise: Die FDP schadet ihren Wählern. Die Stimmung bei den Unternehmern trübt sich immer weiter ein“, taz vom 27. 8. 24

Wer legt endlich diesen FDP-Mann Lindner an die Leine oder kündigt die Ampel auf? Man kann es nicht mehr ertragen, wie dieser überhebliche Politiker einer Spartenpartei ein ganzes Volk drangsaliert und Deutschland daran hindert, seinen Verpflichtungen im Ausland nachzukommen. Es ist ja mehr als genug Geld in unserem Land vorhanden – es ist nur sehr ungerecht verteilt.

Man muss sich nur einmal die Verteilung des Eigentums in unserem Land ansehen und dessen Entwicklung in den letzten Jahren. Dann weiß man, warum Lindner nicht auf die Idee kommt, einmal über die dringend notwendige Umverteilung durch die Anhebung der Steuern für die Reichen nachzudenken.

Also, liebe Grüne und SPD-Spitzenpolitiker, habt den Mut, diesen Lindner auszubremsen oder die Ampel aufzukündigen. Ihr glaubt nicht, wie viele Menschen dann den durch die Ampelpolitik erzwungenen letzten Ausweg zu AfD oder BSW gerne verlassen und lieber den geraden Weg zu euch wählen! Felix H. Gorris

Zahl des Tages

3,9 Milliarden Euro

Klimawandel kostet. Nicht nur die Zukunft der Menschheit und anderer Arten auf dem Planeten und Lebensräume im Hier und Jetzt. Sondern auch Geld. Zum Beispiel: **3,9 Milliarden Euro Schäden** sind durch Extremwetter wie Hagel und Starkregen in den ersten sechs Monaten dieses Jahr in Deutschland entstanden. Die Zahl stammt vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Im Gesamtjahr rechnet der Verband mit einer Schadensumme von mindestens 7 Milliarden Euro – und damit weitaus mehr als in den letzten Jahren. Ereignisse von Extremwetter werden durch den menschengemachten Klimawandel verstärkt. So viel steht fest: Es wird auch zukünftig viel kosten.

Stählerne Streiterei

Der Konflikt um die Zukunft der Thyssenkrupp-Stahlsparte eskaliert. Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter greifen einander scharf an

Von **Anastasia Zejneli**

Kurz vor einer wichtigen Aufsichtsratssitzung am Donnerstag eskaliert der Streit um die Stahlsparte bei Thyssenkrupp. Die Vertreter der Anteilseigner im Aufsichtsrat stellen sich hinter Gesamtkonzernchef Miguel Lopez und seine Umbaupläne für den Standort Duisburg. In einer Erklärung von Dienstag kritisieren sie „den Auftritt und die Kommunikation von Arbeitnehmervertretern“. Sie verurteilen im Besonderen „die emotionale Aufladung und teils gezielt verletzend Verunglimpfungen und persönliche Anfeindungen“.

Unter den Unterzeichner*innen befinden sich Thyssenkrupp-Aufsichtsratschef Siegfried Russwurm sowie die Chefin der Krupp-Stiftung, Ursula

Gather, die die größte Einzelaktionärin des Industriekonzerns ist. Russwurm nutzte im vergangenen Mai sein Doppelstimmrecht, um den Teilverkauf der Stahlsparte gegen den Willen der Arbeitnehmerseite durchzusetzen.

Jürgen Kerner, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, wies die Vorwürfe der Arbeitgeberseite bereits am Dienstag zurück. Die Unterzeichnenden versuchten sich aus der Verantwortung herauszuziehen, so der Gewerkschafter, der gleichzeitig stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Thyssenkrupp ist. Das sei „billig und stilllos“. Die Beschäftigten seien zutiefst verunsichert. Verantwortlich dafür sei das „rücksichtslose, intransparente und unprofessionelle Agieren von Herrn Lopez und Herrn Russwurm“. Lopez plant

unter dem Druck der schwächelnden Nachfrage, die Stahlsparte zu straffen, Produktionskapazitäten zurückfahren – und vor allem Stellen abzubauen.

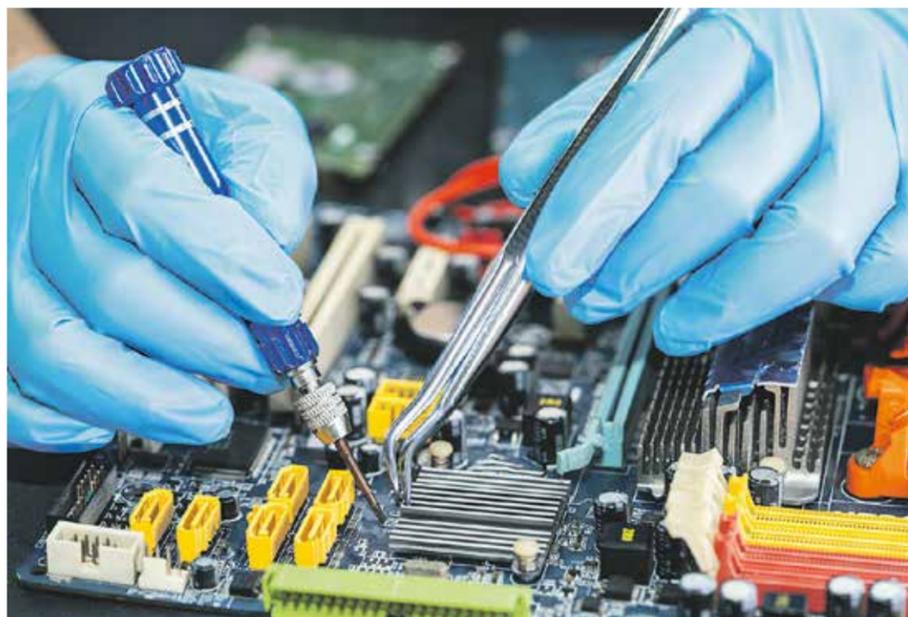
Seit Monaten bangen die Mitarbeitenden des Standorts Duisburg daher um ihre Arbeitsplätze. Mit Demonstrationen vor dem Konzernstandort und Aktionen in den Betrieben versuchen die Stahlkocher, ihren Unmut über die Umbaupläne auszudrücken.

Ende Mai stimmte der Thyssenkrupp-Aufsichtsrat für den Einstieg des Energieunternehmens EPCG in seine Stahlsparte. 20 Prozent der Anteile gingen damit an den Konzern des tschechischen Milliardärs Daniel Křetínský. Dieser soll sich vor allem um die Energielieferungen für die Stahlproduktion kümmern.

Reparaturen bitte selber zahlen

Förderungen für Verbraucher:innen, die defekte Geräte reparieren lassen, helfen den Menschen und der Umwelt. Doch die Regierung bremst – dabei geht es nicht nur ums Geld

Wegwerfen oder wieder zum Laufen bringen? Mit Bonus ändert sich oft auch die Antwort auf diese Frage
Foto: Panthermedia/imagio



Von **Svenja Bergt**

Die Bundesregierung lehnt auch nach der Einführung eines Rechts auf Reparatur durch die EU einen Reparaturbonus ab – aus Kostengründen. Eine Förderung von Reparaturen nach thüringischem Vorbild würde 34 Millionen Euro kosten, heißt es in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Gruppe der Linken im Bundestag, die der taz vor Veröffentlichung vorliegt. Bei einer umfassenderen Förderung, die etwa auch für Möbel, Gartengeräte oder Fahrräder gilt, und mit der Annahme, dass jeder zweite Haushalt einen Zuschuss in Höhe von 100 Euro je Reparatur beantragt, würden sich die Kosten auf 2 Milliarden Euro summieren. Die Zahl entsteht aus den gut 40 Millionen Haushalten in Deutschland – würde jeder zweite die 100 Euro Förderung jährlich nutzen, ginge es hier also um jährliche Kosten.

„In 2024 hat allein das Bundesministerium für Bildung und Forschung eine halbe Milliarde Euro in seinem Haushalt nur für künstliche Intelligenz, aber 34 Millionen für einen bundesweiten Reparaturbonus, ein Fünftel der

KI-Förderung eines einzigen Ministeriums sind nicht machbar? Das ist doch ein Witz“, kritisiert die Linken-Abgeordnete Anke Domscheit-Berg. Aber auch Ausgaben von 2 Milliarden Euro hält sie für gerechtfertigt: „Die Menge eingesparter Ressourcen wäre immens, und über 20 Millionen Haushalte in Deutschland hätten einen direkten Nutzen davon.“

Derzeit werden in Deutschland nicht einmal ein Viertel aller Geräte, die kaputtgehen, repariert, so der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Das liegt nicht unbedingt an mangelnder Bereitschaft, sondern auch an den Kosten: In der Praxis ist eine Reparatur oft nicht billiger oder sogar teurer als ein Neukauf. Die EU hat daher ein Recht auf Reparatur beschlossen. Damit sollen Reparaturen einfacher und erschwinglicher werden. Die entsprechende Richtlinie ist Anfang Juli in Kraft getreten, Deutschland und die anderen Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen. Einer der Punkte, der dieses Recht ungenutzt lässt, ist die Förderung eines Reparaturbonus. Wer ein defektes Gerät etwa in einer Werkstatt oder mit Unterstützung in einem Repair-Café reparieren lässt, würde damit Zuschüsse bekommen.

Auf nationaler Ebene gibt es so einen Bonus in Österreich und Frankreich. In Deutschland haben ihn Sachsen und Thüringen sowie einige Landkreise erprobt. In Thüringen

„Die Menge eingesparter Ressourcen wäre immens“

Anke Domscheit-Berg, Linke

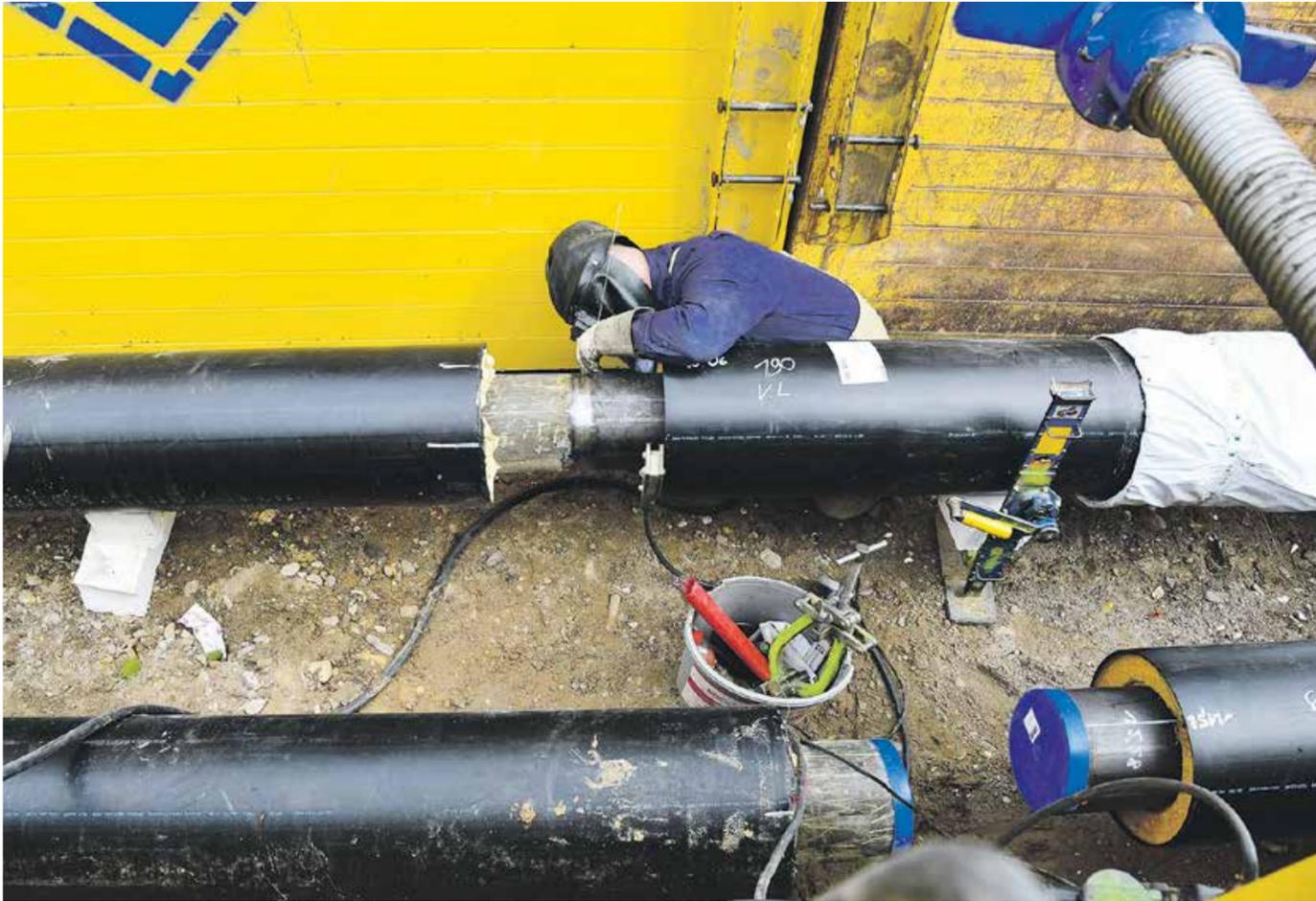
geht die Förderung aktuell in die vierte Runde, seit Mai können Verbraucher:innen wieder Anträge stellen, um Reparaturen bezuschussen zu lassen. Zuvor hat das Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (IZM) die Effekte des dortigen Reparaturbonus untersucht. Demnach haben die im Rahmen des Programms durchgeführten Reparaturen rund 3.000 Tonnen CO₂ eingespart und 390 Tonnen Elektro-

schrott vermieden. Zudem profitierten lokale Betriebe: Die Arbeiten seien zur Hälfte von Fachhändlern durchgeführt worden und zu einem Viertel von Werkstätten. Über ein Drittel der Befragten gab an, sie hätten die Reparaturen ohne Bonus nicht durchführen lassen. „Mit der Förderung von Reparaturen kann regional und sehr kurzfristig etwas zur Umweltentlastung getan werden“, zog Studienleiter Erik Poppe im Mai Bilanz.

Dass die Bundesregierung den Bonus zu teuer findet, hält Domscheit-Berg für vorgeschoben. Sie schlägt eine herstellerfinanzierte Förderung nach französischem Vorbild vor: Hier kommen über Abgaben die Hersteller für den Bonus auf. Nach Elektrogeräten gibt es dort seit dem vergangenen Jahr einen weiteren Bonus für die Reparatur von Kleidung und Schuhen. Wie die Bundesregierung das Modell bewertet, bleibt offen – in der Antwort auf die Kleine Anfrage schreibt das Bundesverbraucherschutzministerium lediglich, dass man unterschiedliche Umsetzungsmodelle prüfe.

Bereits im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, Reparaturen zu fördern. „Die Lebensdauer und Reparierbarkeit eines Produktes machen wir zum erkennbaren Merkmal der Produkteigenschaft“, heißt es. Doch der Entwurf zum Reparaturgesetz, das Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke (Grüne) vor über einem Jahr angekündigt, liegt noch nicht vor.

Domscheit-Berg kritisiert, dass damit die Chance vergeudet werde, die Reparaturkultur in Deutschland in Schwung bringen. „Gerade im ländlichen Raum gibt es oft gar keine kommerziellen Dienstleister mehr, da ist die Alternative wegwerfen und online neu bestellen.“ Das sei unsozial, weil teuer und zudem klimaschädlich. Denn gerade bei elektronischen Geräten wie Smartphones oder Tablets entfielen etwa 80 Prozent des CO₂-Fußabdrucks allein auf die Herstellung – und Elektroschrott sei in der Europäischen Union die am schnellsten wachsende Abfallart.



Die Hausbesitzer*innen in dieser Bonner Straße müssen sich nicht mehr viele Gedanken um ihre Heizungen machen: Hier wurden 2023 Fernwärmeleitungen verlegt. Foto: Sepp Spiegl/imagio

„Wärme als Daseinsvorsorge verstehen“

Viele könnten sich den Umstieg auf klimafreundliches Heizen nicht ohne Weiteres leisten, warnt Volkswirt Thomas Losse-Müller. Der Klima-Experte sieht aber einen Ausweg

Interview Anton Dieckhoff

taz: Herr Losse-Müller, noch heizen wir in Deutschland fast nur klimaschädlich mit Gas, Öl und Kohle. Das muss sich ändern, aber der Wärmepumpen-Verkauf stockt. Ist das für Sie schon besorgniserregend?

Thomas Losse-Müller: Ich finde den verlangsamten Verkauf der Wärmepumpen nicht so dramatisch. Viel wichtiger ist, dass wir jetzt wirklich eine verlässliche Wärmeplanung haben. Meiner Meinung nach sind Wärmenetze die sozialverträglichste Form, in Zukunft unsere Häuser zu heizen.

taz: Das heißt, Fern- oder Nahwärme statt dezentraler Heizungen. Wieso ist das besser?

Losse-Müller: Das hat damit zu tun, dass die Kommune oder das Stadtwerk – also im großen Ganzen der Staat – die Investitionen in das Wärmenetz und die Infrastruktur übernimmt und die einzelnen Haushalte nicht alleine lässt.

taz: Ihre Stiftung Klimaneutralität hat zusammen mit Ihrer Denkfabrik Sozialklimarat analysiert, wer sich die Wärmewende hin zu klimafreundlichen Heizungen leisten kann. Was ist dabei herausgekommen?

Losse-Müller: Wir haben uns angeschaut: Wie sehen typische Lebenslagen in Deutschland aus? Wir können 16 verschiedene Lebenslagen unterscheiden. Die Menschen in einem Drittel dieser Lebenslagen können gut klimaneutral werden, da machen wir uns keine Sorgen. Das mittlere Drittel wird allerdings schon Schwierigkeiten haben, weil die heutige Förderung meist nicht ausreicht, um die Häuser energetisch zu sanieren. Und das übrige Drittel hat

überhaupt keine Chance, energetisch zu sanieren oder in eine Wärmepumpe zu investieren. Das Geld und die heute Förderung reichen bei einem Großteil der Menschen einfach nicht.

taz: Und Sie schließen daraus, dass der Staat diese Investitionen übernehmen soll?

Losse-Müller: Ich nenne mal ein Beispiel: ein typisches Baugebiet aus den Siebziger oder Achtziger Jahren, wo die heutige Boomer-Generation ihre Häuser gebaut hat. Oft noch mit einem sehr viel schlechteren Energiestandard, als das heute der Fall wäre. Das heißt, dass es sehr viel Geld kostet, diese Häuser energetisch zu sanieren. Gleichzeitig gehen die Boomer gerade in Rente und werden Schwierigkeiten haben, diese Investitionen zu leisten. Wenn die Stadtwerke dort kein Wärmenetz aufbauen, dann muss der Staat viel Geld in Hand nehmen, um die Sanierung jedes einzelnen dieser Häuser zu fördern. Und das wahrscheinlich zu höheren Kosten, als wenn er sich selbst um ein Wärmenetz kümmern würde, auch wenn sich das aus einer rein betriebswirtschaftlichen Perspektive für das Stadtwerk nicht lohnt.

taz: Also Wärme als öffentliche Leistung?

Losse-Müller: Ja genau. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir die Versorgung mit Wärme als eine Art der Daseinsvorsorge verstehen müssen, so wie wir das zum Beispiel mit Trinkwasser heute auch schon machen. Wir erwarten ja auch nicht mehr, dass sich jeder Eigentümer einen eigenen Brunnen baut.

taz: Wie wirkt sich das andernfalls auf das Sozialgefüge aus?

Losse-Müller: Die Menschen, die sich leisten können, eine Wärmepumpe zu installieren

oder etwa auch eine Solaranlage aufs Dach zu packen, die machen das. Diese Leute machen sich dadurch unabhängig von den kommenden hohen Energiepreisen. Sie tragen nicht mehr dazu bei, die Netzkosten zu tragen, sowohl bei Strom als auch bei Gas. Mit jedem wohlhabenden Haushalt, der sich aus dem gemeinschaftlichen Netz verabschiedet, wird es teurer für alle anderen.

taz: Bedeutet das, dass wir uns auf eine Zwei-Klassen-Energie-Gesellschaft zubewegen?

Losse-Müller: Ja, absolut. Das ist heute schon so. Wir wissen aus Auswertungen der Einkommens- und Vermögensstatistik, dass jeder zehnte Haushalt der obersten Einkommensklassen schon eine Solaranlage hat aber kaum einer der unteren 50 Prozent. Diese Tendenz ist steigend.

taz: Die Haushaltskrisen der vergangenen Monate im Kopf: Ist der Staat überhaupt dazu in der Lage, diese Infrastrukturaufgabe zu erfüllen?

Losse-Müller: Es gibt einen großen Skeptizismus dem Staat gegenüber. Aber es gibt Aufgaben, die ein Staat besser erledigt. Infrastruktur gehört dazu.

taz: Stimmt das wirklich noch?

Losse-Müller: Das Scheitern des Staates in den letzten zehn Jahren ist ein Produkt von neoliberaler Ideologie. Wir haben den Staat in den letzten 30 Jahren systematisch kaputtgespart. Die Schuldenbremse hat dazu geführt, dass der Staat überhaupt keine Möglichkeiten mehr hatte, Infrastruktur instand zu halten. Aber das heißt nicht, dass der Staat generell nicht in der Lage ist, Infrastruktur bereitzustellen. Ich meine, alle Straßen und alle Schulen, die gerade marode sind, hat der Staat ja irgendwann mal gebaut. Da müssen wir wieder hin zurück-

kommen. Das braucht ein anderes Denken und die Bereitschaft der Gesellschaft, gemeinschaftlich zusammenzukommen und gemeinsam zu investieren.

taz: Und lohnen sich die enormen Schulden, die der Staat dann auf sich nehmen würde?

Losse-Müller: Also sagen wir es mal andersherum. Wenn der Staat die Schulden nicht aufnimmt, um das Wärmenetz zu bauen, dann müssen die privaten Haushalte die Schulden aufnehmen, um ihr eigenes Haus zu sanieren. Schulden werden in jedem Fall gemacht. Die Frage ist nur, wer sie trägt. Und es ist sozial gerechter und effizienter, wenn der Staat diese Investitionen tätigt. Einfach, weil er in der Lage ist, das Abbezahlen der Schulden dann wieder so zu verteilen, dass die starken Schultern mehr zahlen und die schwachen Schultern etwas weniger.

taz: Für wie wahrscheinlich halten Sie es denn, dass der Staat diese Infrastrukturaufgabe tatsächlich angeht?

Losse-Müller: Ich halte es für die einzig mögliche Option.

taz: Aber in der Ampelregierung besteht die FDP auf der Schuldenbremse. Und mit Blick auf mögliche kommende Regierungen spricht sich auch die Union für die Schuldenbremse aus ...

Losse-Müller: Ich habe einen anderen Eindruck von der CDU. Ich glaube, dass gerade in der Kommunalpolitik die CDU sehr wohl versteht, dass Wärmeinfrastruktur eine Aufgabe von Städten sein kann. Und dass es auch eine große Bereitschaft gibt, das umzusetzen. Da muss man wirklich stark unterscheiden zwischen einer sehr berlinfokussierten Wahlkampfstrategie und dem, was in Ländern und Kommunen gedacht wird.



Thomas Losse-Müller, Jahrgang 1973, ist seit April Chef der Stiftung Klimaneutralität. Vorher besetzte er verschiedene Ämter in der schleswig-holsteinischen Landespolitik – lange für die Grünen, ab 2020 für die SPD.

Union Busting bei Levi's-Zulieferer

NGOs werfen Jeanskonzern Untätigkeit bei Missständen in türkischer Fabrik vor

Von Jürgen Gottschlich, Istanbul

Der weltweit größte Jeansproduzent Levi Strauss & Co kümmert sich nicht um die skandalösen Zustände in seiner türkischen Zulieferer-Firma Özak Tekstil. Diesen Vorwurf erheben die internationalen NGOs „Clean Clothes Campaign“ (CCC) und das „Workers Rights Consortium“ in einer am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung. In der Textilfabrik in Sanliurfa, im Südosten der Türkei, wurden letzten Dezember 400 Beschäftigte entlassen, nachdem diese wegen miserablen Arbeitsbedingungen und wegen sogenannten Union Bustings, also der Unterdrückung von Gewerkschaftsarbeit, zwei Wochen gestreikt hatten. Die Fabrik arbeitet ausschließlich für Levi's. Der Rauschmiss betraf die Hälfte der Belegschaft.

Anlass für den Streik war die Kündigung der Gewerkschaftsaktivistin Seher Gülel. Gülel hatte sich in der neu gegründeten Gewerkschaft Birtek-Sen engagiert, die die Geschäftsführung von Özak Tekstil nicht zulassen wollte, weil in der Fabrik bereits eine Gewerkschaft aktiv ist. Dieses bezeichnet Gülel allerdings als „sehr unternehmensfreundlich“. Nach Protesten von CCC und dem „Workers Rights Consortium“ Ende 2023 erklärte Levi's zunächst, dass das Vorgehen von Özak Tekstil dem eigenen Verhaltenskodex widerspreche und man sich deshalb dafür einsetzen würde, dass die Firma die Kündigungen zurücknimmt.

Nun stellen die beiden Organisationen jedoch fest, dass sich Levi's nicht an seine Zusagen gehalten habe. Nur ein sehr geringer Teil der entlassenen NäherInnen wurde den NGOs zufolge wieder eingestellt, und Birtek Sen wird bis jetzt nicht als Gewerkschaft akzeptiert. Die meisten der entlassenen ArbeiterInnen kämpfen nach wie vor um Abfindungen und Entschädigungen. Fast alle sind arbeitslos, was sich in der strukturschwachen Gegend wohl nicht so schnell ändern wird.

Die heutige Özak Global Holding wurde 1985 als Familienunternehmen mit einer ersten Textilfabrik in Istanbul gegründet. Mittlerweile betreibt der börsennotierte Konzern vier Textilfabriken, verdient sein Geld aber hauptsächlich im Immobilien- und Tourismusbereich. Die Art, wie Özak Tekstil gegen die Gewerkschaft vorging, ist typisch in der Türkei. Wer sich einer linken Gewerkschaft anschließen will, wird gefeuert. Möglich macht dies ein extrem repressives Gewerkschafts- und Arbeitsrecht, das nach dem Putsch 1980 eingeführt wurde. Die anderen Özak-Fabriken arbeiten ebenfalls für internationale Konzerne, darunter Hugo Boss. Auch hier gibt es Beschwerden wegen schlechter Arbeitsbedingungen wie unbezahlte Überstunden oder rüdes Verhalten der Vorarbeiter gegenüber jungen NäherInnen.

taz * panterstiftung

„Wir jungen Menschen spüren, wie ungleich Ost und West in Deutschland noch sind“

Mika Schlegel (Thüringen)

Nachwuchsautor:innen verfassen anlässlich der Landtagswahlen drei Sonderbeilagen: am 30. August zu Sachsen am 20. September zu Brandenburg



Die taz Panter Stiftung wird durch Spenden finanziert: taz.de/spenden

Teenager als eiskalte Mörder

Mit hohen Haftstrafen für Minderjährige will Schweden die Bandengewalt eindämmen

Von Härnosand **Anne Diekhoff**

Der Dreifachmord schockierte Schweden im vergangenen Oktober, am Mittwoch fiel das Urteil am Bezirksgericht Södertörn bei Stockholm. Der 17-jährige Schütze muss für zwölf Jahre ins Gefängnis, der 16-jährige, der ihn beauftragt hat, für zehn Jahre. Zwei weitere junge Menschen wurden wegen Beihilfe verurteilt. Es ist das bislang höchste Strafmaß für Minderjährige in Schweden.

Der Schütze, damals 16 Jahre alt, war nachts in ein Einfamilienhaus im Stockholmer Vorort Västberga eingebrochen. Er erschoss den 40-jährigen Mann, der dort mit Frau und zwei Kindern lebte. Die Frau hielt ihre Tochter auf dem Schoß, auch auf sie schoss der Täter, beide überlebten. In der Nacht darauf erschoss er eine 20-jährige und eine 60-jährige Frau in einem Einfamilienhaus bei Stockholm. „Die Taten stellen sich als unerhört brutal und außerordentlich rücksichtslos dar“, sagte die Vorsitzende Richterin Sofia Jungstedt laut Pressemitteilung.

Anders als in früheren Mordfällen im Bandenmilieu sahen die Ermittler bei den Opfern keine Verbindung zum organisierten Verbrechen, außer dass ein Angehöriger der beiden Getöteten mit einem bekannten Kriminellen verwandt sei. Viele Jahre hatte es als Beruhigung für die schwedische Allgemeinheit gegolten, dass die Mordopfer von Gangkriminellen ausschließlich Mitglieder konkurrierender Banden seien.

Staatsanwältin Helena Nordstrand geht davon aus, dass der Mordauftrag ursprünglich von weiter oben in der Gang-Hierarchie kam, mutmaßlich aus dem Ausland. Von wem, bleibt unbekannt. Das sei „natürlich unzufriedenstellend“, sagte sie dem *Svenska Dagbladet*.

Der Auftraggeber wurde, seit er 13 war, vom Sozialdienst betreut. Er galt der Polizei damals schon als Handlanger für Schwerkriminelle. Er und der spätere Mörder kannten sich aus dem Heim, in dem sie untergebracht waren und aus dem sie gemeinsam abhauerten. Wegen Beihilfe zum Dreifachmord wurden ein 22-Jähriger zu 16 Jahren Gefängnis und eine 16-Jährige zu zwei Jahren und zwei Monaten in einer geschlossenen Jugendeinrichtung verurteilt. Das Mädchen hat dem Urteil zufolge unter anderem die Mordwaffe abgeholt und transportiert.

Laut früheren Berichten ging der verurteilte Auftraggeber davon aus, dass er zu vier bis fünf Jahren in einer geschlossenen Einrichtung verurteilt werden würde. Solche Strafmaße galten als ein Grund, warum Schwedens Schwerkriminelle immer jüngere Menschen zu Auftragsmördern machten. Dieses Urteil fiel nun aber anders aus: „Das Gericht sieht besondere Gründe, beide trotz ihres jungen Alters zu Gefängnisstrafen statt geschlossener Jugendeinrichtung zu verurteilen“, so Richterin Jungstedt.

Anzeige

Hinterlassenschaft des Militäreinsatzes: ein von einer israelischen Bombe zerstörtes Auto am Mittwoch in der Nähe von Dschenin
Foto: Nasser Ishtayeh/imag

Wird das Westjordanland zur neuen Front?

Mit einem groß angelegten Militäreinsatz geht Israel im Norden des besetzten Gebietes gegen Militante vor. Der Iran sowie gewaltbereite Siedler treiben dort die Eskalation voran



kontinuierlichen Razzien der israelischen Armee, bei denen seit Oktober mehr als 650 Palästinenser getötet wurden, verschärfen die Spannungen weiter. Hinzu kommt eine beispiellose Welle an Gewalt seitens extremistischer Siedler, die seit Kriegsbeginn mindestens elf Menschen getötet haben, mitunter in Anwesenheit israelischer Sicherheitsbehörden.

Der Chef von Israels Inlandsgeheimdienst Shin Bet, Ronen Bar, sah sich vor diesem Hintergrund vor zwei Wochen zu einem Brandbrief an Regierungschef Benjamin Netanjahu und sein Kabinett veranlasst. Darin warnt er, der „Terrorismus“ radikaler Teile der jüdischen Siedlerbewegung sei außer Kontrolle und eine Bedrohung für die nationale Sicherheit.

Auch der Iran versucht laut Medienberichten, die Lage in dem besetzten Gebiet zur Eskalation zu treiben. Über Jordanien gelangen demnach mit Unterstützung aus Teheran vermehrt Waffen ins Westjordanland. Der israelische Außenminister Israel Katz schrieb auf Twitter von einem „islamistisch-iranischen Terrornetzwerk“. Ähnlich wie im Gazastreifen und dem Libanon wolle Teheran im Westjordanland eine „östliche Terrorfront gegen Israel“ aufbauen. Die israelische Armee müsse daher „mit der terroristischen Infrastruktur genau so umgehen, wie in Gaza“. Dazu zähle auch die temporäre Evakuierung von Zivilisten. Die Armee teilte allerdings mit, dass es keine Evakuierungspläne für das Westjordanland gebe.

Israels rechtsextremer Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben Gvir, hatte jüngst die Stimmung zum Tempelberg in Jerusalem weiter angeheizt. Es sei Juden erlaubt, dort zu beten, sagte er dem Armee-Radiosender. Eigentlich herrscht dort ein sensibler Status quo: Juden dürfen das auch für Muslime heilige Gelände besuchen, nicht aber dort beten. Verteidigungsminister Joav Galant kritisierte Ben Gvirs Aussage und nannte sie „unverantwortlich“.

meinung + diskussion 12

Aus Jerusalem **Felix Wellisch**

In der Nacht auf Mittwoch sind israelische Soldaten in mehrere Orte im Norden des besetzten Westjordanlands eingedrungen, dabei wurden nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums mindestens neun Menschen getötet. Die Armee ging nach eigenen Angaben vor allem in Tulkarem, aber auch in Dschenin und in dem Flüchtlingslager Far'a nahe Tubas vor. Ein Armeesprecher sagte, die Operation stehe im Zusammenhang mit der gestiegenen Anzahl an Anschlägen auf Israelis aus dieser Region, darunter der gescheiterte Bombenanschlag in Tel Aviv Mitte August. Im Einsatz seien Infanteristen, Flugzeuge und Drohnen.

Laut dem Gouverneur von Dschenin riegelte die Armee die Stadt im Norden des Westjordanlands ab. Das Gesundheitsministerium meldete, dass Soldaten ein Krankenhaus und andere medizinische Einrichtungen umstellt hätten. Das Militär würde Krankenwagen auf darin versteckte Kämpfer untersuchen, teilte die Klinik mit. Die Armee meldete, die Soldaten würden das Krankenhaus nicht betreten, auch der Zugang sei

weiter möglich. Videoaufnahmen zeigten außerdem gepanzerte Bulldozer in Tulkarem, die Straßen und Infrastruktur zerstören, laut der Armee eine Maßnahme gegen Sprengfallen.

Der Einsatz befeuert Befürchtungen, das Westjordanland könnte sich zunehmend zu einer weiteren Front – neben dem Krieg im Gazastreifen und den Auseinandersetzungen mit der Hisbollah an der Grenze zum Libanon – entwickeln. Die Hamas rief die Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde auf, sich „der heiligen Schlacht für unser Volk anzuschließen“. Der bewaffnete Arm der Fatah, der Fraktion von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, erklärte, an den Kämpfen beteiligt zu sein.

Die Operation könnte mehrere Tage andauern, berichtete die Zeitung *Haaretz* unter Berufung auf die Armee. Im Fokus stehe ein Netzwerk, das im August einen Bombenanschlag in Tel Aviv ausführen wollte. Die Rucksackbombe detonierte jedoch, bevor der Attentäter sein Ziel erreicht hatte, tötete ihn selbst und verletzte einen Passanten. Es war der erste Selbstmordanschlag in Tel Aviv seit acht Jahren. Sowohl die Hamas

als auch der Palästinensische Islamische Dschihad (PIJ) bekannten sich zu dem Anschlag. Der Attentäter Jaafar Mona kam laut *Haaretz* aus Nablu.

Die Hamas versucht seit ihrem Überfall auf Israel am 7. Oktober, den Krieg auf das Westjordanland auszuweiten. Zumindest bisher ist sie damit weitgehend gescheitert. Doch die Lage ist so angespannt wie selten zuvor. Die hohe Zahl der zivilen Opfer durch israelische Angriffe auf Gaza haben viele Palästinenser radikalisiert. Die



Russische Öldepots in Flammen

Ukrainische Drohnen treffen weitere Gebiete in Russland. Dessen Truppen rücken weiter im Donbass vor

Von **Barbara Oertel**

Ein Öllager in der Stadt Kotelnitsch im russischen Gebiet Kirow ist am Mittwoch erstmals zum Ziel ukrainischer Drohnenangriffe geworden. Das teilte der Gouverneur des Gebietes Kirow, Alexander Sokolow, auf seinem Telegram-Kanal mit. Es habe keine Verletzten oder Brände gegeben, die Situation sei unter Kontrolle, schrieb er. Informationen des Telegram-Kanals Shot zufolge sind zwei Tankbehälter in Brand geraten.

Kotelnitsch liegt etwa 1500 Kilometer von der Grenze zur Ukraine entfernt. Ukrainische Drohnenangriffe wurden auch aus dem russischen Gebiet Rostow gemeldet. Der zuständige Gouverneur Wasilij Golubjow teilte mit, dass das Öllager Rosrezerv „Atlas“ in der Region

Kamensky in Brand geraten sei. Russischen Telegram-Kanälen zufolge sind mehrere Treibstofftanks betroffen.

Auch in der Stadt Proletarsk, ebenfalls im Gebiet Rostow, brennen immer noch 20 Dieselmotortanktanks mit einem Fassungsvermögen von jeweils 5000 Kubikmetern. Das Öldepot war bereits am 18. August von einer ukrainischen Drohne getroffen worden und brennt seitdem aus. Laut örtlicher Behörden befindet sich die Schadstoffbelastung der Luft im Normalbereich, gleichwohl klagen Bewohner*innen über zunehmende Atemprobleme.

Unterdessen sind ukrainische Truppen an der Ostfront bei Pokrowsk im eigenen Land offenkundig auf dem Rückzug. So spricht der US-Thinktank Institute for the Study of War (ISW)

von weiteren taktischen Erfolgen russischer Einheiten im Donbass. Das betreffe Vorstöße in Richtung der Stadt Prokrowsk. Die russischen Truppen rücken mit großem Tempo vor. Innerhalb weniger Tage hätten sie den größten Teil der südöstlich von Pokrowsk gelegenen Ortschaft Nowohrodkiw unter ihre Kontrolle gebracht, heißt es in einem Bericht des ISW.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat sich derweil erneut zu der „Operation Kursk“ geäußert. Vor drei Wochen, am 6. August, waren ukrainische Einheiten erstmals in das russische Gebiet vorgezogen, die Kämpfe halten an. Nach ukrainischen Angaben kontrollieren die ukrainischen Truppen dort inzwischen 1294 Quadratkilometer und rund 100 Ortschaften, etwa 5 Prozent des

Gebietes Kursk. Der Vormarsch sei ein Versuch, eine russische Offensive in die nordukrainischen Sumy oder Tschernihiw zu verhindern und er sei Teil umfassenderer Bemühungen der Ukraine für eine gerechte und dauerhafte diplomatische Lösung des Krieges, sagte Selenskyj am Dienstag.

Ebenfalls am Dienstag war der Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi zu einem Kontrollbesuch des Atomkraftwerks Kursk nach Russland gereist. Er zeigte sich beunruhigt. Die Kämpfe in einem so geringem Abstand zu einem AKW dieser Art seien eine „extrem ernste“ Angelegenheit. In der vergangenen Woche hatte Russlands Präsident Wladimir Putin der Ukraine einen versuchten Angriff auf das AKW vorgeworfen.

IN MANCHEN LÄNDERN WERDEN SIE SCHON FÜR DAS HOCHHALTEN DIESES BLATT PAPIERS FESTGENOMMEN.

Unterstützen Sie Pressefreiheit weltweit: reporter-ohne-grenzen.de/spenden



Äthiopien und Ägypten im Wasserkrieg in Somalias Wüste

Auf Einladung der somalischen Regierung schickt Ägypten Soldaten nach Somalia und umzingelt damit Äthiopien. Die beiden Regionalmächte streiten seit Jahren um einen Megastaudamm, den Äthiopien am Blauen Nil baut

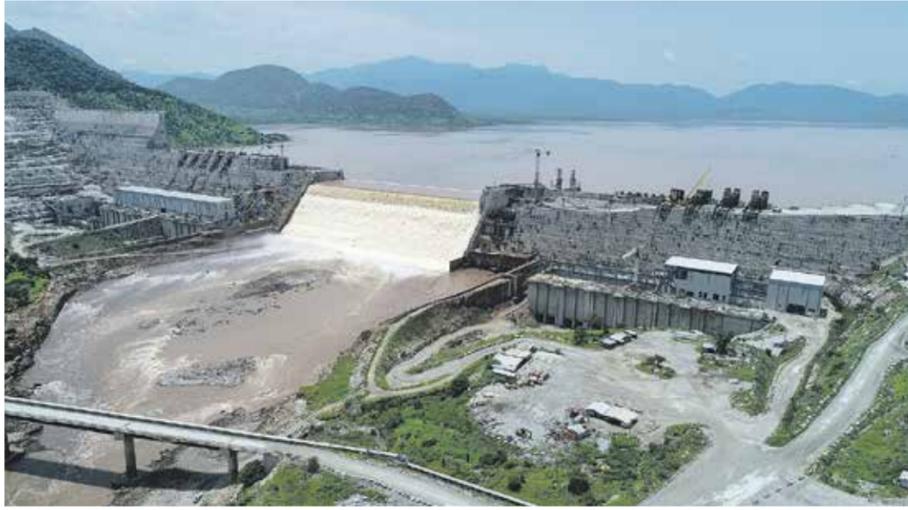
Von **Dominic Johnson**

Der Kampf zwischen Ägypten und Äthiopien um die Vorherrschaft im nordöstlichen Afrika wird jetzt in Somalia ausgetragen. Nach Medienberichten hat Ägypten mit der Stationierung einer Eingreiftruppe von bis zu 10.000 Mann in Somalia begonnen, auf Einladung der dortigen Regierung. Parallel dazu will Somalias Regierung die im Land aktiven Eingreiftruppen aus Äthiopien loswerden.

Was formal als eher undurchsichtiger Streit um die Nachfolge der Somalia-Eingreiftruppe der Afrikanischen Union (AU) ausgetragen wird, gestaltet sich in der Realität als Wettstreit zwischen den beiden rivalisierenden Großmächten der Region. Ägypten und Äthiopien mit jeweils über 100 Millionen Einwohnern streiten sich seit Jahrzehnten um die Kontrolle des Nils – der äthiopische Bau des Großstaudamms GERD (Great Ethiopian Renaissance Dam) am Blauen Nil hat in den vergangenen Jahren mehrmals zu Kriegsdrohungen seitens Ägyptens geführt. Ägypten sieht die mit dem 2011 begonnenen Bau einhergehende zeitweise Verringerung des Nildurchflusses als existenzielle Bedrohung. Äthiopien braucht den Strom aus Wasserkraft zur Überwindung seiner extremen Armut.

Das vergleichsweise kleine und seit über 30 Jahren in mehrere Staaten zerfallene Somalia, das historisch die von ethnischen Somalis besiedelten östlichen Wüstenregionen Äthiopiens für sich beansprucht, erscheint da wie ein natürlicher Verbündeter Ägyptens gegen Äthiopien. Erst jetzt aber traut sich Somalias Präsident Hassan Sheikh Mohamud, diese explosive Karte tatsächlich zu ziehen und ägyptische Truppen ins Land zu holen.

Seit einer gescheiterten somalischen Invasion in den 1970er Jahren sieht Äthiopien die Kontrolle Somalias als essenziell für seine Sicherheit an. Äthiopische Soldaten stürzten 2006 eine islamistische Regierung in Mogadischu und bekämpfen seitdem im Süden Somalias islamistische Rebellen, sowohl im Rahmen der AU-Eingreiftruppe als auch auf eigene Faust. Als bevölkerungsreichstes Land der Welt ohne eigenen



Krieg ums Wasser: Der äthiopische Staudambau am Blauen Nil, hier im Jahr 2020 F.: Yirga Mengistu/dpa

Meereszugang ist Äthiopien außerdem auf Häfen der kleinen Nachbarn für seinen Außenhandel angewiesen – neben Dschibuti, das mit der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba durch eine Eisenbahnlinie verbunden ist, richtet sich das äthiopische Augenmerk auch auf Berbera, den potentiell größten Hafen am Horn von Afrika, der an Somalias Nordküste gegenüber von Jemen liegt.

Der Norden Somalias spaltete sich 1991, als der Süden Somalias um Mogadischu im Bürgerkrieg versank, unter dem Namen Somaliland von Somalia ab. Somalias wechselnde Regierungen in Mogadischu haben das nie anerkannt. Seit die Regierungen von Äthiopien und Somaliland am 1. Januar 2024 eine Absichtserklärung unterzeichneten, die Äthiopien die Pacht des Hafens Berbera auch für militärische Zwecke ermöglicht, ist aus diesem Streit ein offener Konflikt geworden. Somalia wirft Äthiopien vor, Somalia zerschlagen zu wollen – Äthiopien wirft den Machhabern in Somalia vor, äthiopische Rebellen zu unterstützen und Waffenschmuggel zu tolerieren, und präsentiert sich als einzige Ordnungsmacht am Horn von Afrika gegen das somalische Chaos. Ein Vermittlungsversuch der Türkei, die in Mogadischu ihre größte ausländische Militärbasis unterhält, scheiterte Mitte August.

Im Rahmen der zunehmenden Spannungen mit Äthiopien ist auch Somalias Misstrauen gegenüber der AU, die ihren Sitz in

Addis Abeba hat, immer weiter gewachsen. 2007, nach Äthiopiens Einmarsch in Somalia, hatte die AU eine Eingreiftruppe Amisom (Mission der Afrikanischen Union in Somalia) zum Kampf gegen die verbleibenden islamistischen Shabaab-Rebellen in Somalia aufgestellt, um die Zeit zu überbrücken, bis in Mogadischu wieder eine Regierung sitzt, die ihr Staatsgebiet kontrollieren kann. Diese Überbrückung ist bis heute nicht abgeschlossen. Um daran zu erinnern, dass die AU eigentlich nur vorübergehend bleiben soll, wurde Amisom 2022

auf Drängen Somalias in Atmis (Übergangsmision der Afrikanischen Union in Somalia) umbenannt, mit einem festen Abzugstermin Ende 2024. Je näher dieser Termin rückt, desto offensichtlicher wird, dass er unrealistisch ist.

So ist nun eine Folgemission AUSSOM (Unterstützungs- und Stabilisierungsmission der Afrikanischen Union in Somalia) für die Zeit ab 2025 beabsichtigt. „Die Souveränität und territoriale Integrität Somalias wird zu allen Zeiten respektiert“, lautet das erste Grundprinzip dieser Mission in ihrem Operations-



konzept, das der AU-Sicherheitsrat am 1. August billigte – explosiv im Kontext der Spaltung Somalias. Das Operationskonzept liegt nun beim UN-Sicherheitsrat, der dazu das letzte Wort hat.

An AUSSOM, findet Somalias Regierung, soll Äthiopien nicht mehr beteiligt sein – sondern stattdessen Ägypten, und zwar als Führungsnation. Alle äthiopischen Truppen sollen bis Ende 2024 Somalia verlassen, sagte die Regierung in Mogadischu bereits im Mai. Ägypten hingegen bot 5.000 Soldaten für AUSSOM an und weitere 5.000 außerhalb der Mission. Auch Äthiopien hat in Somalia sowohl innerhalb als auch außerhalb der AU-Truppen Einheiten stationiert.

Am 14. August unterzeichnete Somalias Präsident Sheikh Mohamud in Kairo ein Verteidigungsabkommen mit Ägyptens Präsident Abdelfattah al-Sisi. Am 27. August landeten die ersten ägyptischen Militärtransportflugzeuge auf dem Flughafen von Mogadischu, mit Offizieren und Ausrüstung zur Errichtung militärischer Kommandozentralen im Süden Somalias.

Wie Äthiopiens Militäreinheiten in Somalia darauf reagieren, ist unklar. Im Gespräch ist eine verstärkte militärische Kooperation mit Kenia, der anderen großen Interventionsmacht in der bestehenden AU-Truppe.

Politisch hat Ägyptens Vorstoß nach Somalia Äthiopiens Regierung außerdem eine Steilvorlage geliefert, um neue Erfolge mit seinem von Ägypten bekämpften Wasserkraftprojekt am Nil zu feiern. Am 24. August gab Premierminister Abiy Ahmed die Inbetriebnahme der dritten und vierten Turbine des Wasserkraftwerks am gigantischen GERD-Staudamm am Blauen Nil bekannt, womit die installierte Stromkapazität an dem 145 Meter hohen und 1,8 Kilometer breiten Megabauwerks auf 1.550 von 5.150 geplanten Megawatt steigt.

Der Stausee am Damm sei mit 60 von geplant 71 Milliarden Kubikmetern Nilwasser bereits fast gefüllt, fügte Abiy hinzu. Ende 2024 soll die Füllung abgeschlossen sein und der Nil kann wieder zu 100 Prozent fließen – genau der Zeitpunkt, an dem Ägypten Äthiopien als Militärmacht in Somalia ablösen soll.

Vatikanstadt Papst für sichere Fluchtrouten

Papst Franziskus hat Bemühungen um die Abweisung von Migranten und das Blockieren von Fluchtrouten als „schwere Sünde“ bezeichnet. In seiner wöchentlichen Audienz warnte Franziskus am Mittwoch vor „restriktiven Gesetzen“ und der „Militarisierung der Grenzen“ und forderte „sichere und legale“ Migrationsrouten. Das Mittelmeer und „einige Wüsten“ seien zu „Friedhöfen“ für Migranten geworden, beklagte der Papst. Der 87-jährige Franziskus ruft regelmäßig zu mehr Mitgefühl für Flüchtlinge auf, insbesondere für diejenigen, die versuchen, von Afrika über das Mittelmeer Europa zu erreichen. In Zeiten von Satelliten und Drohnen gebe es „Männer, Frauen und Kinder, die niemand sehen darf. Nur Gott sieht sie und hört ihre Schreie“, sagte der Pontifex. (apf)

Bangladesch Islamistische Partei wieder legal

Die Übergangsregierung in Bangladesch hat das Verbot der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami aufgehoben. Das Innenministerium zog das von der Regierung der nach Protesten ins Ausland geflohenen Ministerpräsidentin Sheikh Hasina erlassene Verbot am Mittwoch zurück. Um bei angekündigten Wahlen antreten zu können, muss sich die Partei noch von der Wahlkommission registrieren lassen. Die Parteiführung äußerte sich zunächst nicht. Jamaat-e-Islami war 1941 noch unter britischer Kolonialherrschaft von einem umstrittenen islamistischen Gelehrten gegründet worden. Im Unabhängigkeitskrieg Bangladeschs 1971 bildete die Partei Milizen, die sich an Kriegsverbrechen der pakistanischen Armee beteiligten. Hasina verbot die Jamaat-e-Islami als militante islamistische Organisation. (ap)

China Proteste wegen Immobilienkrise

In wirtschaftlich unsicheren Zeiten protestieren Chinesen laut der US-Organisation Freedom House (FH) zunehmend gegen Unternehmen und Politik. Die in Washington ansässige regierungsunabhängige Organisation verzeichnete allein im zweiten Quartal dieses Jahres 805 Fälle von „Widerspruch“ und damit 18 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Der Großteil seien Proteste von Arbeitern (44 Prozent) und Wohnungsbesitzern (21 Prozent) gewesen. Seit Jahren sorgt eine Immobilienkrise dafür, dass Bauträger Kredite nicht zurückzahlen und verkaufte Wohnungen nicht fertig bauen. Arbeiter protestierten wegen ausstehender Löhne gegen Immobilienkonzerne. FH zählte seit 2022 zudem 228 Proteste wegen Umschlungen oder unfairer Landkäufe. (dpa)

Management strategischer Konkurrenz

US-Sicherheitsberater Jake Sullivan besucht China. Dort soll er helfen, das schwierige bilaterale Verhältnis zu stabilisieren

Von **Sven Hansen**

Unterschiedliche Sichtweisen auf die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, den Taiwankonflikt und den Gebietsstreit im Südchinesischen Meer, dazu Handelskonflikte und Rivalität um globale Hegemonie: Die Streitthemen zwischen Washington und Peking sind zahlreich und allenfalls langfristig lösbar. Doch ist Austausch wichtig, um die Gefahr von Missverständnissen und Eskalationen zu verringern.

Seit Dienstag ist deshalb Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Joe Biden, in China. Zwar ist es

der erste Peking-Besuch eines US-Sicherheitsberaters seit acht Jahren, aber viele seiner chinesischen Gesprächspartner hat Sullivan in den letzten einhalb Jahren schon mehrfach woanders getroffen. Beide Seiten würden Themen von Übereinstimmung und Uneinigkeit besprechen, „die effektiv und substantiell gemanagt werden müssen“, sagte Sullivan. Bei den Gesprächen hinter verschlossenen Türen geht es um die Stabilisierung des angespannten bilateralen Verhältnisses. Durchbrüche erwartet keine Seite.

Peking möchte etwa nicht wie schon so oft in US-Wahlkämpfen der Buhmann werden, sondern

das bilaterale Verhältnis auf eine stabilere Basis stellen, die über den US-Regierungswechsel hinaus Bestand hat. Das Verhältnis zu den USA sei „an einem kritischen Punkt“, wie das Außenministerium unmittelbar vor Sullivans Besuch erklärte, um dann Washington vorzuwerfen, China „einzuschränken und zu unterdrücken“.

Sullivans Hauptgesprächspartner Wang Yi, Chinas ranghöchster Außenpolitiker und zugleich Mitglied im mächtigen Politbüro der Kommunistischen Partei, erklärte Pekings Standardformel von gegenseitigem Respekt, friedlicher Koexistenz und vorteilhafter Zu-

sammenarbeit für beide Seiten zum Schlüssel.

Sullivan strebt bei Streitthemen – wie etwa dem Status von Taiwan, der für China eine zentrale nationale Frage mit dem Ziel der „Wiedervereinigung“ in naher Zukunft ist – konkrete Schritte an. So wollte er erreichen, dass die zuständigen Militärführer Chinas und der USA direkte Drähte zueinander bekommen, um schnell Missverständnisse vermeiden zu können. Laut Chinas Agentur Xinhua wurden jetzt Videokonferenzen der Befehlshaber vereinbart.

Mit ihrem Taiwan-Besuch im August 2022 hatte die damalige

Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi das Verhältnis Washington-Peking schwer belastet. Monate später schossen die USA dann sogar noch einen mutmaßlichen Spionageballon Chinas ab.

US-Medien spekulieren, dass der bis Donnerstag dauernde Besuch auch der Vorbereitung eines Treffens des scheidenden US-Präsidenten Joe Bidens mit Chinas Machthaber Xi Jinping dienen könnte. Sie könnten sich im November am Rande der Gipfel des Apec-Wirtschaftsforums in Peru oder der G20 in Brasilien bilateral treffen. Derzeit berichtet Xinhua nur, über ein Treffen sei gesprochen worden.



debatte

Haste was, biste was

Zur Identität Ostdeutscher gehört auch, weitgehend besitzlos zu sein. Eine Ergänzung zum Essay über Ostidentität von Simone Schmollack

Die taz-Redakteurin Simone Schmollack hat in der wochentaz vom 10. August über Ostidentität nachgedacht und dabei zwei Feststellungen getroffen: Herkunft und Sozialisierung im Osten können auf Dauer nicht alleiniges Merkmal für eine Ostidentität sein, sondern Identitäten bestehen aus vielen Bausteinen. Wo sie als Ostidentität von Ostdeutschen auf Grund verschiedener Lebenserfahrungen – meist auch schmerzlichen – gelebt wird, ist sie sicher nicht so leicht abzustreifen. Ich stimme ihr zu, möchte aber gern einen Gedanken hinzufügen. Ich folge dem nachdenklichen Ton der Autorin lieber als dem schneidigen von Ilko-Sascha Kowalczyk, der jetzt wieder stärker zu vernehmen ist, seit sein neues Buch auf dem Markt ist. Betroffen machte mich eine Einlassung, die er nach dem AfD-Wahlsieg in Sonneberg im Juli 2023 hier in der taz geäußert hat: „Aber auch hier wird so getan,

deutschland. Die Erfahrung, im eigenen Haus nur Mieter zu sein, lässt die, denen aus welchen Gründen auch immer eine Kündigung droht, immerhin Schutz im Mieterverein zu suchen. Der Mieterverein als eine Art Schutz ist in meinem metaphorischen Denken Teil der Ostidentität.

Dazu folgende kleine Geschichte. Ein Mann, ein Westdeutscher, sympathisch, sozial, Kulturmäzen, aber auch ein wenig einäugig, denn er übersieht bis heute etwas Entscheidendes: Eigentumsverhältnisse. 1990 besuchte ein Mann aus Westdeutschland das sächsische Chemnitz – und verliebte sich bei seinen Streifzügen durch die Stadt in eine der schönsten Villen dort. Dazu muss man wissen, dass in den 1920er Jahren in Chemnitz große Architekten gewirkt haben. Chemnitz, Deutschlands Stadt mit dem größten Bruttosozialprodukt in der Zwischenkriegszeit konnte sich damals die besten Architekten leisten. Jedenfalls sah der Mann eine Villa und erkundigte sich, wie sie zu erwerben sei. Aber da gab es schon jemanden mit einem ebenso heftigen Kaufwunsch. Der war nicht nur der Altmietler, sondern auch ein alter Mieter. Er hatte sich auf die Möglichkeit, das Haus zu kaufen, eingestellt und etwas Geld zur Seite gelegt, zehn- oder zwanzigtausend Mark. Ostmark. Damit war im Sommer 1990, kurz vor der Währungsunion, kein Haus mehr zu kaufen. Also war der Altmietler raus aus dem Spiel, das für ihn keines war. Gekauft hatte der Haus der Westdeutsche, der viel mehr und in D-Mark zahlen konnte.

Als 1990 und in den nächsten Jahren nach dem Gesetz Rückgabe vor Entschädigung gehandelt wurde und die Treuhand Tausende Klein-, Mittel- und Großbetriebe zum Verkauf ausschrieb, reichte bei Ostdeutschen das Geld zum Kauf nicht. Zwar war der Umtausch von Ostmark in Westmark mit 2:1 durchaus fair, aber das Geld war vierzig Jahre lang woandershin gewandert. So kam es – sicher nicht einmal mit Vorsatz –, dass der Osten bald komplett dem Westen gehörte. Und irgendwann reimte sich Miete auf Profite.

In der Erfahrung, Besitzloser zu sein, steckt ein großes Stück Ostidentität. Sie klebte nicht nur hartnäckig an den Fersen der Wendegeneration, sondern hängte sich auch an ihre Kinder und vermutlich demnächst an ihre Enkel.

In derselben Ausgabe der taz, in der Simone Schmollack über die Ostidentität schrieb, las ich einen Artikel einer Theaterfrau über ihre Erfahrungen in der sächsischen Provinz. Immer öfter erlebt sie, wovon ich mich auch fürchte: dass die AfD ihre neuen Mehrheiten in den Kommunen dazu nutzt, die Förderung von Kulturprojekten, die ihr nicht passen, runterzufahren oder zu stoppen. Sie wünscht sich „eine Umverteilung von westdeutschem Kapital aus Erbschaften, um für Zukünfte einzustehen und progressive Kräfte zu unterstützen“.

Ich bekenne meine Sympathie für die Worte der Theatermacherin Anna Stiede, die diesen Wunsch formuliert hat. Ich glaube aber auch, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher ihren Worten folgt. Es gibt nur eine Marlene Engelhorn, jene Millionenerbin, die ihr Geld verschenken will. Solange die Nicht-Reichen im Osten unter sich bleiben, trägt die Ostidentität resiliente Züge.



Michael Hametner ist Theaterkritiker und Autor des Buches „Deutsche Wechseljahre. Nachdenken über Literatur und Bildende Kunst in der deutschen Einheit“, 2021 erschienen im Mitteldeutschen Verlag.

Solange die Nicht-Reichen im Osten unter sich bleiben, trägt die Ostidentität resiliente Züge

als wenn AfD-Wähler arme, verirrte Bürger sind. Aber das stimmt nicht: Wer Nazis wählt, ist ein Nazi.“ Ich bin mir nicht sicher, ob diese Denunzierung etwas nutzt, wenn wir am kommenden Sonntagabend die Wahlergebnisse der AfD analysieren. Stimmt sein Nazivergleich, könnte man nur noch aus Deutschland auswandern.

Ich bin die Debatte über ostdeutsche Identität und Störungen der deutschen Einheit seit 1990 mit wachsendem Abstand zur Wende ohnehin leid. Auch weil Dirk Oschmann in seinem Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ dazu viel Richtiges gesagt hat. Kowalczyk kommt den Lesern in seinem neuen Buch mit einem neuen Deutungsschlüssel: Der Freiheitsschok, den die Ostdeutschen in der Wendezeit erlitten hätten, habe dazu geführt, dass sie sich in der Rolle der Opfer eingerichtet hätten. Sie seien transformationsmüde, blickten zurück und da stünde die AfD mit offenen Armen. Das bringt mich auf die Frage: War denn die Anerkennung der Ostdeutschen, die sich mit der friedlichen Revolution ihre Freiheit erkämpft haben, nur Gerede? Mit dem Ziel, dass sich die westdeutsche Elite bei ihrem Sprung in den Osten auch diesen Sieg aneignen kann?

Die Ostidentität ist keine Erscheinung, die demnächst abzustreifen ist. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass an dem Tag im fernen Jahr 2029, an dem die Bundesrepublik in Halle an der Saale ihr Zukunftszentrum Deutsche Einheit eröffnet, die Ostidentität ins Museum kommt. Nein, Ostidentität wächst nach, zumindest so lange, wie die soziale Frage falsch oder nicht beantwortet ist. Sie ist nämlich kein Ausdruck einer Opferrolle, sondern Realität. Und die Realität heißt: Der Osten gehört dem Westen, im Sinne von: Er ist sein Eigentum. Es gibt keine Region in Westeuropa, wo den Menschen, die dort wohnen, so wenig Grund und Boden und Immobilien gehören wie in Ost-

Felix Wellisch über Israels Militäreinsatz im Westjordanland

Und die Gewaltspirale dreht sich

Israels Außenminister Israel Katz hat vor dem Hintergrund der groß angelegten Militäroperation im israelisch besetzten Westjordanland dazu aufgerufen, palästinensische Städte und Dörfer in dem Gebiet zu evakuieren, zur Sicherheit der Bewohner, versteht sich, und nur vorübergehend. Die Sicherheitsbehörden müssten im Westjordanland „genauso vorgehen wie bei der Terrorinfrastruktur in Gaza“, schrieb der Politiker der rechtskonservativen Regierungspartei Likud bei X. Wenig später pflichtete ihm Landwirtschaftsminister und Parteikollege Avi Dichter bei: „Wenn wir Menschen evakuieren müssen, werden wir sie evakuieren“, sagte er dem Armeeradio.

Man muss ihre Worte ernst nehmen. Nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober hatte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu angekündigt, jeden Ort, an dem sich die Hamas verstecke, „in Schutt und Asche zu legen“. Heute ist der Gazastreifen ein Trümmerfeld. Selbst wenn die Hunderttausenden vertriebenen Palästinenser nach dem Krieg wieder in ihre Heimatorte

zurückkehren dürfen, werden sie dort kaum noch etwas vorfinden.

Wenn Katz vorgehen will wie in Gaza, dann meint das potenziell auch die völlige Zerstörung von Schulen, Moscheen, Krankenhäusern und der Infrastruktur, kurz, der Lebensgrundlagen der palästinensischen Gesellschaft im Westjordanland, die auch im Krieg völkerrechtlich geschützt sind. Es hieße, die Palästinenser im Westjordanland müssten befürchten, dass bei ihrer Rückkehr ihre Häuser, ihre Dörfer, ihre Städte nicht mehr stehen werden. Oder dass sie von israelischen Siedlern übernommen worden sind.

Nicht nur bedroht Katz mit seiner Forderung die zivile palästinensische Bevölkerung im Westjordanland, die sich bisher in weiten Teilen eben nicht dem Krieg der Hamas angeschlossen hat. Er gefährdet auch die Sicherheit der Israelis, die darauf angewiesen sind, mit ihren palästinensischen Nachbarn zu leben. Dafür muss die Spirale der Gewalt durchbrochen werden. Katz aber treibt sie weiter an.

ausland 10

Dominic Johnson über Keir Starmer's Besuch in Berlin

Gemeinsam für ganz Europa

Deutschland und Großbritannien wollen besser zusammenarbeiten. Das ist das ebenso unspektakuläre wie wichtige Hauptergebnis des Besuchs von Labour-Premierminister Keir Starmer beim SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz am Mittwoch. Es war Zufall, dass der Besuch im Schatten der tödlichen Messermassaker von Southport und Solingen stattgefunden hat, aber das unterstreicht eher, dass es Gemeinsamkeiten gibt, die auch über die Grenzen der Europäischen Union hinaus die Politik prägen können – eine Erkenntnis, die manchen EU-Enthusiasten immer noch schwerfällt.

Neben den beiden Messerattacken ist eine weitere gemeinsam prägende Erfahrung Deutschlands und Großbritanniens in diesen Zeiten die Solidarität mit der Ukraine. Die, wie Starmer betont, nicht nur für sich kämpft, sondern für ganz Europa. Darauf baut das Bestreben auf, die Kooperation in Sachen Rüstung und Verteidigung zum „Herzstück“ des geplanten deutsch-britischen Partnerschaftsabkommens zu machen. Mit Frankreich pflegt Großbritannien eine solche Zusammenar-

beit bereits, nun ist im Hinblick auf die Abwehr des russischen Imperialismus und der gemeinsamen europäischen Unterstützer der Ukraine auch Deutschland als zentraler Akteur gefragt. Dazu kommt Kooperation in allen möglichen weiteren Politikbereichen, aktuell insbesondere im gemeinsamen Kampf gegen irreguläre Migration.

Den Brexit nicht rückgängig machen und auch nicht selektiv in irgendwelche EU-Programme wieder einsteigen, sondern in Anerkennung der Realität des Brexit neue Rahmen der Zusammenarbeit entwerfen – das ist Starmer's Politikansatz gegenüber Europa. Das ist nicht nur aus innenpolitischer britischer Sicht ein vernünftiger Pragmatismus, der im eigenen zerrissenen Land zur Befriedung beitragen soll. Es verdient auch in Deutschland maximale Unterstützung, als Stärkung ganz Europas in geopolitisch unruhigen Zeiten. Die großen Mächte Europas müssen zusammenarbeiten und miteinander an einem Strang ziehen, um gegen Aggression und Spaltung zu bestehen, EU hin oder her.

nahaufnahme 4-5

Kludia Lagozinski über Alkohol ab 18

Schluss mit der Säufersolidarität

„In Hoch auf die Säufersolidarität“ sang die Hamburger Hip-hop-Band Deichkind 2008. Diese Solidarität schützt jene Paragrafen, die bisher im Jugendschutzgesetz stehen: Bier und Wein dürfen von 16-Jährigen erworben werden, 14-Jährige dürfen in Begleitung ihrer Eltern trinken. Nun stellt sich der Suchtbeauftragte der Bundesregierung, Burkhard Blienert, gegen diese urdeutsche Solidarität für Hopfen und Malz für Teenager.

Das ist mutig in einer Nation, die knapp 1.500 Brauereien beheimatet. Und in der jedes Jahr durchschnittlich mehr als 12 Liter reinen Alkohols pro Kopf getrunken werden. Der SPD-Politiker dürfte sich auf Gegenwind gefasst machen. Denn Alkohol gehört in Deutschland traditionsbedingt für viele Menschen zum Leben dazu. Das Oktoberfest ist jedenfalls global so bekannt wie das Feierabendbier für nicht wenige selbstverständlich ist. Und das, obwohl Alkoholkonsum keine gesellschaftlichen Vorteile hat. Schon gar nicht für Minderjährige, die sich später vielleicht an nette Abende mit Freunden erinnern. Möglicherweise aber auch an betrunkene Entscheidungen,

die sie im Nachhinein bereuen. Sie kontrolliert ans Trinken heranzuführen, ist trotzdem falsch. Wieso soll man etwas „begleitet von Sorgeberechtigten“ lernen, das letztlich nur schadet? Begleitendes Fahren mit 17 Jahren hingegen ergibt Sinn, weil junge Menschen dabei von ihren Eltern Verhalten bei einer Tätigkeit lernen, die ihnen später nützt. Begleitendes Trinken normalisiert hingegen nur den Konsum von einem Zellgift, das – Begleitung hin oder her – ein Zellgift bleibt und der Gesundheit schadet.

Ein Alkoholverbot für Menschen unter 18 würde zwar nicht verhindern, dass Jugendliche ab und an mit Radler, Riesling oder Rum in Berührung kommen. Doch es könnte dafür sorgen, dass der Konsum von Alkohol in Deutschland weniger selbstverständlich wird. Schluss sein muss auch mit den Fragen an Frauen, ob sie schwanger seien, wenn sie Wasser statt Wein trinken. Und mit der Zuschreibung, eine Spaßbremse zu sein, wenn man auf Feiern ein Glas ablehnt. Blienerts Vorstoß ist ein Schritt weg von einer falsch verstandenen Solidarität und hin zu einer gesünderen Gesellschaft.



Plakat der Thüringen-Spitzenkandidatin bei einer Wahlkampfveranstaltung des BSW in Altenburg
Fotos: Leon Joshua Dreischulte

talkshow

Sie glauben, es hackt

Das Bündnis Sahra Wagenknecht schlägt sich offenbar wieder mit einem Datenleck herum – und spricht selbst von einem Hackerangriff. Ist die Partei zum Opfer dunkler Mächte geworden?

Von Pascal Beucker

Wurde das BSW Opfer eines „Cyberangriffs“ oder ist die Wagenknecht-Truppe nur einfach zu blöd, um ausreichend sorgsam mit den Daten ihrer Mitglieder und Unterstützer:innen umzugehen? Fakt ist jedenfalls, dass es mal wieder ein heftiges Leck bei dieser Partei neuen Typs gegeben hat.

Nach Angaben von Correctiv liegen der Rechercheplattform etwa 70.000 personenbezogene Daten vor, darunter Mitgliederlisten sowie Angaben zu Unterstützer:innen und Newsletter-Abonent:innen. Auch die bislang weitgehend nicht öffentlich gemachten 42 „Landesbeauftragten“, die für Aufbau und Personalrekrutierung des BSW in den Ländern zuständig sind. Bei ihnen soll es sich laut Correctiv größtenteils um „Bundestagsabgeordnete, Parteivorstände, Landtagskandidaten und andere Funktionäre“ handeln, was einen Einblick in die Parteistruktur geben würde.

Umstritten ist, wie umfangreich die geleakten Datensätze sind. Correctiv gibt an, sie enthielten neben persönlichen Kontaktinformationen auch noch beispielsweise Angaben über die Teilnahme an Wahlpartys und Details zu Unterstützer:innen in verschiedenen Bundesländern. Das BSW behauptet demgegenüber, dass nach seinem „derzeitigen Kenntnisstand“ lediglich die E-Mail-Adressen sowie Vor- und Nachnamen betroffen seien.

Wie auch immer: Für einen Verein, dessen Entstehungsprozess aus der Linkspartei heraus auf einem Höchstmaß an Klandestinität beruhte und der bis heute viel Wert auf die Verschlei-

erung seiner internen Strukturen legt, ist das natürlich höchst misslich. Und vielleicht abgesehen von einer Niederlage Russlands im Ukrainekrieg gibt es für Wagenknecht wohl kaum etwas Schlimmeres als Kontrollverlust. Entsprechend groß ist die Empörung: Böse Kräfte müssen hier am Werk gewesen sein.

Das BSW sei „wahrscheinlich erneut das Ziel eines Cyberangriffs geworden“, beklagt die Co-Parteivorsitzende Amira Mohamed Ali in einem Rundschreiben an die „Freundinnen und Freunde“ des BSW. Sofort nach Bekanntwerden sei der Vorfall „unverzüglich an alle relevanten Behörden, einschließlich der Staatsanwaltschaft und der zuständi-

Das Eingestehen von eigenen Fehlern gehört nicht zu den Stärken von Wagenknecht und Co

gen Datenschutzbehörde gemeldet“ worden. Dem Spiegel erklärte ein BSW-Sprecher auf Anfrage, nach Einschätzung der Partei handele es sich um einen Hackerangriff.

Doch an dieser Darstellung bestehen erhebliche Zweifel. So schreibt Correctiv, der Datensatz habe „bis vor Kurzem offenbar ungeschützt im Netz“ gelegen, „obwohl schon im März bekannt wurde, dass es ein solches Leck gab“. Tatsächlich hatte das BSW bereits im Frühjahr einen Spiegel-Bericht bestätigen müssen, nach dem Unbefugte offenbar wegen fehlender Sicherheitsmaßnahmen Zu-

griff auf Informationen zu Tausenden Spender:innen und Newsletter-Abonent:innen erhalten konnten. Einiges spricht dafür, dass sich das BSW entgegen seiner Beteuerungen auch danach nicht mit der gebotenen Sorgfalt um den Datenschutz und die IT-Sicherheit bemüht hat.

Die neuen Daten sollen aus dem Juni dieses Jahres stammen und hätten „zu dem Zeitpunkt weiterhin über die Webseite heruntergeladen werden“ können, berichtet Correctiv. Ein Informant habe dem investigativen Medienhaus bestätigt, „dass das Leck trotz öffentlicher massiver Berichterstattung nach dem ersten Vorfall im März nicht geschlossen wurde“.

Dann jedoch wäre die Partei nicht Opfer eines Angriffs, sondern der eigenen Fahrlässigkeit. „Wenn man rudimentäre IT-Sicherheit nicht in den Griff kriegt, zum 2. Mal innerhalb weniger Monate Tausende ungeschützte personenbezogene Datensätze von der eigenen Website herunterladbar sind, und dann behauptet, das sei ein Cyberangriff“, spottet denn auch die Linke-Bundestagsabgeordnete und Netzaktivistin Anke Domscheit-Berg über ihre früheren Parteifreund:innen vom BSW.

Nun ja, das Eingestehen von Fehlern und eigenen Unzulänglichkeiten gehört nicht zu den Stärken von Wagenknecht & Co. Sich als Opfer dunkler Mächte zu gerieren, passt da schon besser ins Programm. Schließlich findet das BSW gerade bei Anhänger:innen von Verschwörungstheorien größeren Zuspruch. Mal schauen, wie das die Datenschutzbehörden sehen, die sich jetzt mit dem Fall beschäftigen müssen.



„Jeder Heimatbesuch macht uns bewusst, dass der alte Fußballkollege oder der eigene Onkel der Propaganda des Hasses verfallen sind“ Foto: Dirk Sattler/imagio

Als man noch miteinander reden konnte

Eine Hochzeit in der Oberlausitz, die Sonne strahlt, der beste Freund heiratet seine Jugendliebe. Doch selbst das schönste Fest ist kein Trost für die realen Verhältnisse vor der Wahl – die sind erbärmlich tiefblau

Von Gianluca Siska

Unter dem Schatten einer riesigen Trauerweide stehen wir und warten auf das Hochzeitspaar. Von der kleinen Bauernschänke und damit der heutigen Party-Location sind es nur 500 Meter Luftlinie bis zur polnischen Grenze. Einer aus der wartenden Traube tritt aus dem Schatten hervor und nutzt unseren aktuellen Standort für eine lustig gemeinte Bemerkung: „Na, ob ich hier meine Karre über Nacht stehen lassen will, weesch jetze och ni.“ Er bekommt von allen Anwesenden ein müdes Lächeln geschenkt. Die scheinen zu wissen, wie er es meint.

Während die rund 50 Hochzeitsgäste an diesem für Oberlausitzer Verhältnisse ungewöhnlich warmen Spätsommernachmittag vor sich hin warten, trifft es mich wie ein Schlag auf den Hinterkopf. Die Hochzeit meines besten Freundes ist vielleicht die letzte Feierlichkeit in meiner Heimat, bevor die Blauen regieren. Ja, „die Blauen“. Viele von meinen Freunden nehmen den Parteienamen

gar nicht mehr in den Mund. Keiner kanns mehr hören und sehen, ich inklusive. Jeden zweiten Laternenpfahl schmückt ein blaues Plakat mit weißer Druckschrift und alle bleiben sie, im Gegensatz zu Plakaten der demokratischen Parteien, hängen.

Meine Freunde und ich, wir haben uns damit arrangiert, dass Hunderttausende unserer Landsleute verkappte Rassisten sind. Doch dieser Abend bringt etwas anderes mit sich. Ein Gefühl von Abschied. Abschied von unserer Heimat, so wie wir sie kennen.

Immer noch keine Spur vom frisch vermählten Ehepaar. Ich ärgere mich immer mehr darüber, dass ich dem mir unbekanntem Herrn nichts zu seinem blöden Witz erwidert habe. Früher habe ich immer große Fresse gehabt und Paroli geboten.

Mit dem Elan eines politisch interessierten Spätpubertierenden habe ich mich jedes Wochenende hingesetzt. Mit denen, die sich „abgehängt“ fühlen. Die, die von den Medien nur als „Protestwähler“ abgestempelt wurden, ohne ein wirkliches Interesse an den tatsächlichen Beweggründen für ihr Kreuz rechts der Mitte

Ich habe mich hingesetzt und zugehört. Mehr war es häufig gar nicht. Leicht alkoholisiert, erzählten mir Familienväter, Freunde von Freunden und völlig Fremde von ihren Gründen, AfD zu wählen.

Die Argumentationskette war dabei immer dieselbe: Erst ein Ausgangsproblem – sagen wir, Arbeitslosigkeit –, dann eine Aneinanderreihung von gefühlten Wahrheiten und abschließend eine Schuldzuweisung. Ende der Zehnerjahre waren die Schuldigen bei solchen Gesprächen immer Geflüchtete. Heute ist es häufig eine Melange aus Grünen, Die Da Oben, der bösen Antifa und, immer noch, Geflüchteten.

Das Schöne an diesen politischen Debatten an Biertischgarnituren war jedoch die finale Einsichtigkeit vieler. Durch blankes Zuhören und gelegentliches Fragenstellen konnten sich alle am Tisch Beteiligten häufig auf ein „Ach, so schlimm ist es doch eigentlich gar nicht“ einigen. Das gab mir immer wieder neue Hoffnung – na ja, mindestens bis zum nächsten Wahltermin.

Endlich sind Sie da! Immer noch verrückt, dass mein bester Freund heute seine erste große Liebe geheiratet hat. Jetzt wird noch fix eine Birke zersägt, aufgrund irgendeiner mir unbekanntem Tradition, und dann: Zack an die Bar! Zeit also, für ein gekühltes Blondes vom Fass.

Wer aus der Oberlausitz kommt – und da gibt es auch keine zwei Meinungen –, weiß, welches Bier hier unweit der Landeskronen auf jeder Feierlichkeit serviert wird. Genau das liebe ich so sehr an dieser Region – die Klarheit bei Ist-Zuständen. Zumindest dachte ich das immer. Es gibt eine Biermarke, einen Fußballverein, eine anerkannte Minderheit und zwei triftige Gründe, über die nächstgelegene Grenze zu fahren.

Für ein heranwachsendes Migrakind mit zahlreichen Identitätskrisen war diese Klarheit eine gewaltige Stütze. Denn in meinen tatsächlichen Heimatländern war ich immer „der Deutsche“ und in Deutschland, außerhalb der Oberlausitz,

fühlte ich mich auch immer deplatziert und fremd.

Nur hier zwischen Pulsnitz und Görlitz, zwischen Weißwasser und Zittau fühlte ich mich wirklich verstanden als das, was ich bin – als Oberlausitzer. Bis heute bringt mich kein „wichtiges“ Sportereignis der Welt dazu, die Deutsche Nationalhymne zu singen. Wenn jedoch Kurt Piehler aus der Musikbox dröhnt und das Oberlausitzlied anstimmt, wird aus dem links-grünen Migrakind ein frenetisch grölender Lokalpatriot.

”

Ein Gefühl von Abschied. Abschied von unserer Heimat, so wie wir sie kennen

„Oberlausitz, geliebtes Heimatland. Glück und Reichtum bist du mir. Wär's auch noch so schön im fremden Land, stets gehört mein Herz nur dir.“

Diese Hochzeit war für mich einer der wenigen Gründe, der Heimat mal wieder einen Besuch abzustatten. Ich weiß ehrlich gesagt nicht, wann ich das letzte Mal da war. Vermutlich zu Weihnachten. Doch wie konnte aus meiner zugegebenermaßen etwas übertriebenen Heimatliebe ein Ort für Notwendigkeitsbesuche werden?

Die Antwort darauf liefert Google. Im Ernst! Einfach mal nach meiner Heimatstadt Bautzen googeln und die Frontpage auf sich wirken lassen. Spätestens auf der News-Seite wird es wohl Klick machen. *Stern*, *Spiegel*, *Zeit Online* und auch *taz*. Alle haben sie eine Meinung zu Bautzen.

Klar, vor einigen Tagen liefen knapp 600 Nazis durch die Stadt und bedrohten den Christopher Street Day. Dazu dürfen auch Wessis eine Meinung haben – vielleicht sogar auch, wenn sie noch nie hier waren.

Allen Zynismus gegenüber westdeutschen Großstadtjournalisten beiseite: Früher, also als Jugendlicher, habe ich diese Region immer verteidigt.

Jedes Mal wenn eine neue Schlagzeile die Runde machte, egal ob es die Hetzjagd auf Geflüchtete im November 2016 oder das abgebrannte Flüchtlingsheim am Husarenhof wenige Monate zuvor war, fand man mich auf Social Media in Verteidigungshaltung in die Tasten hauen. Denn ich war der festen Überzeugung, dass die Mehrheit der Bautzner und die Mehrheit in der gesamten Oberlausitz für eine offene und gerechte Gesellschaft kämpfen würden.

Retrospektiv würde ich das wohl jugendliche Naivität nennen. Jede einzelne überregionale Berichterstattung der Folgejahre und spätestens die Coronazeit nahmen mir den Glauben und verwandelten ihn in Ekel, Trauer und Unverständnis.

Eine gesamte Generation von Oberlausitzern kämpft Tag für Tag mit dem Gefühl des Heimatverlustes. Jeder Heimatbesuch macht uns bewusst, dass die nette Bäckerfrau von früher, der alte Fußballkollege aus Kindheitstagen oder auch der eigene Onkel endgültig der Propaganda des Hasses verfallen sind. Jeder Besuch wird zur Qual. Jedes Familienessen zu einem Politikum. Und jedes Dorffest zu einer neuen Schlagzeile für die Lokalpresse.

Dort, wo wir als Kinder spielten, in dieser so wunderschönen Region, geprägt von sattgrünen Hügelketten und prall gefüllten Streuobstwiesen. Dort, wo wir als Jugendliche unseren ersten Rausch durchlebten. Die ersten Küsse austauschten. Und jede warme Sommernacht das Stadtbad zu unserem kleinen ostdeutschen Nirvana machten, genau da regiert heute der Hass.

Ich bin unsagbar betrunken. Hoffentlich kommt das Taxi bald. Vom Tanzen der Annema-

rie-Polka schmerzen die Beine, und ich habe schreckliche Angst vor dem morgigen Kater.

Die Hochzeitsfeier war wiederum der Knüller. Und der Stolz auf meinen besten Freund überwiegt alle oben genannten Übel.

So gern würde ich dieses Gefühl konservieren. Doch ich weiß, dass der morgige Tag, neben dem körperlichen Schmerz durch den Alkohol, viel Melancholie mit sich bringen wird.

In wenigen Tagen wird in Sachsen der neue Landtag gewählt. Alle Zeichen stehen auf Blau. Genau wie 2019 werde ich vielleicht die CDU wählen müssen, um AfD zu verhindern. Das heißt, eine Partei zu wählen, der ich meine Stimme eigentlich nicht geben möchte und der ich die Zukunft meiner Heimat nicht anvertrauen will.

So oft schon musste ich CDU wählen, um die AfD zu verhindern, dass ich müde bin vom Wahlgang und der aktuellen Verfassung unserer Demokratie.

Müdigkeit ist auch das richtige Stichwort. Das Taxi ist da. Ein grau melierter und schlaksiger Sachse steigt aus dem beigen Volkswagen.

„Wo soll's'n hingehn?“ Ich verabschiede meinen besten Freund mit einem Schmatzer auf die Backe und sage dem Taxifahrer die Adresse meines Hotels.

„Du willst ins Bimbo-Hotel?“ „Wie bitte?“, erwidern ich und mein bester Freund gleichzeitig und sichtlich verwirrt.

„Na, da hamse 2017 die Kanaken eingepfercht!“, bekommen wir mit einem fetten süffisanten Grinsen ins Gesicht geworfen.

Es ist kurz vor drei Uhr und ich steige unweit meiner Geburtsstadt in ein Taxi mit einem latent rassistischen Fahrer. Ich bin erschöpft und lasse die gesamte Fahrt über sein Gesabbel über mich ergehen. Wieder sage ich nichts und schlucke den Frust auf diesen verlorenen Fleck Erde einfach runter.

Was bleibt, ist der Schmerz und die Angst, dass in wenigen Tagen hier eine Partei voller rassistischer Taxifahrer regieren könnte, die mir und Tausenden jungen Oberlausitzern die Heimat stehlen wird.

ZEITUNG IN DEN BESTEN HÄNDEN:

VIELEN

Die taz gehört keinem Konzern, sondern 23.000 Genossenschafts-Mitgliedern



10 WOCHEN NUR 10 EURO TAZ.DE/ABO

taz zeitung für morgen

ZUKUNFTS KLAGE



Recht auf Klimaschutz für alle:
Bei der Zukunftsklage von
Greenpeace und Germanwatch
mitmachen bis zum 31.8.!

Alle Infos unter
www.zukunftsklage.de

GREENPEACE



Charlottesville 2017: Ein Rechtsextremer rast in eine Menschenmenge Foto: Michael Nigro/imagio

„Das Ziel ist, das System komplett zu zerstören“

Spencer Sunshine beobachtet seit zwei Jahrzehnten die extreme Rechte in den USA. Nun erschien sein Buch über das Erbe von James Masons „Siege“, einem Schlüsseltext der Neonazi-Szene. Ein Gespräch über Rechtsterrorismus und darüber, was ein Trump-Sieg bedeuten könnte

Interview **Nicholas Potter**

taz: Herr Sunshine, Sie haben ein Buch über den US-amerikanischen Neonazi James Mason geschrieben, der als „Godfather“ des Rechtsterrorismus gilt. Eine faire Beschreibung?

Spencer Sunshine: Diesen Titel hat sicherlich William Pierce verdient, der „The Turner Diaries“ geschrieben hat – einen furchtbaren Neonazi-Roman aus den 1970er Jahren, der sich um einen Rassenkrieg handelt und in dem New York und Tel Aviv mit Atombomben angegriffen werden. Pierce inspirierte zum Beispiel den Bombenanschlag in Oklahoma City 1995, bei dem 168 Menschen ums Leben kamen. Der Roman hat sich 500.000-fach verkauft und wurde in unzählige Sprachen übersetzt. Ein Exemplar wurde beim NSU gefunden. Mason hat ihn natürlich auch gelesen, Pierce war sein Mentor. Aber Masons „Siege“ ist noch extremer. „Siege“ ist die „Turner Diaries“ der Generation Z und der Millennials.

taz: Inwiefern?

Sunshine: „Siege“ wurde zwar in

den 1980ern geschrieben – zunächst als Newsletter für den „National Socialist Liberation Front“. Aber seine Ideen waren damals sehr unpopulär. 1993 erschienen die Newsletter erstmals in Buchform: Die erste Auflage umfasst rund 450 Seiten, mit jeder weiteren wird es durch Einleitungen und Anhänge noch länger. Aber erst in den vergangenen Jahren hat Mason seine Anhänger auf Imageboards und in Telegrammgruppen gefunden – und Neonazi-Netzwerke wie „Atomwaffen Division“ inspiriert.

taz: Woran liegt die neugefundene Popularität?

Sunshine: Um 2015 entdeckte eine kleine Gruppe Neonazis Masons Schriften, sie suchten ihn in seiner kleinen Wohnung in Denver auf und er wurde zu einer Art Vaterfigur. Aber der „Unite the Right“-Aufmarsch 2017 in Charlottesville war der Wendepunkt: Mason hat schon immer gesagt, dass es sinnlos sei, sich durch legale politische Arbeit zu engagieren. Charlottesville war eine Bestätigung seiner Thesen: Die

rechtsextreme Kundgebung wurde kurz nach Beginn aufgelöst. Und dann fuhr ein Rechtsextremer sein Auto in eine Menschenmenge und ermordete die Antifaschistin Heather Heyer. Danach wollten plötzlich alle wissen, was „Siege“ ist.

taz: Wie würden Sie die Ideologie dahinter beschreiben?

Sunshine: Das Hauptziel ist, das System komplett zu zerstören – durch Massaker, Serienmorde und andere Gewalttaten. Erst danach würden Nationalsozialisten den Staat errichten können, den sie anstreben. Es gibt bislang keine Belege dafür, dass der Christchurch-Attentäter „Siege“ gelesen hatte, aber der Anschlag in Neuseeland ist genau die Art von „Mass Casualty Events“, die Masons Schriften befürworteten. Auch der Halle-Attentäter war von dieser Ideologie, vor allem der „Atomwaffen Division“, inspiriert.

taz: Mason war mit Charles Manson eng befreundet. Welcher Einfluss hatte der Serienmörder auf ihn?

Sunshine: Mason wurde im Grunde Mitglied der Manson-Familie, er er-

klärte Manson sogar zum neuen Hitler. Er bewunderte das Aussteigerleben seiner Sekte. Als Mason an „Siege“ arbeitete, führte er einen regen Briefwechsel mit Manson. Aber gleichzeitig blieb Mason auch unabhängig von ihm, er fusionierte seine eigenen nationalsozialistischen Ideen mit den Lehren Mansons. Und das hat Manson nicht gefallen.

taz: James Mason propagiert einen „führerlosen Widerstand“ – mit dezentral und autonom agierenden Tätern. Was steckt dahinter?

Sunshine: Mason trat mit 14 der American Nazi Party bei, das war 1966. Aber bis Mitte der 1970er Jahre gab es rund zehn Splittergruppen, die mit dem hierarchischen Anführer der Partei nicht glücklich waren. Mason, der letztlich einen nationalsozialistischen Staat unter Führung einer hitlerähnlichen Figur anstrebt, hielt das aber im Moment nicht für eine nützliche Organisationsform. Er wollte diese Splittergruppen zu Gewalt animieren, aber der Plan ging nicht auf

und er wurde immer desillusionierter. Auch angesichts staatlicher Repression gegen traditionell organisierte Strukturen.

taz: Sie haben schon Kontakt zu Mason gehabt. Wie würden Sie ihn als Person beschreiben?

Sunshine: Er ist sehr höflich. Ich habe ihm zwei Fragenkataloge mit jeweils 25 Fragen per Post geschickt und er hat alle beantwortet. Er hat sich bei mir für mein Buch bedankt und will mir auch sein neues Buch schicken. Aber ich denke auch, dass er den Kopf eines 14-Jährigen hat. Er wurde in der Vergangenheit mehrmals festgenommen, weil er Nacktfotos von 15- und 16-Jährigen machte. Seine nihilistische Strategie ist für Teenager sehr ansprechend: Es geht um Serienmorde und Bombenanschläge, nicht um politische Organisation.

taz: „Siege“ findet online immer jüngere Fans. 2021 wurde in Großbritannien ein 13-Jähriger, der einen britischen Ableger der neonazistischen Gruppe „Feuerkrieg Division“ gründete, wegen Terrordelikten verurteilt.

Sunshine: Abgesehen von Islamisten sehen wir nun zum ersten Mal, dass Jugendliche als Terroristen rekrutiert werden. Social Media macht das möglich. Früher waren die Hürden viel höher: Man musste sich zunächst in einer radikalen politischen Bewegung engagieren und dann Kontakt zum militanten Flügel suchen, bevor man überhaupt rekrutiert werden konnte. Das war viel hierarchischer.

taz: Im November wird in den USA gewählt, Donald Trump könnte der nächste Präsident sein. Welche Bedrohung geht von der extremen Rechten aus?

Sunshine: Es gibt eine ernstzunehmende Bedrohung, dass Rechtsextreme, die „Siege“ gelesen haben oder davon inspiriert wurden, zur Tat schreiten. Sie warten nur auf den richtigen Moment. Wenn Donald Trump die Wahl verliert, dann wird der rechte Rand der US-amerikanischen Gesellschaft wohl noch weiter nach rechts rücken – und womöglich militantere Taktiken anwenden. Nach der Wahlschlappe 2020 haben viele gehofft, dass die Graswurzelbewegung um Trump auseinanderfallen würde. Aber das Gegenteil ist leider der Fall gewesen.

taz: Und wenn er wieder gewinnt?

Sunshine: Trump wird die Staatsgewalt missbrauchen, um etwa LGBTQ*-Menschen und Migranten*innen das Leben schwer zu machen. Und er wird seine Anhänger dazu aufstacheln, ihre Gewalt auf die Straße zu tragen. Auch Rechtsterroristen sind nach wie vor eine Gefahr, sie gehen nicht weg, sondern sind sehr resilient.



Spencer Sunshine wurde 1976 im US-Bundesstaat Georgia geboren. Er promovierte zu radikalen sozialen Bewegungen in den USA ab 1960 an der Cuny Graduate School in New York. Er recherchiert und schreibt zum Thema Neonazis, White Supremacy und Antisemitismus u. a. für das Southern Poverty Law Center, *Daily Beast*, *Jungle World* und *Antifa-Infoblatt*. Er ist Autor des Buches „40 Dinge, Faschismus zu bekämpfen“. Im Mai erschien „Neo-Nazi Terrorism and Countercultural Fascism: The Origins and Afterlife of James Mason's Siege“ im Routledge Verlag.

zwischen den rillen

Kurz und schmerzlos

Auf der großen Bühne beim Coachella-Festival, mit Taylor Swift auf Tournee, über eine Milliarde Streams für ihren Nummer-eins-Welthit „Espresso“: Man könnte meinen, Sabrina Carpenter's Erfolg sei quasi über Nacht eingetreten. Das stimmt aber so nicht, tatsächlich hat die 25-Jährige schon als Teenagerin für TV-Serien im Disney-Channel geschauspielert.

Im Jahr 2010 nahm sie an einem Musikwettbewerb teil, den Miley Cyrus initiierte, und dabei belegte sie den dritten Platz. Für ihr Debütalbum „*Eyes Wide Open*“ (2014) heimste sie seinerzeit mäßigen Erfolg ein. In den USA kam es nicht über Platz 43 in den Charts hinaus, in vielen anderen Ländern platzierte es sich gar nicht erst in der Hitparade. Die Prognose für Sab-

rina Carpenters nun veröffentlichtes neues Werk „*Short N' Sweet*“ fällt aber deutlich günstiger aus. Nicht zuletzt, weil sich die US-Künstlerin, früher Swiftie, heute Freundin von Taylor Swift, bei ihrem Idol die dicke Lippe abgesehen hat. Etwa dass es nie verkehrt ist, sich intensiv mit den eigenen Emotionen zu befassen. Insbesondere ihre Songs über Männer sprechen wohl zahlreichen Frauen aus der Seele.

Carpenters Single „*Espresso*“ groovt seit Längerem auf dem Dancefloor, und zugegeben, sie hat Ohrwurm��potenzial. Im Songtext beschreibt Sabrina Carpenter, wie sie einem Liebhaber den Kopf verdreht. Inhaltlich etwas tiefgründiger ist „*Please Please Please*“, ein fröhlicher Popsong. Für die Produktion zeichnet bei diesem Stück neben Amy Al-

len auch Hitmacher Jack Antonoff verantwortlich. Er hat nicht unwesentlich zu Taylor Swifts kometenhaften Aufstieg beigetragen.

Kein Wunder also, dass sich „*Please Please Please*“ mit einer dezenten Country-Note an Taylor Swifts früheren Signatursound anlehnt. Das Stück handelt davon, wie Sabrina Carpenters Text-Ich auf den Faltschen hereinfällt. Vermutlich nicht zum ersten Mal. „*Please please please / Don't prove I'm right*“, schmachtet sie. Im Video muss sie ihren Boyfriend, verkörpert von dem irischen Schauspieler Barry Keoghan, mehrfach aus dem Gefängnis abholen. „*Don't bring me to tears / When I just did my make-up so nice*“, fleht sie. Allerdings ohne Erfolg.

Wunderbar unangestrengt kommt Sabrina Carpenters Wort-

witz bei „*Girls Don't Lie*“ daher. „*I'm stupid / But I'm clever*“, heißt es in der akustischen Ballade. „*Yeah, I can make a shitshow look a whole lot like forever and ever*.“

Der Uptempo-Song „*Coincidence*“ pendelt sich mittig zwischen Pop und Rockanleihen ein. Sabrina Carpenter beleuchtet anschaulich, wie eine Frau immer wieder einen Mann manipuliert: „*And without her even bein' here / She's back in your life*.“ Angeblich soll das eine Kritik an Selina Gomez sein, weil die immer wieder in Shawn Mendes' Leben auftaucht. Aber man weiß ja: Nicht alles, was in der Gerüchteküche brodelte, entspricht unbedingt den Tatsachen ...

Die Ballade „*Dump and Poetic*“ reflektiert, auf was für einen Typ Mann Sabrina Carpenter gern rein-

fällt: „*It's just that I fall for / I like the aesthetic / Every self-help book, you've already read it*“. Bei „*Slim Pickins*“ legt sich ihr lieblicher Gesang über ein Banjo.

So geht es in nur 36 Minuten durch zwölf Songs. Geschmeidiger Stoff für den Mainstream. Besonders wichtig ist natürlich, dass sich auch Taylor-Swift-Fans mühelos mit dieser Musik identifizieren können. Sie werden Sabrina Carpenter bestimmt gern auf ihrem Reigen durch die Gefühlswelt folgen.

Auf jeden Fall klingt ihre Musik sonnendurchflutet und eingängig. Gerade die butterweichen Balladen eignen sich fürs Studium mit den Kopfhörern. In sie kann man sich einfach fallenlassen oder aber hier und da Selbstironie genießen.

Dagmar Leischow



Sabrina Carpenter: „*Short N' Sweet*“ (Island/Universal). Live: 19. 3. 2025, Uber Arena Berlin.

unterm strich

Trinidad und Tobago hat ein neues Wappen ohne Bezug auf Kolumbus

Lange bildete das Wappen von Trinidad und Tobago neben Kolibris und dem Nationaltier, dem Scharlachibis, drei Schiffe von Christoph Kolumbus ab. Damit verwies es auf die jahrhundertlange Kolonialzeit. Der Karibikstaat erlangte erst 1962 die Unabhängigkeit von europäischer Fremdherrschaft. Künftig soll das Wappen die Steelpan, ein traditionelles Percussion-Instrument, zeigen. Die Fertigstellung ist bis Ende September geplant. Darüber hinaus ist die Entfernung von Statuen mit Verbindung zur Kolonialherrschaft im Gespräch.

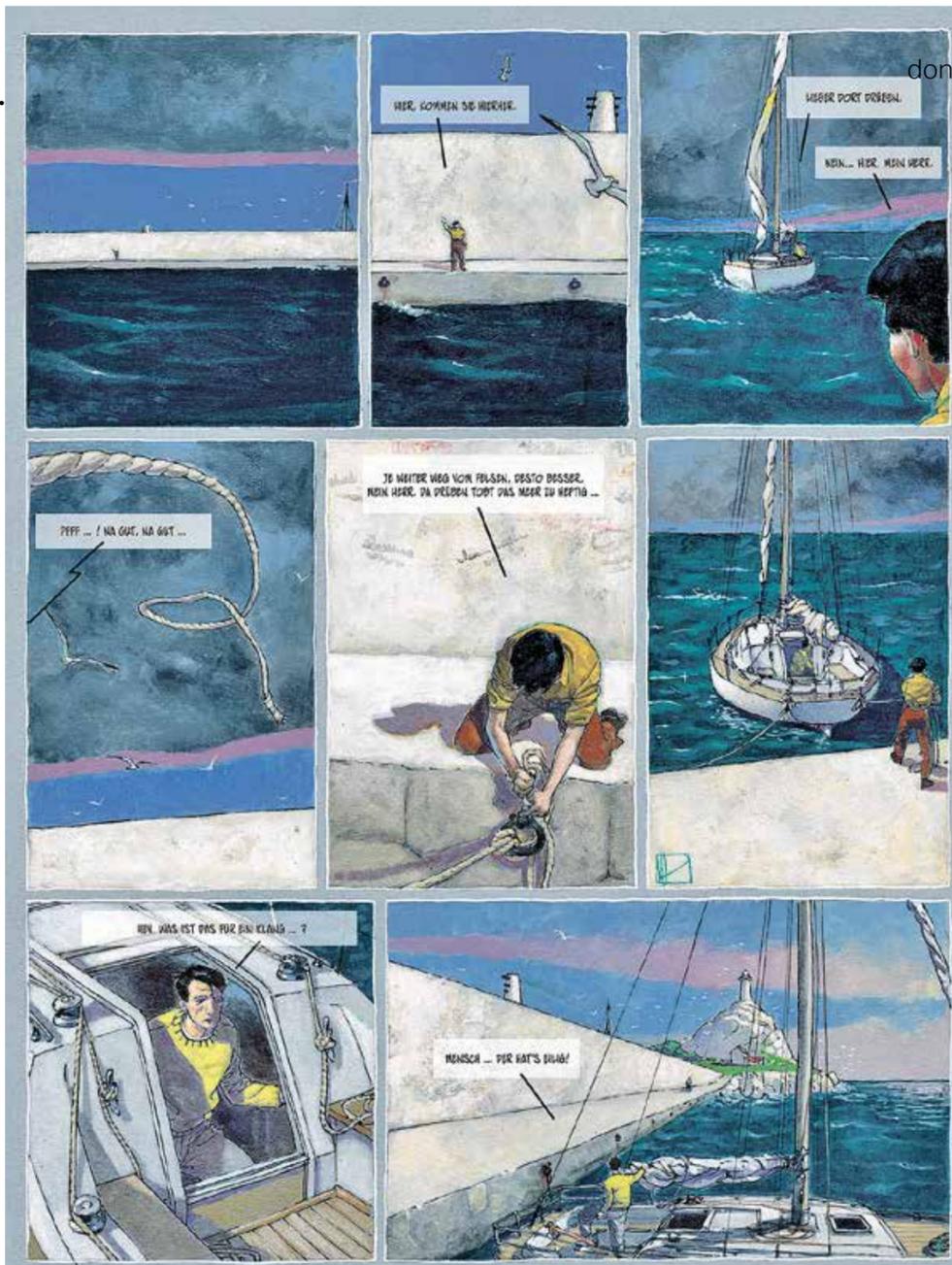
Lars Henrik Gass verlässt die Internationalen Kurzfilmstage in Oberhausen

Lars Henrik Gass, der langjährige Leiter des Oberhausener Filmfestivals soll ab Februar 2025 als Gründungsdirektor das Haus für Film und Medien (HFM) in Stuttgart aufbauen. Zukünftig möchte Gass am Haus für Film und Medien in Stuttgart eine „zukunftsweisende Einrichtung“ konzipieren, die sowohl ein analoger als auch digitaler Ort für alle Formen des Bewegtbildes sein soll. Die Eröffnung ist für 2029 geplant. Eine Nachfolge für die künstlerische Leitung des Festivals in Oberhausen wurde noch nicht bestimmt.

berichtigung

Wenn was fehlt, ist der Fehler manchmal schwer zu erkennen. In unserer Besprechung über das Theaterstücks „Vaca“ fehlte ein „nicht“. Richtig muss es heißen: „Es erscheint naheliegend, dass die wiederkehrende Erfahrung eines nicht grundlegenden politischen Wandels in Chile die Entstehung von „Vaca“ beeinflusst hat.“

Miguelanxo Prados Comic „Kreidestriche“
Abb.: aus dem besprochenen Band



Verloren auf der Insel

Ein Meisterwerk: Miguelanxo Prados Comic „Kreidestriche“ erscheint in einer erweiterten Neuauflage

Von Ralph Trommer

Von oben sieht die kleine Insel mit ihrem hohen Leuchtturm und dem langen, weiß gemauerten Steg aus wie ein Kreidestrich auf einer Tafel. Raúl, der Skipper einer kleinen Segelyacht, steuert sie zufällig an, um sich vom Unwetter der letzten Tage zu erholen. Die See – vermutlich befinden wir uns im Atlantik – erscheint von hier aus in alle Richtungen unendlich. Der lange Steg ist als Anlegestelle viel zu groß für die Insel, die aus einem massiven Felsen und etwas Grünfläche besteht. Die einzigen Attraktionen sind der verlassene Leuchtturm und ein Gasthof, der den

hier Gestrandeten warme Küche und Übernachtungsmöglichkeiten bietet. Dort bedient Sara, eine von der Wechselhaftigkeit des Lebens und der See gezeichnete Wirtin. Ihr halbwüchsiger Sohn wirkt etwas abgestumpft und geht makabren Spielen nach...

Der 1958 geborene und aus dem nordspanischen Galizien stammende Comiczeichner Miguelanxo Prado hat mit der Graphic Novel „Kreidestriche“ vor rund dreißig Jahren sein Meisterstück geschaffen, das der Cross Cult Verlag nun erfreulicherweise wieder zugänglich macht – neu übersetzt und

farblich überarbeitet. Davor hatte Prado intelligente Science-Fiction-Comics gezeichnet und mit der Kurzgeschichtensammlung „Der tägliche Wahn“ bereits einen ersten Höhepunkt seines Schaffens vorgelegt, in der sich sein Sinn für scharfe Gesellschaftssatire und morbide Pointen zeigte.

„Kreidestriche“ war mit rund 80 Seiten Umfang seine erste längere grafische Erzählung, die zunächst in Fortsetzungen im spanischen Comicmagazin „Cimoc“ erschien und, beeinflusst durch die Lektüre des argentinischen Autors fantastischer Geschichten Adolfo

Bioy Casares, bewusst auf einen stringenten Plot verzichtete.

Der Protagonist Raúl flaniert über die Insel und freundet sich mit einer anhänglichen Möwe an, die er Lucas tauft. Als er einem weiteren Gast auf der Insel begegnet, der rätselhaften Ana, die mit literarischen Zitaten um sich wirft und vorgibt, auf Freunde zu warten, glaubt Raúl, eine Seelenverwandte gefunden zu haben. Dabei verhält sich die gebildete junge Frau recht abweisend, ganz im Gegensatz zur bodenständigen, sinnlichen Wirtin Sara.

Prado hat die Geschichte offen angelegt: Man kann zwar über die soziale Herkunft der Charaktere spekulieren, jedoch bleibt viel im Vagen. Am Ende, nach einer gewalttätigen Nacht, scheint die Leichtigkeit verfliegen zu sein, doch gibt es noch Hoffnung.

Zeitlos faszinierend ist Prados Zeichenstil: Auf den ersten Blick sind es einfach schöne, realistische Zeichnungen (mit subtil karikierenden Elementen) von einer traumhaften Insel. Die Sprechblasen werden ohne Ränder gezeichnet, sodass sie die Panels weniger dominieren als sonst üblich. Prado illustriert aber nicht nur, sondern nutzt seine ausgefeilte Farbgebung, um die wechselhaften Gefühlszustände der Personen zu visualisieren. Er mixt Farbkreiden (siehe Titel), Buntstifte und Aquarell, doch wirkt alles wie aus einem Guss. Die Farbe wird so auch selbst zu einem Protagonisten.

Man kann die Comicerzählung wie eine leichte Sommergeschichte lesen, mit Meeresstimmung, Inselromantik samt Aussicht auf eine zarte Liebesromanze. Doch spielt Prado mit diesen Zutaten nur, um im Laufe des Geschehens auch schockierende, abstoßende Momente herbeizuführen, die er gut vorbereitet. Die drei Hauptfiguren scheitern schließlich allesamt im Umgang miteinander. Jede(r) Einzelne schätzt die anderen falsch ein, was zu Spannungen und Verletzungen führt. Die Modernität der Geschichte wird auch dadurch gekennzeichnet, dass die Hauptfiguren ambivalent sind – ganz normale Menschen mit Ecken und Kanten, Schwächen und Illusionen.

Auch 30 Jahre nach ihrer Entstehung fasziniert die Comicerzählung „Kreidestriche“ durch ihre karge und zugleich tief berührende, mehrdeutige Erzählweise. Die Neuauflage wird durch großformatige Illustrationen Prados ergänzt, die die Motive und Figurenkonstellationen der Graphic Novel aufgreifen. Außerdem gibt es zusätzliche Comicseiten, die die Geschichte auf verschiedene Weise behutsam fortführen.

Miguelanxo Prado: „Kreidestriche“. Aus dem Spanischen von Stephanie Pannen. Cross Cult Verlag, Ludwigsburg 2024, 104 Seiten, 22 Euro

Der Saft ist los

Lidokino 2: Tim Burton eröffnet die Filmfestspiele mit Teil zwei seiner Geisterkomödie „Beetlejuice“

Von Tim Caspar Boehme

Dieses Projekt hat auf sich warten lassen. Der Regisseur Tim Burton hatte nach seiner Horrorkomödie „Beetlejuice“ von 1988 jahrzehntelang einen zweiten Teil geplant. Was sich als schwieriger erwies, 2019 war das Vorhaben nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen sogar zunächst eingestellt worden. Gleichwohl konnte Tim Burton jetzt die Filmfestspiele von Venedig mit „Beetlejuice Beetlejuice“ eröffnen. Ermöglicht durch Brad Pitts Produktionsfirma Plan B, die schon an Burtons Miniserie „Wednesday“ von 2022 beteiligt gewesen war.

„Beetlejuice Beetlejuice“ knüpft an die Geschichte des „Ghost House“ des ersten Films

an und lässt die Handlung 36 Jahre später einsetzen. Aus der Teenagerin Lydia Deetz, erneut gespielt von Winona Ryder, ist inzwischen eine Mutter geworden. Ihren Lebensunterhalt verdient sie als Moderatorin einer Serie über paranormale Phänomene.

Lydias Familie erweist sich als dysfunktional, besonders die Beziehung zur Teenagertochter Astrid ist einigermaßen gestört. Für Astrids Rolle wurde Jenna Ortega verpflichtet, die zuvor in der Serie „Wednesday“ die Hauptrolle bekommen hatte.

Zusammengebracht wird die Familie zu Beginn des Films durch den Tod von Lydias Vater Charles. Für die Trauerfeier reisen sie zum Ghost House, das Lydias Mutter, die Künstlerin Delia (Catherine O'Hara), sogleich

anlasshalber in schwarze Stoffbahnen hüllt. Astrid isoliert sich vom Geschehen, zieht sich lieber in das Haus zurück, wo sie im Dachgeschoss die Modellversion der Stadt Winter River entdeckt, die schon in „Beetlejuice“ den titelgebenden Geist Betelgeuse erscheinen ließ und Michael Keaton in der Titelrolle den übrigen Figuren der Handlung mächtig auf den Geist gehen lässt, zusammengefasst in seiner Ankündigung: „Der Saft ist los!“

Burton hat für das Ganze noch die Vorgeschichte von Beetlejuice hinzugepackt, der im Jenseits von seiner ehemaligen Frau Delores (Monica Bellucci) verfolgt wird. Die Handlung mischt dabei in der für Burton typischen Weise Grusel und Klamauk mit Fragen der Trauer, esoterischen Psychoangeboten erteilt er nebenbei eine sarkas-

tische Absage. Ernst ist allein die Realität der Geister als Manifestationen unbewältigter Dinge. Und die können einem kräftig zusetzen.

Neben soliden Lachern lässt vor allem die Ausstattung wenig zu wünschen übrig. Burtons gothic style mag zwar ein paar Routinen ausgebildet haben, er bleibt gleichwohl liebevoll makaber. Etwa im Jenseits, wo die Verstorbenen in der Gestalt ankommen, in der sie aus dem Leben geschieden sind, egal, auf welche Weise. Und selbst dort bricht Burton das Makabre mit herrlich albernen Musical-Einlagen auf, wenn er den „Soul Train“ inszeniert, der einen endgültig ins Jenseits befördert.

Gegenüber dieser erfreulichen Eröffnung zeigt sich der Auftakt der Nebenreihe „Orizzonti“ etwas blass. Das Jenseits kündigt sich in „Nonostante“;



Beetlejuice (Michael Keaton) Foto: Warner Bros., Entertainment Inc.

der zweiten Regiearbeit des Schauspielers Valerio Mastandrea, ebenfalls ständig an, bei ihm allerdings auf einer Krankenhausstation für Komapatienten. Mastandrea spielt mit der Idee der außerkörperlichen Erfahrung, lässt die Patienten, während sie eigentlich reglos im Bett liegen, als ruhelose Geister umherirren, freundschaftliche Beziehungen untereinander

eingehen und voneinander auf immer Abschied nehmen, wenn jemand von ihnen das Bewusstsein wiedererlangt.

Mastandrea übernimmt die Hauptrolle eines namenlosen Patienten, lässt außer Rührseligkeit jedoch wenige Einsichten zu. So viel gilt immerhin auch bei ihm: Wenn man einmal vom Wind auf die andere Seite erfasst wird, ist kein Halten mehr.

Vogeliger Schrecken vor Bergpanorama

Mit seinem zweiten Spielfilm beweist Tilman Singer ein enormes Gespür für sinistre Stimmungen und ihre stilsichere Inszenierung. „Cuckoo“ ist ein Horrorfilm für die Sommersaison

Von **Arabella Wintermayr**

Etwas ist faul im Freistaat Bayern. Dieses vage Gefühl dringt schon ins Bewusstsein der 17-jährigen Gretchen (Hunter Schafer) vor, ehe sie das sonderbare Resort „Alpschatten“ überhaupt richtig betreten hat. Es sieht so aus, als folge ihr ein Schatten auf die Toiletten der Anlage, stille Schritte nähern sich ihrer Kabine. Schließlich rüttelt etwas an der Tür und scheint doch im nächsten Moment verschwunden. Sowieso wirkt die Szenerie seltsam antiquiert, wie ein letzter bewohnter Außenposten der Zivilisation, eingeschlossen von finster in den Himmel hinauftragenden Tannen und endlosen sattgrünen Weiten.

Beunruhigend ist auch das Verhalten von Herrn König (Dan Stevens), der Gretchens Verwandtschaft, kaum ist der Kombi ihrer Familie auf dem Parkplatz vor beklemmendem Bergpanorama eingebogen, in Empfang nimmt. Das Verhältnis ihres Vaters Luis (Marton Csokás) und ihrer missliebigen Stiefmutter Beth (Jessica Henwig) zu ihm, dem Eigentümer der Ferienanlage, wirkt komisch vertraut. Geradezu gruselig wiederum seine Begeisterung für ihre jüngere Halbschwester Alma (Mila Lieou), die zwar hören kann, aber nicht spricht. Und Gretchen, ohnehin nur widerwillig mitgereist, würde am liebsten sofort wieder in ihre US-amerikanische Heimat zurückkehren.

In „Cuckoo“ ist die dichte Atmosphäre des undurchdringlichen Bedrohlichen unmittelbar da – und mit ihr die enorme Neugier darauf, was sich wohl dahinter verbirgt. Welche grausamen Geschehnisse mögen sich hinter den Gemäuern ereignen? Was sind die Geheimnisse, die in Gretchens eigenartiger Familie schwelen? Und wodurch wurde sie gerade an diesen Ort verschlagen, was verbindet sie mit ihm? Mannigfaltige Möglichkeiten an spannenden Pfaden, die der zweite Spielfilm von

Tilman Singer („Luz“) einschlagen könnte, tun sich auf.

Dass der deutschen Filmemacher den zentralen Schauplatz des Films als einen Ort des Ewiggestrigen inszeniert, an dem beige Wählscheibentelefone und dunkle Holzvertäfelungen das Bild prägen, deutet auf ein Spiel mit dem Schrecken längst überkommen geglaubter gesellschaftlicher Überzeugungen hin und lässt etwa eine Thematisierung von wiedererstarkenden erzkonservativen Werten vermuten. Umso mehr, als dass Gretchen mit ihrem androgynen Auftreten als aufregender Kontrast zu ihrer neuen Umgebung gezeichnet wird und – mit modernen „Noise-Cancelling“-Kopfhörern, Bassgitarre und Smartphone ausgestattet – anders als diese klar in der Gegenwart verortet wird.

Oder weist die Vogelart, die dem Film seinen Titel verleiht, vielmehr auf einen Horror hin, wie er Familiengefilten vorbehalten ist? Schließlich fühlt sich Gretchen in der neuen Konstellation zutiefst isoliert, ist ähnlich fremd wie der Nachwuchs des Kuckucks im fremden Nest. Immer wieder wählt sie daher die Nummer ihrer leiblichen

Die derzeitige Bedeutung des Horrorfilms hat mit seinem subversiven Potenzial zu tun

Mutter, nur um auf ihrem Anrufbeantworter zumindest für einen kurzen Moment deren Stimme zu hören, sich nach dem Signalton ihre Sorgen von der Seele zu reden und, im weiteren Verlauf des Plots, ihre wachsende Panik in den Äther zu plärren. Wohl wissend, dass niemand ihre Klage vernehmen wird, denn ihre Mutter, das wird dem Zuschauer erst schmerzlich spät klar, ist längst tot.

Zumindest solange noch alles offen scheint, ist „Cuckoo“



Gretchen (Hunter Schafer) wird von einer mysteriösen Frau verfolgt. Foto: Weltkino

ein geradezu grandioses Genrevergnügen. Vor allem, weil Tilman Singer ein besonderes Gespür für sinistre Stimmungen und ihre stilsichere Inszenierung beweist. So sieht sich Gretchen, die bald einen Aushilfsjob an der Rezeption antritt, um Geld für ihre Flucht aufzutreiben, immer wieder in repetitiven Zeitschleifen gefangen. Sobald ein eigentümlicher Schreigesang ertönt, wiederholt sich mehrere Male, was sich soeben ereignete. Unregelmäßig pulsierende Halsschlagadern sind zu sehen, im rasenden Stillstand der Zeit zittert, vibriert und flattert das Bild, ehe das Spektakel genauso plötzlich endet, wie es begann.

Die schrillen Geräusche scheinen von einer ominösen Frau zu stammen, die Gretchen wohl schon von Anfang an auf den Fersen ist und ihr eines Nachts erneut folgt, als sie mit dem Fahrrad auf dem Weg nach Hause ist. Zunächst flackert nur ihr Schatten im wechselnden Licht der Straßenlater-

nen über den Asphalt, bevor die blutende Gestalt mit ihren roten Augen vollständig sichtbar wird.

Paul Faltz' lauende Kamera bannt immer wieder derart denkwürdige Kompositionen, die selbstbewusst zwischen Schrecken und skurriblem Pulp changieren auf analogen 35-mm-Film. Zusammen mit den mal markerschütternd schrillen, dann wieder lässig schleppenden Klangkompositionen von Simon Waskow amgieren sie zu einer der stylischsten Horrorerfahrungen der vergangenen Jahre. Auch Hunter Schafer's („Euphoria“) mühelos wirkende Coolness als toughes „Final Girl“, das sich samt Springmesser, Kopfverband und Fliegerjacke bald selbst auf die mühsame Suche nach Antworten begibt, trägt bedeutend zum kultigen Appeal des Films bei.

Dass „Cuckoo“ lange im Ungefähren bleibt, mit Andeutungen spielt und das wahre Wesen des Grauens erst ganz am Ende enthüllt, erweist sich letztlich als ein großer Glücksfall. Denn die

bestechenden Bildwelten und die Denkräume, die durch vorher insinuierte Interpretationen eröffnet werden, bleiben das eigentliche Ereignis eines Filmes, dessen abstruse Auflösung am Ende enttäuscht.

Von Frauen, die zur Brutstätte für bedrohte Vogelarten werden, ist die Rede, und von seltsamen Mischwesen namens „Homo Cuculidae“, die daraus erwachsen. Was es mit ihnen auf sich hat, wie das alles funktioniert und vieles Weitere bleibt ebenso nebulös wie die Motive hinter Herrn Königs offenbar überambitioniertem ornithologischen Interesse. Auf Handlungsebene versucht sich der Film allenfalls an recht vogeligem Heimathorror.

Damit erinnert der Film stark an den erst kürzlich im Kino gestarteten, von einer riesigen Medienkampagne begleiteten „Longlegs“ von Oz Perkins. Beide Werke sind mit ihrer hohen ästhetischen Qualität dem für seine künstlerisch anspruchsvollen *Arthouse Horror* zuzu-

rechnen. Anders als noch jene Vertreter, die diese Strömung vor wenigen Jahren neu belebten – wie etwa „Midsommar“ von Ari Aster, „Mother!“ von Darren Aronofsky oder „Get Out“ von Jordan Peele – bemühen sie sich allerdings nicht um einen tieferen Aussagegehalt, haben keine gesellschaftskritischen Ambitionen.

Die Antwort darauf, ob das Genre denn nun aufregender ist, wenn es sich für das Schauerhafte hinter den schönen Fassaden interessiert oder wenn es sich damit begnügt, selbst nur schauerhaft-schöne Fassade zu sein, steckt schon in der Frage selbst. Die derzeitige Bedeutung des Horrorfilms hat viel mit seinem wiederentdeckten subversiven Potenzial zu tun. Bleibt zu hoffen, dass er sich nicht mit Eleganz sogleich wieder zurück in die Irrelevanz befördert.

„Cuckoo“. Regie: Tilman Singer. Mit Hunter Schafer, Dan Stevens u. a. Deutschland/USA 2024, 102 Min.

taz shop

Bienengold

Bienenwachs-Teelichter (8er-Set) in einer hübschen Geschenkschachtel. Aus einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Maße Verpackung: B 8 x H 4,6 x T 8 cm.

Artikel-Nr.
11201 **Blau**
11202 **Rot**
Jeweils € 7,50

Lippenpflege. Unser Liplingsprodukt für die zarteste Haut unseres Körpers. Mit Zutaten aus kontrolliert biologischem Anbau. Von Aries. Inhaltsstoffe: Olivenölmazerat (nativ extra) aus Kamille und Ringelblume, gelbes Bienenwachs, Sanddornfruchtöl, Orangenöl. Inhalt: 4,8 g. **Artikel-Nr.** 12112, € 4,50

Pflegecreme. Besteht aus nur drei Zutaten, aber die sind von ausgesuchter Bioqualität. Duftet wunderbar nach Bienenwachs, auch für Hände und Lippen geeignet. Von Aries. Inhaltsstoffe: Olivenöl, gelbes Bienenwachs und ätherisches Lavendelöl. Inhalt: 50 g im Glastiegel. **Artikel-Nr.** 12113, € 7,00

taz-Honig. Aromatische Mischblütenhonige von kleinen Imkereien aus Berlin und dem Umland. Berliner Bärengold ist eine Gemeinschaft von Imker*innen, die die Bienenhaltung in Deutschland fördert. Jeder Honig wird sortenrein abgefüllt und hat seinen ganz eigenen Charakter. Jeweils im 325-g-Glas.

11038 **Frühlingsblüte.** Mild mit blumigem Aroma, z. B. Raps, Obst, Kastanien und Löwenzahn.

11034 **Sommerblüte.** Mit dem aromatischen Geschmack des Spätsommers, z. B. Wiesenblumen, Linden, Kräuter und Kornblumen. Jeweils € 6,50

Wachstuchhaube. Darunter kann man (es) sich so richtig gut gehen lassen – fragen Sie mal Sauerteig Hermann! Die Wachstuchhaube kuschelt auch gerne mit Melonen, Kürbissen und anderen Lebensmitteln. Ihr flexibles Gummiband passt sich Schalen und Tellern mit einem Durchmesser von 22 bis 26 cm an. Und sollte sie eines Tages komisch riechen, darf sie (ohne Gummiband) auf den Kompost oder in den Grill. Aus GOTS-zertifizierter Biobaumwolle, Biobienenwachs, Baumharz und Biosonnenblumenöl. Von Kumanu. **Artikel-Nr.** 12910, € 19,80

10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen | taz.de/shop | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de

Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

„Ich gewöhne mich nicht daran“

Der Hass auf kritischen Journalismus in Sachsen ist eklatant. Doreen Reinhard will sich davon nicht abschrecken lassen – vorerst

Interview **Elisa Kautzky**

taz: Frau Reinhard, Sie sind in Dresden geboren, haben ein Volontariat bei der „Sächsischen Zeitung“ gemacht und beobachten die Lage für Medienschaffende im Osten seit vielen Jahren. Welche Auswirkungen hätte es für Journalist*innen, wenn die AfD bei den Landtagswahlen stärkste Kraft wird?

Doreen Reinhard: Eine Regierungsbeteiligung der AfD halte ich aktuell für unrealistisch, wenn auch nicht für komplett ausgeschlossen. Mit oder ohne Regierungsmacht hat die AfD im Osten schon jetzt großen Einfluss gewonnen. Ein Teil der Bevölkerung misstraut den Medien grundsätzlich. Ist ja auch kein Wunder, wenn die AfD und andere extrem rechte Strukturen ihre Anhängerschaft gegen das Feindbild Presse mobilisieren. Noch ist das keine Mehrheit, aber mal sehen, was passiert. Eine Ansage der AfD ist, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiter unter Druck zu setzen. Auch Bedrohungen und Beleidigungen gegenüber Journalist*innen sind immer wieder Thema. Erst vor ein paar Monaten hat mich ein Demokaktivist in den sozialen Medien als „linksgrüne Faschistin“ beleidigt, nachdem ich über eine prussische Veranstaltung in einer sächsischen Kleinstadt berichtet hatte, bei der die Presse ausgeschlossen war. Mache ich mir dann den Aufwand, Anzeige zu erstatten, möglicherweise einen Anwalt hinzuziehen? Das kostet ja auch. Ich habe schließlich Anzeige erstattet, um das nicht einfach durchgehen zu lassen. Noch mehr Einfluss der AfD und anderer extrem rechter Kräfte würde also noch mehr Druck für Journalist*innen bedeuten. Dabei fallen im Zuge der Medienkrise bereits jetzt viele Stellen weg, Honorare für Freie werden gekürzt, Kapazitäten und teilweise Kompetenzen für intensivere Recherchen schwinden, die Qualität der Be-

Die Journalistin Doreen Reinhard
Foto: Frauke Thielking



richterstattung sinkt. Gerade in einem Bundesland, wo Rechts-Extremismus stark verbreitet ist, bereitet mir das Sorgen. **taz:** Immer öfter kommt es auch zu Fällen von Körperverletzung, Überfällen oder Cyberbullying gegen Journalist*innen. Welche Erfahrungen machen Sie in Sachsen?

Reinhard: Man erlebt hier alles Mögliche. Es gibt Rechte, die einem Sprüche wie „Ihr lügt doch alle“ an den Kopf werfen und einen verbal angreifen. Auf einer Demo versucht man dann am besten, die Situation schnell zu verlassen, damit es nicht eskaliert – das gilt vor allem für kleinere Orte, wo kaum Polizei anwesend ist. Einen körperlichen Übergriff habe ich zum Glück noch nicht erlebt. Es gibt aber auch innerhalb von radikalen rechten Strukturen durchaus Leute, mit denen man sprechen kann. Wenn ich recher-

chieren möchte, versuche ich, mit allen Seiten in Kontakt zu kommen und will natürlich auch von diesen Leuten Informationen bekommen, wissen, was sie zu sagen haben. Das heißt nicht, dass man das ungefiltert übernehmen muss.

taz: Woher kommt der Hass auf Medien?

Reinhard: Das Feindbild Medien gibt es in diesen Kreisen schon länger. Zum einen fehlt eine gewisse Medienkompetenz. Ich bin immer wieder erstaunt, wie wenig Leute wissen, wie Journalisten eigentlich arbeiten, was ein Pressekodex ist. Dass ich zum Beispiel nicht den ganzen Text mitschicke, wenn es um die Autorisierung eines Zitats geht. Oder dass ich meine Quellen schützen muss. Fehlendes Wissen kann dann zu Misstrauen führen. Es hat aber auch eine historische Ebene. Die Älteren kommen aus einem System, in dem es nur staatliche Ein-

heitsmedien gab, voll mit Pro-

paganda – 40 Jahre lang DDR. Danach der große Umbruch: Plötzlich kamen viele westdeutsche Verlage in den Osten. Auch wenn heute mehr Journalisten aus dem Osten dort arbeiten, haben manche Leser*innen das

„Manche haben das Gefühl, von westlichen Medien überrannt worden zu sein“

Gefühl, von westlichen Medien überrannt worden zu sein. Und dann gibt es natürlich radikale Akteure, die ihren Hass gegenüber den Medien durch die sozialen Netzwerke befeuern und schüren. Das Ergebnis habe ich vor zehn Jahren auf den ersten Pegida-Demonstrationen zu

spüren bekommen, wo uns Journalist*innen „Lügenpresse“ entgegengebrüllt wurde.

taz: Trotzdem berichten Sie seit Pegida regelmäßig über Demonstrationen in Sachsen. Wie sorgen Sie da für Ihre Sicherheit?

Reinhard: Demos gehören hier für mich als Journalistin zum Alltag. Als Freie bin ich für meine Sicherheit selbst verantwortlich. Klar unterstützen mich die Redaktionen auch, wenn ich nachfrage, aber von selbst kommt da in der Regel nicht viel. Vor einer Demo muss man immer abwägen, wie man vorgeht. Geht man mit Sicherheitspersonal? Bisher habe ich das noch nicht gemacht. Andere Kolleg*innen tun das inzwischen regelmäßig, weil sie so häufig angegriffen werden. Arbeitet man mit Fotograf*innen, die Demoerfahrung haben? Wie viel Polizei ist vor Ort? Da stellt man sich hier immer ein paar mehr Fragen und muss auch da-

mit rechnen, dass es mal heikler werden könnte.

taz: Gewöhnt man sich an diese Arbeitsbedingungen?

Reinhard: Wenn man hier länger arbeitet, kennt man es mittlerweile. Wenn Kolleg*innen aus anderen Bundesländern für eine Geschichte herkommen und auf einer Demo aggressive Stimmung erleben, merkt man schon, dass sie noch mal anders schockiert sind. Aber nein, ich gewöhne mich nicht daran und das ist auch gut so, dass man immer noch über diesen Hass erschrickt. Jedes Mal stehe ich mit innerlich offenem Mund da und denke mir: Was passiert hier eigentlich? Dann überlegt man auch schon mal, wie es wäre, von hier wegzugehen. Gerade anlässlich der Landtagswahlen ist das derzeit schon ein Thema, auch in meinem Umfeld. Aber bisher kenne ich noch niemanden, der es gemacht hat.

taz: Und würden Sie gehen?

Reinhard: Nein, derzeit nicht. Ich habe hier mein soziales Umfeld und meinen Beruf. Das ist auch meine Heimat. Aber ich schließe es nicht aus. Letztens wurde ich aus dem Nichts, als ich in Sachsen-Anhalt unterwegs war, im Supermarkt von einem Nazi angepöbelt. Klar, stellt man sich dann vor, wie es wäre, woanders zu leben, wo die Stimmung ruhiger ist. Gleichzeitig mache ich mir Sorgen um die Branche, wenn immer mehr Journalist*innen die Region verlassen würden.

taz: Haben Sie Hoffnung?

Reinhard: Es gibt Momente der Frustration. Aber man hofft auch. Dass zum Beispiel irgendjemand kommt, in Journalismus investiert, neue Formate denkt. Man könnte ja mit schlanken Recherche-Einheiten anfangen.

Doreen Reinhard

45, berichtet als freie Journalistin über Themen aus Politik und Gesellschaft, oft aus Sachsen, wo sie lebt.

ARD

- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.15 Nachtstreife (2/6)
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Nord bei Nordwest: Auf der Flucht. D 2022
- 21.45 Monitor
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 Paralympische Spiele Paris 2024
- 0.20 Tagesschau
- 0.30 Nord bei Nordwest: Auf der Flucht. D 2022
- 2.05 Liebe und Tod auf Java

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 ZDF-Mittagsmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Bares für Rares
- 16.00 heute – in Europa
- 16.10 Die Rosenheim-Cops
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Stuttgart: Blutiger Protest. D 2022
- 19.00 heute
- 19.25 Notruf Hafenkante
- 20.15 Beckenrand-Sheriff. Komödie. D 2020. Regie: Marcus H. Rosenmüller. Mit Milan Peschel, Sebastian Bezzel
- 22.00 heute-journal
- 22.40 Globale Machtspiele – Kampf um das Chinesische Meer
- 23.25 Markus Lanz
- 0.40 heute journal update
- 0.55 Arctic. Drama. IS 2018. Regie: Joe Penna. Mit Mads Mikkelsen, Maria Thelma Smáradóttir
- 2.25 The Last Journey. Science-Fiction-Abenteuer. F 2020

RTL

- 15.00 Barbara Salesch
- 16.00 Ulrich Wetzell
- 17.00 Verlag mich doch!
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv Magazin
- 18.30 Exklusiv Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Ich bin ein Star
- Showdown
- 22.30 Ich bin ein Star – Die Stunde danach
- 22.45 RTL Direkt
- 22.55 Ich bin ein Star – Die Stunde danach
- 23.20 stern TV Spezial
- 0.05 RTL Nachtjournal

SAT.1

- 16.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Spreewaldklinik
- 19.45 SAT.1 :newstime
- 20.15 99 – Wer schlägt sie alle?
- 22.00 Das große Allgemeinwissenquiz (3/5)
- 1.20 99 – Wer schlägt sie alle?
- 3.35 Mein Mann kann

Pro 7

- 16.05 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben :newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Gallileo
- 20.15 Beauty and the Nerd
- 22.55 Forsthaus Rumpensau
- 1.35 Beauty and the Nerd

K.I.K.A.

- 7.45 Sesamstraße
- 8.10 Zackl und die Zoobande
- 8.30 Die Biene Maja
- 9.00 Heidi
- 9.45 Wir sind die Dorfbande
- 10.20 Belle und Sebastian
- 11.10 Lassie

tagestipp

Was sind uns Demokratie und Menschenrechte wert? In Sachsen und Thüringen sagt die Mehrheit mit Herrenmenschenattitüde oder dumpfer Autoritätsnostalgie: gar nix. Anderswo kämpfen Menschen um ihre Freiheit, in und um Taiwan zum Beispiel – die richtige Seite der Geschichte.

„Globale Machtspiele – Kampf um das Chinesische Meer“, ZDF, 22.40 Uhr



- 12.15 H2O – Abenteuer Meerjungfrau
- 13.05 krass nass! Die Tigerenten Club Sommerspiele
- 13.30 logo!
- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Mia and me – Abenteuer in Centopia
- 16.35 Der kleine Prinz
- 17.00 Simsalagrinn
- 17.25 Yakari
- 17.50 Pinocchio im Zauberdorf

- 18.15 Feuerwehrmann Sam
- 18.35 Löwenzähnen
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Peter Pan – Neue Abenteuer
- 19.25 Löwenzahn
- 19.50 logo!
- 20.00 K.I.K.A Live

ARTE

- 8.10 Stadt Land Kunst
- 9.00 Wilde Ostsee
- 11.35 Die Bienenflüsterer
- 12.10 Alt und obdachlos
- 12.40 Stadt Land Kunst

- 14.15 Mord im Mittsommer (6/8): Scheinwelten. S 2020
- 15.45 Mord im Mittsommer (7/8): Vicky. S 2020
- 17.40 Der Sturm – Tiere bei Blitz und Donner
- 18.35 Strände Europas (4/6)
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Giftschlangenjagd an der Adria
- 20.15 Monopoly – Spiel ohne Erbarmen
- 20.55 Ass im Ärmel – Faszination Kartenspiel
- 21.40 Blood River (1–4/4)
- 0.05 Rihanna – Inselkind, Popstar, Nationalheldin
- 1.00 Uma Thurman: Die stille Kämpferin Hollywoods
- 1.55 Tarantino – The Bloody Genius

3SAT

- 18.30 nano
- 19.00 heute
- 19.20 Kulturzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Inspired by Nature: Geniale Technologien (3/3)
- 21.00 scobel
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 auslandsjournal extra
- 22.55 Edelweißpiraten: Teenager gegen Hitler
- 23.40 Hitlers Zorn – Die Kinder von Bad Sachsa
- 0.40 Zapp
- 1.10 10vor10
- 1.40 Maischberger
- 2.55 Schuffen für die Urlauber – Putzen, mähen, reparieren

BAYERN

- 18.00 Abendschau
- 18.30 BR24
- 19.00 mehr/wert
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Gipfeltreffen
- 21.00 Schlachthof – Das Beste
- 21.45 BR24
- 22.00 Vereinsheim Schwabing
- 22.45 Z'am rocken
- 23.30 Super Duper Plastic Man – Funk-Legende Ike White

- 0.50 Starttrampe COVERED
- 1.20 PULS Konzerte
- 2.05 Dahoam is Dahoam
- 2.35 Querbeet

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Zur Sache Rheinland-Pfalz
- 21.45 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 22.30 Hubert ohne Staller: Tod am Schlafbaum. D 2021
- 23.15 Hubert ohne Staller: Ein tödlicher Plan. D 2022
- 0.05 Wir und das Tier – Ein Schlachthausmelodram
- 1.30 Hubert ohne Staller: Tod am Schlafbaum. D 2021
- 2.15 Eisenbahn-Romantik

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Alles Wissen
- 21.00 Die Gesundheitsmacher
- 21.45 Eine Hausgeburt für unser Baby?
- 22.15 hessenschau
- 22.30 Die VIVA-Story – zu geil für diese Welt (1/3)
- 23.05 Teure Luxusfakes – So funktioniert das Geschäft der Fälscher
- 23.35 ABBA – Die ganze Geschichte
- 1.05 Einfach Rosa – Verliebt, verlobt, verboten (3/4)
- 2.35 Sexuell verfügbar

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Servicezeit
- 18.45 Aktuelle Stunde

- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Quarks
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Nord bei Nordwest: Wilde Hunde. D 2021
- 23.45 Matthias & Maxime. Coming-of-Age-Drama. CDN/F 2019. Regie: Xavier Dolan. Mit Xavier Dolan, Gabriel D'Almeida Freitas
- 1.40 Erlebnisreisen
- 2.00 Lokalzeit

NRD

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Rungholt – Jäger der verlorenen Kirche: Auf Spurensuche im Watt
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Young Adventurers
- 21.00 Der Zauber des Grand Canyon – Die berühmteste Schlucht der Welt
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Der Bozen-Krimi: Vergeltung. D 2022
- 23.30 Großstadtrevier: Unter Druck. D 2017
- 0.20 Hamburg Transit: Ein Strich durch die Rechnung. D 1971
- 0.45 Hamburg Transit: Neue Medikamente. D 1971
- 1.10 Der Bozen-Krimi: Vergeltung. D 2022

RBB

- 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Die Köchin und der Präsident. Komödie. F 2012. Regie: Christian Vincent. Mit Catherine Frot, Jean d'Ormesson
- 21.45 rbb24
- 22.00 Die Heiland
- 23.40 Fucking Amal – Raus aus Amal. Coming-of-Age-Film. S/ DK 1998. Regie: Lukas Moodysson

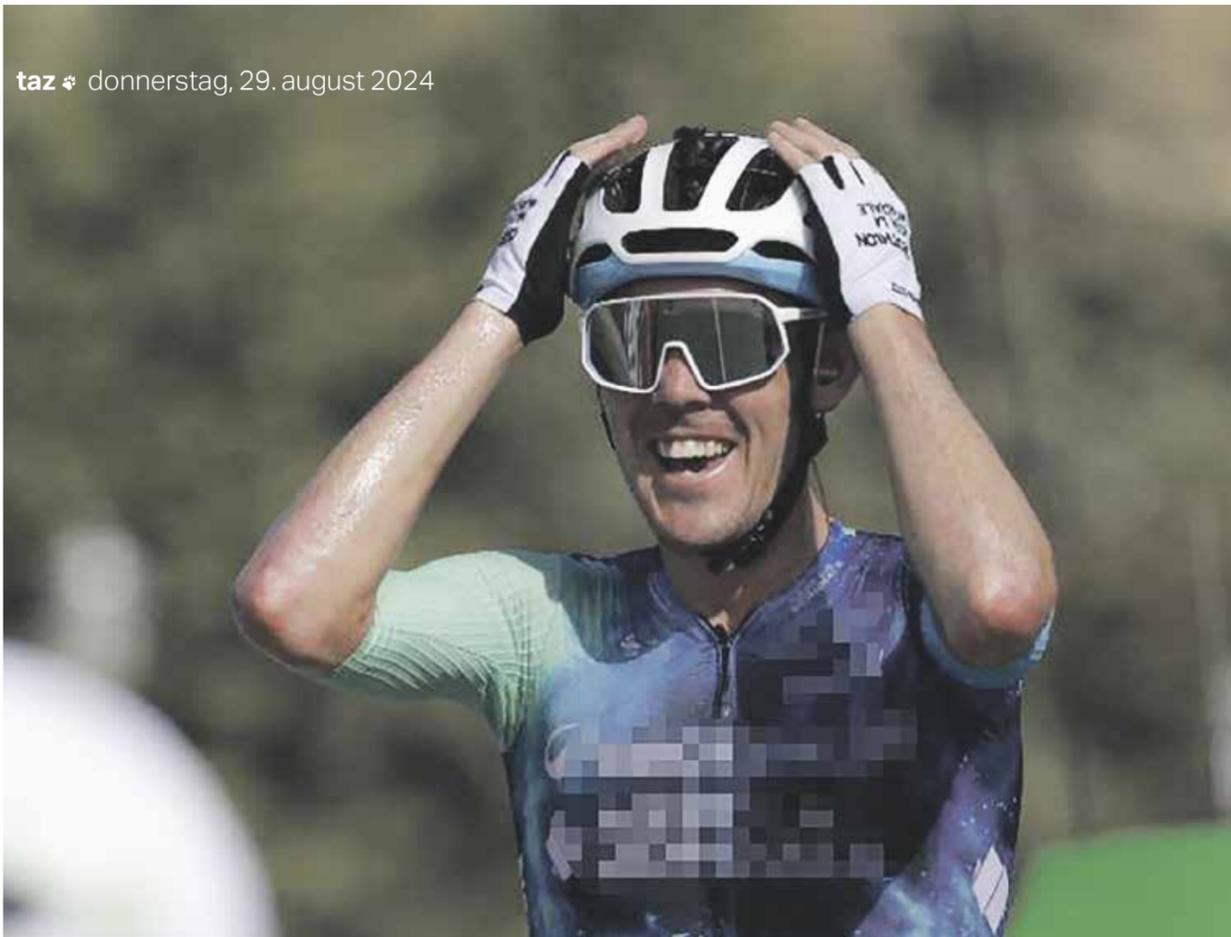
- 1.05 Kochen mit Martina und Moritz
- 1.35 Das Comeback eines Schlosses – Pomp und Parkmusik in Altdöbern
- 2.05 Gartenzei

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Der schönste Sommer meiner Kindheit (5/5)
- 20.15 Lebensretter
- 21.00 Visite
- 21.45 MDR aktuell
- 22.10 artour – Das Kulturmagazin des MDR
- 22.40 Krieg im Kopf: Der hohe Preis für den Auslandseinsatz
- 23.10 Andris Nelsons – Maestro ohne Allüren
- 23.40 Andris Nelsons dirigiert Anton Bruckner
- 0.55 Anton Bruckner – Adagio aus dem Streichquintett F-Dur
- 1.15 Anton Bruckner Sinfonie Nr. 4 Es-Dur „Romantische“
- 2.25 artour – Das Kulturmagazin des MDR

PHOENIX

- 12.00 phoenix vor ort
- 12.45 phoenix plus
- 13.30 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.45 phoenix plus
- 15.30 phoenix plus
- 16.00 Am Puls
- 16.45 Höcke – Und seine Hintermänner
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Schweiz – Wingsuit-Basejump im Tal des Todes
- 18.30 Die Rhône
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Kamala Harris – Die erste Frau im Weißen Haus?
- 21.00 phoenix runde
- 21.45 heute-journal
- 22.15 Dokumentation
- 23.00 phoenix der tag
- 0.00 phoenix runde
- 0.45 Dokumentation
- 2.15 Wale – Clevere Giganten



Der Australier Ben O'Connor bei der diesjährigen Vuelta a España Foto: Jon Nazca/REUTERS

Hegel oder Marx?

Die 79. Spanienrundfahrt schreibt Philosophiegeschichte. In der zweiten Woche geht es darum, ob wie 2023 erneut ein Außenseiter dank Vorsprung aus der Fluchtgruppe gewinnt

Aus Padrón **Tom Mustroph**

Bei der Vuelta ist ein Philosophenstreit ausgebrochen. Die einen halten es mit Hegel, die anderen mit Marx, frei nach dessen Äußerung im „18. Brumaire des Louis Bonaparte“. Marx schrieb darin über die Wiederholungsschleifen der Geschichte: „Hegel bemerkte irgendwo, daß alle großen weltgeschichtlichen Tat-

sachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.“

Ihre eigene Wiederholung erlebt die Vuelta dergestalt, dass wieder ein Mann ganz vorn ist, den niemand dort erwartet hatte. Ben O'Connor nutzte seinen Ausreißversuch auf der 6. Etappe so gut, dass er mehr

als sechs Minuten auf die Klassement-Favoriten herausfuhr und seitdem recht einsam an der Spitze ist. Im letzten Jahr fuhr Ausreißer Sepp Kuss auf ebenfalls der 6. Etappe knapp dreieinhalb Minuten auf die Konkurrenz heraus. Er behauptete das Rote Trikot bis zum Ende der Rundfahrt.

Die Hegelfans sitzen momentan im Teambus von Decathlon.

Sie hoffen, dass der Berliner Philosoph die Weltprozesse richtig interpretiert hat und ihr Mann, eben O'Connor, am Ende die Vuelta gewinnt. „Es ist noch ein wenig früh, jetzt schon vom Sieg zu reden. Es kommen noch viele harte Tage“, gab sich Cyril Desse, sportlicher Leiter von Decathlon, gegenüber der taz zwar noch vorsichtig. Er sagte aber auch: „Wir sind mit dem Ziel der

Top 5 zur Rundfahrt gekommen. Jetzt können wir unsere Ambitionen etwas höher ausrichten.“ O'Connor selbst ist ebenfalls guter Dinge. „Ich genieße hier erst einmal jeden Tag im Roten Trikot. Wir haben auch ein starkes Team. Und ich selbst habe noch nicht alle Reserven aufgebraucht“, meinte er.

Im Lager von Red Bull-Borahansgrohe ist eher Neomarxismus angesagt. Dort hofft man, dass sich Geschichte nicht wiederholt, oder bestenfalls als Farce. Denn schon im letzten Jahr war die 6. Etappe ausschlaggebend dafür, dass Kapitän Primož Roglič seinen angestrebten vierten Vuelta-Triumph verpasste. Damals fuhr er noch im gleichen Team wie Kuss, bei Jumbo-Visma, jetzt Vismalease a Bike. Und Marc Reef, damals wie heute bei den Niederländern im Begleitfahrzeug, meinte in Bezug auf die Konstellation zur taz: „Es ist ähnlich wie letztes Jahr. Auch jetzt wird es schwer, so viel Zeit auf O'Connor herauszufahren. Er kam zwar nicht als Favorit zur Vuelta. Aber dass er Stehvermögen hat, deutete er schon mit Platz 4 bei der Tour 2021 an.“ Damals wurde O'Connor ebenfalls durch eine Fluchtgruppe im Klassement nach vorn gespült.

Auch beim Raublinger Rennstall ist man sich der Härte der Aufgabe bewusst. „Es wird sehr kompliziert, denn O'Connor ist ein guter Fahrer. Aber wir haben einen Plan, den wir ausführen werden und der hoffentlich Wirkung zeigt. Wir müssen nur bei unserem Plan bleiben, dann ist das möglich“, meinte Patxi Vila, sportlicher Leiter bei Red Bull, zur taz.

Allerdings hat sein Team in diesem Jahr einige Probleme mit der Planwirtschaft, was ein bisschen an die Erfahrungen der

Marx-Anhänger in Osteuropa und Ostdeutschland erinnert. Auf der 6. Etappe ließ das Team die Fluchtgruppe zwar planmäßig gehen. Kapitän Primož Roglič wollte das Rote Trikot verlieren, um selbst nicht zu viel Energie bei Pressekonferenzen

Im Lager von Red Bull-Borahansgrohe ist Neomarxismus angesagt: man hofft, dass sich Geschichte nicht wiederholt

zu vergeuden und auch, um seinem Team die Nachführbarkeit zu ersparen. Einen „ungefährlichen Mann“ für die Gesamtwertung hatte der Slowene als Nachfolger im Sinn. O'Connor ließ man fahren, weil der zwei Tage zuvor in der brutenden Hitze Südspaniens Federn gelassen hatte. Und außerdem war ein eigener Mann, der formidable Jungprofi Florian Lipowitz, in der Gruppe. „Florian sollte dort die Interessen des Teams verteidigen. Aber das war sehr schwer. Und an einem bestimmten Punkt musste er leider O'Connor ziehen lassen. Wäre er dran geblieben, hätte er jetzt vielleicht sogar Rot. Aber nun müssen wir das Trikot zurückerobern“, schilderte Vila die Konstellation. Lipowitz rückte zwar ein wenig in der Gesamtwertung nach vorn. Aber die fünf Minuten, die O'Connor selbst auf ihn, den Fluchtgruppengefährten, herausfuhr, tun weh.

Das Team des Brausekonzerns tut nun alles dafür, dass Marx doch recht hat in Spanien und Geschichte sich nicht exakt wiederholt.

5 Stunden, 35 Minuten

So lange dauerte das US-Open-Rekordmatch zwischen Dan Evans und Karen Khachanov am Dienstag

Von **Jörg Allmeroth**

Es war eigentlich noch früh am Abend dieses US-Open-Dienstags, aber Dan Evans hatte nur einen dringenden Wunsch: „Ich will jetzt so schnell wie möglich ins Bett.“ Was mehr als verständlich war, denn der 34-jährige Veteran der Tennistour hatte soeben das längste Match der US-Open-Geschichte gewonnen und dabei noch einen Houdini-Entfesselungsakt der ganz besonderen Sorte hingelegt.

0:4 und 15:40 bei eigenem Aufschlag hatte Evans im fünften Satz schon vermeintlich aussichtslos hinten gelegen, ehe er nach einem wunderbaren Comebackanlauf nach fünf Stunden und 35 Minuten den Matchball zum 6:7 (8:10), 7:6 (7:2), 7:6 (7:4), 4:6 und 6:4-Triumph gegen den Russen Karen

Khachanov verwandelte. „Was zum Teufel haben wir da gerade gesehen?“, twitterte da völlig losgelöst der britische Tennisverband gen New York, zum stolzen Straßenkämpfer aus Birmingham.

Der hatte nach seinem Erstrunden-Supermarathon zwischen 13.05 Uhr und 18.40 Uhr alle Mühe, auf den Beinen zu bleiben und seine Sinne beisammen zu halten: „Ich habe Kopfschmerzen, mir tun alle Knochen weh, ich bin einfach komplett platt. Irgendwie dreht sich alles in mir.“ Evans und Khachanov standen sich auf dem überfüllten Außencourt 6 an diesem 27. August noch neun Minuten länger Auge in Auge gegenüber als Stefan Edberg und Michael Chang 1992 im Halbfinale. Jeder einzelne Satz des neuen Rekordmatches überschritt die

Ein-Stunden-Marke, selbst die beiden letzten Durchgänge mit „nur“ zehn Spielen.

Die Ausdauerschlacht am zweiten Tag der Offenen Amerikanischen Meisterschaften 2024 war allerdings immer noch die „kürzeste“ Bestleistung bei den vier Major-Turnieren der Branche. Seit der Begrenzung des fünften Satzes mit Match-Tiebreaks von Melbourne bis New York thront für alle Ewigkeit die Wimbledon-Partie von 2010 zwischen John Isner und Nicolas Mahut an der Spitze – Spieldauer satte elf Stunden und fünf Minuten, über drei Wettkampftage. Die längste French-Open-Partie lieferten sich 2004 die beiden Lokalmatadore Fabrice Santoro und Arnaud Clement über sechs Stunden und 33 Minuten. Bei den Australian Open führt das 2012er-Finale zwischen No-

vak Đoković und Rafael Nadal mit fünf Stunden und 53 Minuten die Rekordliste an.

Evans im Übrigen, Sieger des längsten US-Open-Matches der Geschichte, ist so etwas wie die Wundertüte des Sommers 2024. Bei den Olympischen Spielen in Paris wehrte der bullige, gedrungene Fighter an der Seite von Andy Murray in der ersten Doppelrunde fünf Matchbälle im Match-Tiebreak hintereinander ab – von einem 4:9-Rückstand gegen die Japaner Taro Daniel/Kei Nishikori in Runde eins zum 11:9. In Runde zwei wehrten Evans und Murray dann noch einmal zwei Siegpunkte der Belgier Sander Gille/Joran Vliegen im Match-Tiebreak ab, nach 7:9-Defizit wieder zum 11:9-Sieg.

Die Rekordpartie von New York wirft allerdings auch ein Schlaglicht auf die immer längeren Matches im Tennis-Wanderzirkus und die größeren Strapazen in einem dicht gedrängten Terminkalender. Im Vergleich zur Jahrtausendwende dauerten Grand-Slam-Matches zuletzt knapp 25 Prozent länger – jedes einzelne Match wies im Schnitt eine halbe Stunde mehr Spielzeit auf. Selbst viele Drei-Satz-Matches in frühen Runden überschreiten inzwischen locker die Drei-Stunden-Grenze. „Der Konkurrenzkampf ist immer härter geworden, jeder Spieler ist per se leistungsfähiger und stärker, weil er über ein besseres Team drumherum verfügt“, sagt Grand Slam-Rekordchampion Novak Đoković, „aber die Belastungen sind auch auf ein unglaubliches Maß gestiegen.“



Am Ende des Spiels am Ende ihrer Kräfte: Evans (r) und Khachanov Foto: imago/Shutterstock

was alles nicht fehlt

Wieder Profiboxen in Kuba: Nachdem vor 63 Jahren das Profiboxen in Kuba verboten wurde, kehrte es am Dienstag wieder zurück. In Havanna gewann beim ersten professionellen Boxkampf seit mehr als sechs Jahrzehnten der zweifache Olympiasieger Julio César La Cruz den Profi-Weltmeistertitel in der Kategorie 92 Kilogramm der International Boxing Association (IBA), die vom IOC nicht mehr anerkannt wird. Kuba hatte das Profiboxen 1961 – zwei Jahre nach der von Fidel Castro angeführten Revolution – verboten. Seit zwei Jahren erlaubt der Einparteiensstaat wieder die Teilnahme an professionellen Boxwettkämpfen.

genossenschaft

taz 

Manuel Schubert
Abteilungsleitung Marketing, Sitemanagement taz.de

AUCH DEIN GELD KANN
HALTUNG
DEMONSTRIEREN

Runter von der Bank, rein ins Geschehen!

In der taz Genossenschaft bewegt dein Geld etwas – gegen Rechtsruck und für eine stabile Demokratie. Keine 2,5% Zinsen, dafür 100% Einsatz für unabhängigen Journalismus und eine offene Gesellschaft.

Bereits ab 500 Euro gehört dir so ein Teil der taz und du wirst Miteigentümer*in.
Alle Infos auf taz.de/genossenschaft



Und viele andere

Von Stefan Gärtner

Wer's verzeihen kann, verzeihe:
Letztlich ist man dritte Reihe.
Ist nicht Beletage, nicht A-
Prominenz. Ist „u. v. a.“

Hast nicht einen von den Namen,
die auf Buches Deckel kamen,
hinten, zwecks PR-Trara:
Anonym heißt „u. v. a.“

Dass du drin bist, muss nicht wissen,
wer erwägt das Haben-Müssen.
Jeder Knallkopf steht dick da;
du stehst unter „u. v. a.“

Das ist eins von Menschenzielen:
Nicht gehören zu den vielen!
Nicht Komparse, sondern Star
und nicht blöd unter „v. a.“!

Doch so ist das Leben, dass es
dir was mitteilt: Baby, lass es.
Mach dich fort und bleib nicht da
mit dir selber u. v. a.,

die im Stillen Dasein fristen,
„solidarisch“ sagen: „Bisten
ziemlich eitles Exemplar.
Kannst mich, Sportsfreund. U. v. a.“

Foto: dpa



Miss Kartoffelbraten

Die Feuerwehr Olsberg lässt die Puppen tanzen

Miloš Forman lebt! Und sein Film „Der Feuerwehrball“. Das schwerkomische tschechoslowakische Stück aus dem Jahr 1967 hatten wir jedenfalls am Mittwoch vor dem inneren Auge, als wir die Pressemitteilung der Freiwilligen Feuerwehr Olsberg lasen: „Kartoffelbraten beim Löschzug Bigge-Olsberg.“ O wie liebend gern wären wir bei diesem gesellschaftlichen Höhepunkt des Jahres im Hochsauerlandkreis dabei. „Der Löschzug Bigge-Olsberg lädt wieder, wie jeden ersten Sonntag im September, zu seinem traditionellen Feuerwehrfest mit Kartoffelbraten ein.“ Da wird es bestimmt hoch hergehen! Bekommt wie im Film der alte

Ehrenhauptmann zu seinem gefühl 100. Geburtstag eine kleine Axt überreicht? Wird auch die „Miss Feuerwehrball“ gekürt, die im Sauerland sicher „Miss Kartoffelbraten“ heißt? Und selbst wenn die Feuerwehr Olsberg nicht die Puppen tanzen lässt, für das „leibliche Wohl“ ist gesorgt, denn das „Wurstmobil wird die gewohnten Runden drehen und die Gäste an den Tischen mit frisch gebratener Bratwurst verwöhnen.“ Wo ein Wurstmobil ist, da sind wir nicht weit. Ganz nach dem feierlichen Festmotto des heißen Löschzugs Bigge-Olsberg: „Wir kommen zu Ihnen, wenn Sie uns brauchen. Kommen Sie zu uns, wenn wir feiern.“ Sauerland, wir kommen!



Ernst Jordan

Gehupft wie gesprungen

Es muss eine neue Trendsportart sein, zumindest sehe ich es jetzt immer öfter: Springen. Mein Mitbewohner springt als sportliche Betätigung in seinem Zimmer, das spüre und höre ich allerdings mehr, als dass ich es sehe, ich springe deswegen langsam im Quadrat, aber schon die Jüngsten springen auf Spielplätzen umher, um ihre Körper zu stählen.

Auch auf diesen Sportanlagen in Stadtparks wird gern gesprungen, meist auf Bänke. Dabei sind die explizit für das Gegenteil von Springen da, nämlich Sitzen. Am meisten gesprungen wird allerdings immer noch in Fitnessstudios.

Dort ist das Wort Kniebeugen schon seit etlichen Jahren regelrecht verpönt. Sogar „Squats“, unter diesem Namen durften die Kniebeugen nach ungefähr einem Jahr „abroad“ heimlich weiterexistieren, sind längst aus der Work-out-Mode gekommen. Und selbst die Beinpresse taugt höchstens noch als Alternativbegriff für Fußballzeitschriften.

Stattdessen werden besagte Übungen jetzt nicht mehr langsam, sondern explosiv ausgeführt. Eine explosive Kniebeuge kennen wir eben als Springen. Schlecht sieht das gar nicht aus, regelrecht kraftvoll kann es im besten Fall wirken. Einem durchschnittlich trainierten Frosch zumindest würde es ohne Frage die Neidfalten auf die sonst makellos glatte Stirn zeichnen.

Seltsam am neuen Megatrend Springen ist allerdings, dass aus einem erfolgreichen Sprung selten etwas gemacht wird. Einmal oben auf dem üblicherweise genutzten Holzkasten angelangt, verweilen die Springer nicht mal, um sich kurz umzuschauen, die Aussicht zu genießen oder wenigstens nach dem nächsthöheren Ding zu suchen, auf das sie springen können.

Alles hat ein Ende und der Sprung bildet da keine Ausnahme, im Gegenteil, so ein Sprung ist ja schnell gemacht. Logische Folge: Der Abstieg wartet. Nur ist der weder explosiv noch kraftvoll noch Teil des Trends. Denn Runterspringen

ist nur vermeintlich Teil der Springen-Familie, eigentlich gehört es aber zum Genus des Fallens. Fallen würde die Gelenke jedoch zu sehr beanspruchen und beim Springen geht es doch um Gesundheit, darum, fit zu bleiben, sogar bis zum zweiten Frühling, englisch nicht zufällig Spring.

Könnten die Springer immer wieder auf etwas springen, ohne im Anschluss von irgendetwas entwürdigend heruntersteigen zu müssen, sie würden es vermutlich tun. Können sie aber nicht, also quälen sie sich mühsam von ihren Holzkästen, Bänken oder, wenn es hart auf hart kommt, Rücken ihrer Trainingspartner.

So folgt auf jeden noch so stolzen Sprung der leidende Abstieg, wird die eben noch präsenzierte Virilität sogleich dem Spott preisgegeben. Kein Wunder, dass die, die trotzdem springen, meist Männer sind. Frauen springen viel seltener. Höchstens einmal im Monat. Das liegt an der Biologie: Frauen haben von Natur aus nicht so einen großen Sprung.

Abenteuer Amore

Jieper 24: Der Wahrheit-Unterbringwettbewerb

Aufgemerkt, Journalistinnen und Journalisten, Publizistinnen und Publizisten! Die Wahrheit startet auch in diesem Jahr wieder ihren traditionellen Unterbringwettbewerb. Dabei muss ein Nonsenssatz in einer Zeitung, im Radio oder Fernsehen oder im Internet untergebracht werden. Je ernsthafter der Hintergrundtext, desto höher die Gewinnchance. Da 2024 Italien Gastpartner der Frankfurter Buchmesse ist, lautet der Satz in diesem Jahr: „Gießt der Eros Öl ins Feuer, sucht Amore Abenteuer.“ Einsendeschluss ist der 8. Oktober 2024. Senden Sie bitte einen Beleg an die Wahrheit-Redaktion (taz, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin; oder: wahrheit@taz.de). Als Jieper-Preis winkt neben der Ehrenurkunde wie immer eine edle Flasche Brandy der Marke Gran Duque d'Alba. Die Gewinner der „Großen Ente“ werden am Samstag, dem 19. Oktober 2024, um 14 Uhr beim Wahrheitklubtreffen auf der Frankfurter Buchmesse am taz-Stand (Halle 3.1, D94) verkündet. Bisherige Sieger des fantastischen Jieper-Preises sind unter anderem die FAZ, Perry Rhodan, Zitty, die „Lindenstraße“, das Deutschlandradio Kultur, das ARD-Magazin, „Brisant“, die Micky Maus, Radio Bremen, Die Zeit, Radio Paradiso, das Bad-Herrenalb-Magazin und zuletzt das Coburger Tageblatt.



Grafenfoto: taz-Archiv

das wetter

Froße Gahrt

Saylor Twift und Timpfern Wusche waren auf großer Fahrt zu sich selbst und anderen. An der Ecke winkten sie sich eine Taxe heran. Am Steuer saß ein Zwergpilnferd, das ordnungsgemäß angeschnallt war. Saylor Twift und Timpfern Wusche nannten ihr Beförderungsziel am anderen Ende der langgestreckten Millionenstadt am Sobporus. Das würde teuer werden! Als das Taxometer in astronomische Höhen schnellte, öffnete Timpfern Wusche die hintere Wagentür und ließ sich einfach rausplumpsen. Dumm gelaufen für Saylor Twift.

gurke des tages

Amen! Den Segen des obersten Katholenmützentragers hat, wer Migranten gedankenlos zurückweist, passend zum unmenschlichen Zeitgeist. Denn, was lasen wir am unheiligen Mittwoch beim epd? „Papst Franziskus: Es gibt Menschen, die systematisch und mit allen Mitteln versuchen, Migranten abzuwehren. Und das ist, wenn es bewusst geschieht, eine schwere Sünde.“ Ach ja, so wie die befleckte Empfangnis auch schwere Sünde ist? Schweig einfach, Papst!

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefredakteur: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Tel.: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat:
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld |
Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin |
Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck
Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg |
MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 - 16.00 Uhr | Mo. - Fr.
Fax: 030 | 25 902 680

E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär
42,80 €



bundes **talk** 



bundestalk

Die „Übergangsregierung“

Wieder ein Ampelstreit. Diesmal ausgelöst von Grünen-Chef Omid Nouripour, der sich beim Ampel-Bashing sonst zurückhält. Ist die Koalition endgültig am Ende? Darüber diskutiert **Sabine am Orde** mit **Cem-Odos Güler**, **Tobias Schulze** und **Stefan Reinecke**.

Jetzt hören!



59 Schulen in Berlin sind aufgenommen in das nun beginnende Startchancenprogramm
Foto: Jochen Tack/imagio

Neues Jahr, alte Probleme

Schulen kämpfen weiter mit Bildungsqualität, für mehr Schulplätze und gegen Lehrer*innenmangel

Von Uta Schleiermacher

Wenn es nach dem Leiter der Wedding-Schule geht, könnten Schüler*innen seiner Grundschule bald in kleinen „Leseinseln“ und „Waben“ lesen, rechnen oder für sich lernen. Solche Möbel nennt er als Beispiel für Maßnahmen, die er gern aus Geldern des Startchancen-Programms finanzieren würde. Seine Schule ist eine von 59 in Berlin, die in einer ersten Tranche bei dem auf zehn Jahre ausgelegten Bund-Länder-Programm mit mehr Geld für Schulsozialarbeit, Schulbau und Unterrichtsentwicklung mitmacht. Es soll die hohe soziale Ungleichheit in Deutschland verringern. In Berlin sind insgesamt 160 Schulen eingeplant.

„Was genau wir mit den Geldern machen, das wollen wir an der Schule gemeinsam entscheiden“, sagt Schulleiter Lorenzen. Auch die Schüler*innen will er mit ihren Ideen und Wünschen mit einbeziehen. Dabei ist noch nicht klar, wie viel Geld der Wedding-Schule zur Verfügung stehen wird. Lorenz rechnet mit einer Größenordnung von mehr als 100.000 Euro pro Jahr.

Klar ist bereits jetzt, dass die Schule das sogenannte „Leseband“ einführen wird. Das bedeutet, dass alle Kinder 15 bis 20 Minuten pro Tag mit Lesen verbringen und die Lehrer*innen sie dabei unterstützen. Einzelne Schulen in Berlin haben das „Leseband“ bereits erprobt, die Senatsverwaltung für Bildung macht es an den Startchancen-Schulen nun verpflichtend. „Wir setzen das für alle in der fünften Stunde um“, sagt Lorenz. Egal welcher Unterricht, in dieser Zeit würden alle lesen: teils still für sich, teils auch als gegenseitiges Vorlesen in Partnerarbeit.

Außerdem wird es an der Schule eine Fachleitung für Deutsch geben, die Leistungsdaten der Schüler*innen sammeln und überprüfen wird und die Unterrichtsentwicklung vorantreiben soll. Dieser neu geschaffene Posten soll zukünftig an allen Grundschulen für Deutsch und Mathe eingerichtet werden. Die Schulleitungen könne das sehr entlasten, hofft Lorenz.

Für Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) sind die Funktionsstellen und

das Leseband zentrale Maßnahmen, um die Bildungsqualität zu stärken. Das Startchancen-Programm sei dafür „ein zentraler Baustein“. „Jedes Kind sollte die Grundkompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen erreichen“, betont sie am Mittwoch bei einer Pressekonferenz zum neuen Schuljahr in der Wedding-Schule. Folgen soll im Schuljahr 2025/26 das „Leseband“, also die täglichen 20 Minuten Beschäftigung mit Mathematik.

„Bildung war, ist und bleibt für Berlin oberste Priorität“, sagt Günther-Wünsch. Neue Schulplätze schaffen, die Bildungsqualität steigern und den Lehrer*innenmangel bekämpfen – das blieben auch im kommenden Jahr ihre wichtigsten Ziele. Auf dem Weg dahin sieht sie bereits erste Erfolge: „Beim Schulneubau sind wir am Beginn einer Trendwende“, sagt die Senatorin, Tempo und Umfang müssten aber unbedingt beibehalten werden, trotz leerer Kassen. Denn Berlin hat mit mehr als 400.000 Schüler*innen aktuell eine Marke überschritten, die zuletzt vor 25 Jahren so hoch lag. „Und damals hatten wir 100

Schulen mehr als heute“, sagt Günther-Wünsch. „Die Herausforderungen bleiben groß, und die Verantwortung auch.“

In Bezug auf den Lehrer*innenmangel sieht die CDU-Politikerin Erfolge durch die wieder eingeführte und inzwischen beschleunigt durchgeführte Verbeamtung. Um Seiteneinsteiger*innen eine Perspektive zu bieten, will die Senatorin es diesen ermöglichen, sich auch nur mit einem Schulfach zur vollwertigen Lehrkraft weiterzubilden. Bisher war das nur mit zwei Fächern möglich, eine Diplom-Biologin hätte dann ein zweites Fach nachstudieren müssen. „Wir wollen auch diese Menschen im System halten“, sagt Günther-Wünsch.

Mit einem Runden Tisch aus Verwaltung und Schulleiter*innen will die Senatorin außerdem Ideen erarbeiten, wie Lehrer*innen zukünftig besser auf die Schulen aufgeteilt werden können. Die Unterschiede sind teils sehr groß: Während einige Schulen alle Stellen besetzt haben, haben andere große Lücken, und auch die Anteile an voll ausgebildeten Lehrer*innen klaffen teils stark auseinander.

Bisherige Steuerungsinstrumente hatte Günther-Wünsch im vergangenen Jahr aufgehoben. Dies begrüßte der Vorsitzende des Landeselternausschusses, Norman Heise. „Das ist ein Prozess, den sie wohl durchleben musste, es geht aber nicht ohne Steuerung“, sagte er, und dass das ein wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit sei. Sorgen hingegen bereitete ihm die Haushaltslage sowie die Diskussion um das kostenlose Schulesen und abgesenkte Standards beim Schulbau.

Die Linke, die Grünen und die GEW kritisierten, dass die Senatorin den Lehrer*innenmangel schönrechnen würde. Anstatt 690 von der Senatorin genannten Vollzeitstellen würden rund 1.500 fehlen, erklärten Grüne und Linke. Außerdem merkten sie kritisch an, dass der Anteil der Lehrer*innen ohne Lehramtsausbildung weiter gestiegen sei. Günther-Wünsch wies diesen Vorwurf zurück: Die Vorgängerkoalition habe den Bedarf unermesslich gesteigert und dadurch ein „schwarzes Loch“ erzeugt. „Wir müssen mit den Lehrer*innen arbeiten, die wir haben“, sagte sie.

Volle Klassen

Schulstart Am Montag beginnt in Berlin das neue Schuljahr. Nach vorläufigen Daten der Bildungsverwaltung lernen an den allgemeinbildenden Schulen nach Ende der Sommerferien etwa 404.000 Schüler*innen und damit rund 7.000 mehr als im vergangenen Jahr. So viele waren es zuletzt vor 25 Jahren.

Einschulung Die Zahl der Schulanfänger*innen ist dabei in etwa so hoch wie im Vorjahr: Rund 37.000 Erstklässler*innen werden am 9. September eingeschult – eine Woche nach dem allgemeinen Schulstart.

Schulplätze Laut Verwaltung fehlen aktuell rund 27.000 Schulplätze und knapp 700 Vollzeitlehrer*innen. Konkret heißt das: Die Schulen werden sehr voll. (uschi)

Luisa Faust übers Schwitzen in der U-Bahn

Am heißesten Ort Berlins

Wer schon mal an einem Nachmittag im August in einer vollen Berliner U-Bahn einen Platz am Kipfenster erkämpft hat, weiß, wie wohlthuend Fahrtwind sein kann. Schweißperlen auf der Stirn trocknet er mühelos, überdeckt dabei noch den Geruch der Mitfahrenden durch den unverwechselbaren U-Bahn-Duft nach Schleifkohle und Holzschwellen.

Im Sommer kämpfen Berliner*innen nicht nur mit den üblichen Herausforderungen des U-Bahn-Fahrens – Ausfälle, Verspätungen, erratische Zeitanzeigen am Bahnsteig –, sondern auch mit der Hitze. Denn in den U-Bahnen übersteigt die Temperatur am Nachmittag oft die Außentemperatur. Das liegt laut BVG zum einen an den Fahrgästen, die ihre eigene Körperwärme in die Waggons strahlen. Dazu kommt auf Außenstrecken auch noch der Wärmeeintrag durch die Sonnenstrahlung.

Klimaanlagen gibt es nicht, auch nicht in der neuesten U-Bahn-Generation, die erst in diesem Jahr bei der BVG eingetroffen ist und mindestens bis Mitte 2050 im Einsatz bleiben soll. In Berlin wird also noch lange geschwitzt, Tendenz steigend, denn der Klimawandel bringt immer mehr Hitzetage über 30 Grad. Die Hauptstadt ist der Ort, der bundesweit die meisten davon aufzuweisen hat.

Laut BVG kann sich aber an der U-Bahn-Hitze gar nichts ändern. Denn Klimaanlagen bräuchten viel Raum, üblicherweise werden sie bei Bahnen auf dem Dach angebracht. Viele der Berliner U-Bahn-Tunnel wurden allerdings Anfang des 20. Jahrhunderts gebaut, sie sind sehr schmal. Die U-Bahn-Züge sind genau an die Tunnel angepasst, es bleiben nur wenige Zentimeter in alle Richtungen und für einen Aufbau nach oben ist kein Platz. Zudem würden die engen Tunnel durch die Abwärme der Klimaanlagen viel zu stark erhitzt.

Die BVG weist auch darauf hin, dass die Klimaanlagen in den U-Bahnen besonders viel Energie verbrauchen würden, weil die Türen sich hier ungefähr minütlich öffnen und immer wieder warme Luft reinkommt. Mit Klimaanlagen würden die Bahnen rund 30 Prozent mehr Energie verbrauchen, das sei nicht wirtschaftlich und außerdem umweltschädlich.

Die BVG tröstet U-Bahn-Fahrende damit, dass die U-Bahnen durch die Kipfenster immerhin sehr gut belüftet seien. Mit geöffneten Fenstern helfen sich auch U-Bahn-Fahrer*innen an ihrem Arbeitsplatz. An besonders heißen Tagen verteilt die BVG auch wo möglich gekühlte Getränke an ihre Arbeitnehmer*innen. Profis empfehlen außerdem Kühltücher, Fächer oder automatische Handventilatoren. Wem das nicht reicht, dem hilft wohl nur Bus fahren – anders als die Fahrpläne sind hier die Klimaanlagen zumindest einigermaßen zuverlässig.

Anzeige

Staatliche Museen zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz

Y

**Sommer
Kino**

→ Kulturforum am
Potsdamer Platz

taz Tickets und Programm yorck.de

Obdachlose müssen warten

Geplante 24/7-Unterkunft in weiter Ferne. Unterbringung soll künftig zentral geregelt werden

Von Marie Frank

Die geplante 24/7-Unterkunft für Obdachlose wird in absehbarer Zeit nicht kommen. Das geht aus einer unveröffentlichten Antwort der Senatssozialverwaltung auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Taylan Kurt hervor, die der taz vorliegt. Demnach wurde bislang weder ein Betreiber noch ein Objekt ausgewählt. Grund sei, dass sich die Förderrichtlinie für 24/7-Unterkünfte noch im Abstimmungsprozess mit der Senatsfinanzverwaltung und dem Rechnungshof befinde.

„Während der Senat nicht zu Pote kommt, müssen obdachlose Menschen weiter warten“, kritisiert der sozialpolitische Sprecher der Grünen, Taylan Kurt. Die 2,4 Millionen Euro für die Unterkunft seien zwar da, könnten aber nicht abgerufen werden. „Da die Finanzverwaltung blockiert, steckt die Sozialverwaltung fest – der Prozess wird bewusst verschleppt.“ Kurt fordert, die dringend benötigte Unterkunft – die erste in Berlin für obdachlose Rollstuhlfahrende – schnellstmöglich zu eröffnen, bevor die Gelder verfallen.

Im November war in Mitte eine von zwei 24/7-Notunterkünften für Obdachlose in Berlin geschlossen worden. Die geplante Ersatzunterkunft wurde vom Vermieter einen Tag vor Vertragsunterzeichnung unerwartet abgesagt. Die einzig andere 24/7-Unterkunft befindet sich in Kreuzberg, ist aber nur für obdachlose Frauen.

„Der Prozess wird bewusst verschleppt“

Taylan Kurt (Grüne)

Der schwarz-rote Senat plant, die Unterbringung von Obdachlosen künftig nicht mehr durch die Bezirke, sondern zentral über das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) zu regeln. Wie die *Morgenpost* berichtet, soll die Behörde in Landesamt für Geflüchtete und Unterkünfte (Lagu) umbenannt und umstrukturiert und vergrößert werden. Der entsprechende Gesetzesentwurf der Senatssozialverwaltung zur Umsetzung der gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung (GSTU) soll noch in diesem Jahr an das Abgeordnetenhaus übergeben werden.

Die GSTU ist noch ein Vorhaben der rot-rot-grünen Vorgängerregierung. Dadurch soll das Zuständigkeitswirrwarr zwischen Land und Bezirken bei der Unterbringung beendet und die Qualität der Unterbringung durch einheitliche Standards verbessert werden. Bislang sind die Bezirke zuständig für die Unterbringung von Wohnungslosen, und das Land – also das LAF – für die Unterbringung von Geflüchteten. Nach Abschluss ihres Asylverfahrens müssen die Menschen aus den Flüchtlingsunterkünften ausziehen und vom Bezirk untergebracht werden – theoretisch. In der Praxis gibt es weder ausreichend Wohnungen noch Heimplätze, weshalb die „Statusgewandelten“ in den Flüchtlingsheimen bleiben – rund 10.000 Menschen.



Die Alternative zur App ist die Rückkehr zum alten Berlin Pass Foto: Britta Pedersen/picture alliance

Armutsnachweise, bitte!

Eine App sollte das Fahren mit Sozialticket erleichtern. Doch nun scheitert sie am Datenschutz. Eine Lösung ist nicht in Sicht

Von Susanne Memarnia

Fast ein Jahr lang schon macht es Ärger – und eine Lösung für das Sozialticket ist weiter nicht in Sicht. Einig ist man sich in der Koalition offenbar nur darüber, dass es mit der geplanten App nichts wird. Sie sollte es den Beziehern von Sozialleistungen einfach machen, mit dem vergünstigten 9-Euro-Monatsticket zu fahren. „Aber das ist datenschutzrechtlich unmöglich, sagen Bundes- und Landesdatenschutzbeauftragte unisono“, erklärt der SPD-Sozialpolitiker Lars Düsterhöft.

Die aktuelle Übergangslösung könnte dauerhaft bleiben: Sozialticket-Nutzer müssen bei BVG-Kontrollen zusätzlich einen Leistungsbescheid ihrer Behörde vorzeigen. Die einzige Alternative wäre die Rückkehr zum alten Berlin Pass. Das will aber laut Düsterhöft der Koalitionspartner CDU nicht. In gewisser Hinsicht sei dies auch verständlich: „Schon so ist das Ziel, dass jeder binnen 14 Tagen einen Termin beim Bürgeramt bekommt, nicht einzuhalten.“

Die Diskussion im Senat sei noch nicht abgeschlossen, so ein Sprecher der Sozialverwaltung zur taz. Die App ist vermutlich datenschutzrechtlich nicht umsetzbar und der Berlin Pass noch nicht vollständig ausgeschlossen, da auch andere Ämter für die Ausstellung in Betracht kämen.

Der Berlin Pass wurde Anfang 2023 eingestellt, um die Bürgerämter zu entlasten und die Verwaltung zu digitalisieren. Stattdessen sollten So-

zialeistungsempfänger automatisch einen Berechtigungsnachweis erhalten, um eine VBB Kundenkarte S zu beantragen. Das Sozialticket ist nur mit dieser Karte gültig, um Betrug vorzubeugen.

Viele Ämter kamen allerdings mit dem Verschicken dieses Berechtigungsnachweises nicht hinterher, Betroffene warteten teils Monate darauf. Andere scheiterten an der zunächst nur digital möglichen Beantragung der Kundenkarte S bei der BVG. So kam es, dass viele Menschen notgedrungen schwarzfahren.

Fast 5.000 Strafen im Zusammenhang mit dem Sozialticket dieses Jahr

Das wurde auch nicht besser, als im Oktober 2023 die bis heute geltende Übergangslösung eingeführt wurde, wonach ein Nachweis, dass man Leistungen von einer Sozialbehörde erhält, ausreicht. Insgesamt bekamen bis Jahresende mindestens 10.000 Menschen bei Kontrollen ein „erhöhtes Beförderungsentgelt“ (EBE) von 60 Euro aufgebremst.

Ende Februar dieses Jahres einigten sich dann BVG und Senat auf die App, die bis Jahresende entwickelt werden sollte. Auch für Menschen, die nicht digital unterwegs sind, werde man eine Lösung finden, verkündeten BVG-

Chef Henrik Falk und Sozialstaatssekretär Aziz Bozkurt (SPD) im Sozialausschuss. Das alles ist nun obsolet.

Wie sich zeigt, hat es wohl auch keine richtige Lösung für die vielen Menschen gegeben, die unverschuldet EBEs kassiert haben. Im Winter hatten Politiker und Initiativen gefordert, dass den Betroffenen die 60 Euro rückwirkend erlassen werden. Nun erfuhr die taz von der im Schillerkiez angesiedelten „Bewegung 9 Euro Ticket“, dass eine Person zwei Rechtstitel bekommen habe – sie hatte drei EBE bekommen, weil ihr der Nachweis zum Sozialticket fehlte, diese dann aber nicht bezahlt. „Schlimmstenfalls droht eine Ersatzfreiheitsstrafe“, so die Initiative.

Wie viele weitere Menschen das betrifft, ist unklar. Die BVG erklärte, vom 1. März bis zum 15. August dieses Jahres seien 4.890 erhöhte Beförderungsentgelte im Zusammenhang mit einem Sozialticket ausgestellt worden. Die Sozialticket-Fälle würden kulant geprüft und, wo möglich, entsprechend gehandelt.

Aber was heißt das? Aus der Sozialverwaltung erfuhr die taz, man habe sich seinerzeit mit der BVG geeinigt, dass Menschen, die nachweislich die 60 Euro nicht zahlen könnten, nur eine „Verwaltungsgebühr“ von 7 Euro zahlen müssten – aber dies sei nicht nach außen kommuniziert worden, damit nicht „tausende ankommen“. Bei der BVG heißt es, bereits eingeleitete EBE-Verfahren „pauschal und ungeprüft einzustellen“, sei tarifrechtlich nicht möglich.

Berliner Polizei

Kriminelle Polizeibeamte

Die Wohnungen von elf Berliner Polizisten sind von der Kriminalpolizei durchsucht worden, weil sie im Verdacht stehen, einen Kollegen als möglichen Dieb geschützt zu haben. Im Dezember 2021 wurden einem Polizisten in einer Wache in Berlin-Kreuzberg aus seinem Dienstschränk Goldmünzen im Wert von 600 Euro gestohlen, wie die Polizei mitteilte. Der Leiter der Dienststelle stellte gegenüber allen dortigen Polizisten fest, dass der Diebstahl wegen fehlender anderer Spuren nur intern, also von einem anderen Polizisten, begangen worden sein konnte. Unter Verdacht stehen jetzt insgesamt zwölf Polizisten, weil sie damals einen bestimmten Kollegen wegen dessen bekannter Spielsucht im Verdacht gehabt sollen – dies aber nicht gemeldet und keine Anzeige erstattet haben, „da sie die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen ihn vermeiden wollten.“ (dpa)

Ausstellung

„Kinder im Exil“ in der Fasanenstraße

Die Berliner Akademie der Künste (AdK) zeigt von 6. September an eine Ausstellung über „Kinder im Exil“. Die in der Werkstatt Exilmuseum in der Fasanenstraße präsentierte Schau richtet den Blick auf die Flucht- und Exilerfahrungen der Kinder von Künstlerinnen und Künstlern wie Walter Benjamin, Bertolt Brecht und Helene Weigel, Anna Seghers, Alfred Kerr oder George Grosz, teilte die Akademie am Mittwoch in Berlin mit. Erzählt werde die Geschichte der Kinder in neun Kapiteln anhand der Exilländer Tschechoslowakei, Schweiz, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Palästina, Sowjetunion, USA und Mexiko. Zu sehen seien Faksimiles von Fotos, Briefen und Werkmanuskripten aus dem Akademie-Archiv, insbesondere aus Nachlässen von Künstlerinnen und Künstlern, die vor dem NS-Regime ins Ausland flohen. (epd)

Anzeigen



Spiegelneuronen von Stefan Kaegi
Sasha Waltz & Guests mit Rimini Protokoll

29.08.2024
30.08.2024
31.08.2024
01.09.2024

radialsystem.de

Stagnierende Staus

Die Verkehrsverwaltung liefert Zahlen zu Verkehrsstaus in den Berliner Bezirken – und ein Straßenranking

Von Claudius Prüßer

Der Stau ist ein amorphes Wesen: Die gefürchteten Autoschlängen variieren stark in Länge und Dauer, mal sind sie hartnäckig, mal lösen sie sich unverhofft wieder auf. Der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen-Fraktion ist nun zumindest zu entnehmen, welche zehn Berliner Straßenabschnitte seit Ende 2020 am stauanfälligsten waren.

An erster Stelle des Berliner Stau-Rankings steht die Frankfurter Allee (genauer: stadteinwärts, zwischen dem Bahnhof Lichtenberg und dem Strausberger Platz), es folgen die Karl-Marx-Straße in Neukölln (beidseitig und auf ganzer Länge) sowie der komplette Straßenzug Mehringdamm-Tempelhofer Damm. Des Weiteren staut es sich oft und ausgiebig auf der Schlesischen Straße, der Prenzlauer Promenade, der Frankfurter Allee (diesmal stadtauswärts), der Treskowallee und der B96a – nämlich

auf dem Abschnitt zwischen Bersarinplatz und Treptower Park.

Als Gründe nennt die Senatsverkehrsverwaltung neben allgemeiner Überlastung der Straßenkapazität geplante und nach Havarien spontan eingerichtete Baustellen, Unfälle und Sperrungen wegen Demonstrationen oder Veranstaltungen. Das entsprechende Datenarchiv gibt es allerdings erst seit Dezember 2020. Erhoben werden die Staus aus „GPS-basierten Floating-Car-Daten“, die freilich nur eine Einschätzung der tatsächlichen Geschwindigkeit auf einem Streckenabschnitt liefern.

Gleichmäßiges Bild

Über die verschiedenen Bezirke hinweg zeigt sich dabei ein relativ gleichmäßiges Bild bei der Veränderung der Zahlen. Einen Ausreißer gab es im Bezirk Mitte zwischen 2021 und 2022: Hier sank die Zahl der Staukilometer von 34.000 auf 10.000, um dann wieder leicht auf 15.000 anzusteigen. In Be-

zug auf die Bezirksgröße bzw. den Umfang des jeweiligen Straßennetzes wird deutlich, dass die innerstädtischen Bezirke wie Friedrichshain-Kreuzberg besonders belastet sind, während der Verkehr in Spandau oder Reinickendorf deutlich ungestörter fließt.

Die Verwaltung liefert auch Angaben in „Staukilometern“: Erstere summierten sich über alle Bezirke 2021 auf 140.000 km, dieser Wert sank 2022 auf 106.000 km und stieg 2023 wieder auf 117.000 km an. Im ersten Halbjahr 2024 waren es 58.000 km, was hochgerechnet auf eine Stagnation hindeutet. Bei den „Stautunden“ sieht die Entwicklung ganz ähnlich aus. Allerdings sind die innerstädtischen Bundesautobahnen in diesen Zahlen nicht enthalten. Nach eigenen Zählungen des ADAC hatte es hier im Jahr 2022 rund 25.500 Stau meldungen gegeben, 2023 waren es dagegen nur noch rund 18.000 – die Stautunden auf der Autobahn stiegen allerdings im selben Zeitraum von 15.000 auf 16.500 an.

Gedenken ist Handarbeit

Die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e. V. setzt sich jährlich selbstorganisiert für ein würdiges Gedenken an das ehemalige Jugendkonzentrationslager ein

Aus der Uckermark
Martha Blumenthaler

Im Brandenburger Hinterland in einem Wald unweit von Fürstenberg an der Havel läuft über eine Bluetooth-Box der 2000er Hit „Daylight in Your Eyes“. Steine werden zur Musik von No Angles von einer Menschengruppe bemalt, die zwischen Handschuhen, Pinsel und Werkzeugen am Wegesrand sitzt. Bereits rot bemalte Steine markieren einen Weg. Die Steine, ein mit blauer Farbe auf den Teer gesprühter Wegweiser und Schilder mit der Aufschrift „Zugang Erwünscht“ verweisen am Rande des Kopenhagen Radwegs auf das ehemalige Jugendkonzentrationslager Uckermark.

„Wir nennen es verleugnetes Lager“, erklärt Jascha Bertram (Name von der Redaktion geändert) während sie eine drei Meter hohe Holzkonstruktion mit Lack bestreicht. Diese Verleugnung liege laut Bertram an den Gründen, weshalb die Menschen im Jugendkonzentrationslager Uckermark im NS inhaftiert waren. Die von den Nazis als „Asoziale“, „Kriminelle“ und „Berufsverbrecher“ Verfolgten wurden lange nicht als Opfergruppe anerkannt und nach Kriegsende herrschte in der Gesamtgesellschaft häufig die Auffassung, dass sie zu Recht eingesperrt worden seien. „Die Ausgrenzung ging also weiter. Auch später hatten die Menschen einfach keine Lobby. Es waren viele Menschen in dem Lager, die erwerbslos waren, wohnungslos, krank und arm. Die haben auch heute keine Lobby“, fasst Jascha Bertram zusammen.

Sie ist seit 2005 bei der Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e. V., die zum Ziel hat, einen würdigen Gedenkort an das Jugendkonzentrationslager und den späteren Vernichtungsort Uckermark zu schaffen. 1997 wurden dafür die ersten antifaschistischen und feministischen Bau- und Begegnungstage abgehalten. Seit 2001 finden sie jährlich mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten statt. Auch dieses Jahr kamen FLINTA (Frauen, Lesben, intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen) aus ganz Deutschland und Österreich vom 19. bis 28. August auf dem Gelände des ehemaligen KZs zusammen, um den Gedenkort zu pflegen, instand zu halten und weiterzuentwickeln. „Die praktische Arbeit am Ort und die gleichzeitige Auseinandersetzung damit, was das für ein Ort war und welche Menschen hier inhaftiert waren, wird kombiniert“, so Bertram.

Ab 1942 haben die Nazis Mädchen und junge Frauen im Alter von 16 bis 21 Jahren in das Konzentrationslager, das sich in unmittelbarer Nähe des Frauenkonzentra-



tionslagers Ravensbrück befand, gebracht. Bis 1945 waren ungefähr 1.200 Mädchen und junge Frauen unter verheerenden Bedingungen inhaftiert, sie wurden gequält und mussten Zwangsarbeit verrichten. Die im Nationalsozialismus als „Jugendschutzlager“ bezeichneten KZs für Jugendliche, standen im engen Zusammenhang mit den sogenannten Fürsorgeeinrichtungen. Von dort wurden vermeintlich „un-erziehbare“ Jugendliche teilweise direkt ins Lager gebracht. „Die sogenannte sexuelle oder sittliche Verwahrlosung hat nur Frauen beziehungsweise Frauen* betroffen, auch überwiegend junge Frauen. Das gab es für Männer nicht.“ So leitet Jascha Bertram den feministischen Fokus der Bautage und der Initiative aus der genderspezifischen Verfolgung ab, von der der Gedenkort zeugt.

„Es geht darum, dass das, was die Initiative geschaffen hat nicht wieder komplett überwuchert wird. Deswegen haben wir viel wieder freigelegt und den historischen Ort gepflegt“, sagt eine Teilnehmer*in, die zum ersten Mal bei den Bautage-

gen mitmacht. Einer der mit Steinen markierten Wege führt mitten im Wald, an einem Hochsitz vorbei zur Havel.

Dort hat die Initiative in einer Bucht ein Schild aufgestellt mit einem Zitat der Überlebenden Maria Potrzeba: „Die Natur hat alles zu wachsen lassen; ich fand nur noch den Steg wo Siemens die Schiffe an der Havel beladen hat.“ Ob sich der Steg dort befand, wo das Schild steht, weiß die Initiative nicht. Der Ort sei dennoch eine sinnvolle Stelle, um mit dem Boot zum Gedenkort zu gelangen. Ab und zu fährt zwar ein Motorboot vorbei, aber keins von ihnen hält an.

Das ehemalige KZ Gelände scheint sich ewig zu erstrecken. An manchen Stellen verweisen rot angemalte Pfähle in der Erde darauf, was dort, wo heute Sträucher und Bäume wachsen, einmal war. An anderen gibt es Tafeln mit Informationstexten und den Geschichten der Überlebenden.

„Wir wissen jetzt mehr, oder wir denken, dass wir jetzt mehr wissen“, sagt Jascha Bertram, wenn

man sie fragt, wie sich die Arbeit der Initiative über die Jahre verändert hat. Es habe viele Diskussionen darüber gegeben, wie das Gelände gestaltet werden sollte „ohne, dass wir jedes Mal, wenn wir ein neues Zitat oder eine neue Information finden, ein Schild machen und dann irgendwann einen Schilderwald stehen haben.“

„Die sogenannte sexuelle Verwahrlosung hat nur Frauen betroffen“

Jascha Bertram von der Initiative

Das Gedenken offen zu gestalten, macht die Arbeit des selbst organisierten Netzwerkes aus. Dadurch unterscheidet sich der Gedenkort in der Uckermark von institutionalisierten Gedenkstätten. Das Konzept des „offenen Gedenkens“ illustriert Bertram,

die mal lackiert, mal Werkzeuge einsammelt, an einer Anekdote. „Kürzlich war eine Jugendgruppe da, die vorher in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück war.“

Eine Person aus der Gruppe war schon völlig gesättigt von den ganzen Informationen. Die Person hat dann hier, ein Schild repariert und noch ein bisschen Grünzeug weg gemacht. Das war eine Art sich dem Ort zu nähern.“

Es wird geklatscht und gejubelt als sich die gesamte Gruppe zum Abschlussrundgang versammelt. Die einzelnen Projekte, an denen die Teilnehmer*innen 10 Tage gearbeitet haben, werden vorgestellt. Freigelegte Flächen, Wege und selbst gebaute Drahtfiguren werden präsentiert. Dort, wo gerade ein Holzgestell steht, soll schon bald eine mit Solar betriebene Soundbox eingelassen werden. Über den Inhalt müsse man sich noch abstimmen, aber eine wasserdichte Lösung für ein Audioangebot unter freiem Himmel haben die diesjährigen Teilnehmer*innen erst einmal gefunden.

Gedenkstein an die Opfer des Jugend KZs in der Uckermark
Foto: Martha Blumenthaler

was macht die bewegung?



AfD aus der Platte jagen

Das Rezept der AfD ist so simpel wie effektiv: Sie trichtert ausgebeuteten Menschen ein, dass die sozialen Probleme in diesem Land nicht an kapitalistischer Ausbeutung oder Ungleichheit, sondern ausgerechnet an denen liegen, die hier Schutz suchen. Diese Propaganda will die AfD am Donnerstag auch in

Hohenschönhausen verbreiten – wogegen eine Gegenkundgebung klarmacht: „Das Problem sind nicht unsere neuen Nachbar:innen! Das Problem ist die AfD!“

Donnerstag, 29. August, Prerower Platz, 17:30 Uhr

Werbterror sabotieren

Werbung enthält versteckte Botschaften. Die Bundeswehr etwa verführt junge Leute mit Technik und Abenteuer, damit sie sich bereit erklären, fürs Vaterland zu verrecken. Diese Botschaften explizit zu machen und sich den öffentli-

chen Raum zurückzuholen, ist die Mission von Adbusting. Ein Workshop befasst sich mit der gesellschaftlichen Funktion von Werbung und warum Behörden Adbusting für so gefährlich halten, dass sich sogar das Terrorabwehrzentrum damit beschäftigt. Es geht auch um Geschichte und Praxis dieser Form der Kommunikationsguerilla.

Donnerstag, 29. August, B-Lage, Mareschstr. 1, 19 Uhr

Das SEZ verteidigen

Der einstige Stolz der DDR, das Sport- und Erholungszentrum (SEZ) im Prenzlauer Berg, ist be-

droht. Der Senat will das stadtschichtlich wertvolle Gebäude abreißen, um Platz für Wohnungen zu machen. Die Initiative „SEZ für alle!“ fordert dagegen – auch aus ökologischen Gründen – eine Sanierung für dringend benötigte innerstädtische Sport- und Erholungseinrichtungen. Nach der Demo gibt es eine Menschenkette und einen Protestrave.

Sonntag, 1. September, Danziger Str./Landsberger Alle, 15 Uhr

Vom Feld lernen

Um effektive Formen, sich zu wehren, geht's bei der Veranstal-

tung 15 Jahre Squat Tempelhof – 6.000 Menschen gegen einen Zaun. Geschwelgt wird in Erinnerungen an den 20. Juni 2009, als mehrere Tausend Menschen sich gegen die Luxusbebauung des Tempelhofer Felds zur Wehr setzten. Ziel dabei ist, sich inspirieren zu lassen, wie sich heute etwa gegen die geplante nächtliche Schließung des Görlis zur Wehr gesetzt werden kann.

Montag, 2. September, Lauseria, Lausitzer Str. 10, 20 Uhr

Jeder Euro zählt

Gleiches Geld für gleiche Arbeit? Nicht so der Vibe des Berliner

Senats. Der entscheidet scheinbar willkürlich, wer die Hauptstadtzulage – 150 Euro monatlich – erhält und wer nicht. Laut Verdi werden 100.000 Beschäftigte ausgeschlossen, weil sie etwa für freie Träger und nicht direkt fürs Land arbeiten. Eine Protestaktion will das Berliner Hoffest stören, wo Vertreter:innen von Politik und Wirtschaft an dem Tag ihre Interessen koordinieren. Keine Einladung? Kein Problem! Die Beschäftigten kommen trotzdem, um die Zulage für alle zu fordern.

Dienstag, 3. September, Neptunbrunnen am Alex, 17:30 Uhr

berliner szenen

Picknick mit vielen Büchern

W, R. und ich machen einen Ausflug. Vom S-Bahnhof Hermsdorf aus kommend wollen wir am Waldsee baden und picknicken. So der Plan. Auf dem Weg dorthin fängt es an zu regnen. Wir kehren erst einmal um und landen auf einem kleinen Platz am S-Bahnhof Hermsdorf. Der Platz ist von Bänken gesäumt, in der Mitte eine alte Telefonzelle, die mit Büchern gefüllt ist. W. findet einen Roman von Marten T'Haart, den ich sehr mag, und ich einen Erzählband von Gabriele Wohmann. „Aber dürfen wir das einfach mitnehmen? Eigentlich braucht man doch ein Tauschbuch, oder nicht?“, fragt W., da steht hinter uns ein Mann mit Brille, der vorher auf einer der Bänke saß und gelesen hat.

„Sie dürfen alles“, sagt er. „Jetzt mitnehmen, später austauschen. Wie Sie möchten.“ Er lächelt. Herr P. ist der Erfinder der BücherboXX. Er hält eine Ausgabe des „Hobbits“ unter dem Arm und erzählt uns, dass es inzwischen 80 BücherboXXen in Berlin gibt. „Einmal gab es hier einen Band mit Erzählungen von Patricia Highsmith, ich schlage auf und was sehe ich? Das war eine von ihr höchstpersönlich signierte Ausgabe.“ Er strahlt. „Na, die habe ich gleich gesichert.“ Er macht eine einholende Geste.

Ich packe inzwischen den Picknickkorb aus. Wir haben Apfelkuchen und Melone und Herr P. nimmt auch gern ein Stück. Wir essen also gemeinsam Melone und Kuchen im Nieselregen auf der roten Bank und Herr P. zeigt mir Fotos von seinen soliden Bücherregalen zu Hause. „Aus Ahorn, da kann nichts umfallen. Ich war mal Buchhändler und jetzt mache ich ehrenamtlich, was mir Spaß macht. Ich lese und komme mit vielen unterschiedlichen Menschen ins Gespräch. Etwas Schöneres kann es nicht geben.“ Ich nicke. Herr P. strahlt und ich bin froh, dass wir an seiner BücherboXX gelandet sind. Wir hätten sonst etwas verpasst. *IsobelMarkus*

verweis

Abschied von den Berlin Beats

Die zweite Saison der Open-Air-DJ-Reihe „Berlin Beats“ vor dem Hamburger Bahnhof endet heute mit einem Set des Musikers, Produzenten und Medienkünstlers Orson Sieverding. Seine Auswahl ist unverkennbar geprägt von Dub, vom Rhythmus, Bass und Sound der Soundsysteme Londons und ihrer karibischen Einflüsse. Versiert in allen Tempi und mit großer Hingabe schickt er sein Publikum auf die Reise von den tiefsten Frequenzen zu den höchsten Höhen. Der Eintritt zu den Veranstaltungen „Berlin Beats“ ist frei, keine Anmeldung nötig. Das Restaurant im Hamburger Bahnhof bietet ein wechselndes Streetfood- und Getränkeangebot im Garten. 19 bis 22 Uhr.

Figurinen fürs Laufband: George Grosz, „Offizier“, 1927, angefertigt für die Inszenierung „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk“ an der Piscatorbühne, Berlin 1928, Foto: © Estate of George Grosz, Princeton, N.J./VG Bild-Kunst, Bonn 2024



Sein Herz ist eine Schreibmaschine

Tout Berlin kam 1928 zur Premiere: Das Kleine Grosz Museum stellt die Zusammenarbeit von Georg Grosz, Bertolt Brecht und Erwin Piscator in den 1920er Jahren in den Fokus einer Ausstellung

Von Katja Kollmann

„Gefährte glücklicher Zeiten! Seit einigen Monaten haust Dein Freund in einem strohgedeckten Hause auf einer Insel mit einem alten Radiokasten: Wie so manchen Andern hat auch ihn der Zorn des Volkes hinweggespült. Vorüber sind die Zeiten der Asphaltliteratur“, schreibt Bertolt Brecht im Mai 1934 aus Dänemark an seinen guten Freund George Grosz. Der revanchiert sich mit einer Postkarte aus Downtown Manhattan. 1927 hatte Grosz, der unerbittliche Gesellschaftssezierer, den coolen Literaturstar ironisch-liebevoll in einer Karikatur verewigt: Brechts Herz ist eine Schreibmaschine, aus der Blitze fahren, und an der Angel, die er auswirft, hängen als Köder Hammer und Sichel.

Das Kleine Grosz Museum in Schöneberg zeigt Postkarte und Zeichnung in der Ausstellung „Was sind das für Zeiten? Grosz, Brecht & Piscator“. Im

Fokus steht die Zusammenarbeit der drei bei der Inszenierung „Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk“ an der Piscator-Bühne am Nollendorfplatz. 1927/28 hatte George Grosz dafür hunderte Zeichnungen angefertigt, die sich an der Bühnenrückwand zeichentrickhaft zusammensetzten. In der Ausstellung wird das Verfahren am „Paragrafenbaum“ demonstriert. Dadurch, dass sich das Bild schrittweise „weiterentwickelt“, gelingt es, politische Entwicklungen in eine bildliche Metapher zu überführen. Konkret wird hier die Rolle der Justiz während des Ersten Weltkriegs exemplarisch vorgeführt.

In der Ausstellung ist die „Paragrafenbaum-Skizze“ mit einer Drei-Phasen-Einteilung zu sehen – und Grosz' Kommentar: „Freiheit ist ein bürgerlicher Vorteil.“ Brecht machte sich zusammen mit Piscators engem Mitarbeiter Felix Gasbarra und Leo Lania an die Dramatisierung von Jaroslav Hašeks Schelmen-

roman, in dem Schwejk, ein junger Mann, der zum Kriegsdienst eingezogen werden soll, das System aber mit seinen eigenen Waffen schlägt. Extrem innovativ sind die Bühnenmittel, die in der Inszenierung zum Einsatz kommen: Film, Grosz' Bildentwicklungen und zwei Laufbänder, die Figurinen und SchauspielerInnen von der Seitenbühne auf die Bühne transportieren. Eine Konstruktionszeichnung von Piscators technischem Mitarbeiter Julius Richter, die sich der Regisseur Ulrich Rasche als bekennender Laufband-Fan bestimmt schon auf Zimmerhöhe vergrößert hat, liegt neben einem Szenenfoto, in dem der österreichische Schauspielstar Max Pallenberg als Schwejk seinem Offizier, einer menschengroßen Karikatur, entgegenkommt. Dass Menschen und Puppen mechanisch bewegt werden, vermittelt das Foto gut, weil es wie ein Stillleben wirkt.

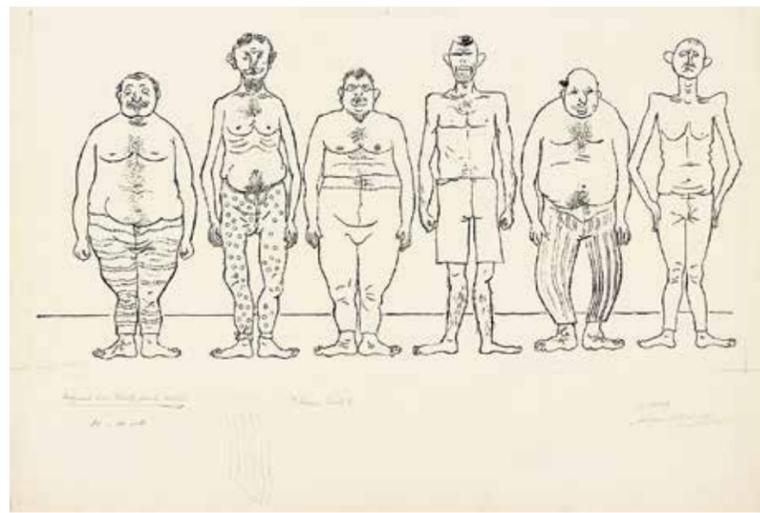
Tout Berlin ist Ende Januar 1928 bei der Premiere, alle Folgevorstellungen sind ausverkauft. Max Pallenberg geht als genialer Schwejk-Darsteller in die Theatergeschichte ein. Erwin Piscator errichtet sich mit dieser Inszenierung langfristig ein Denkmal als Revolutionär für Bühnenbild und Bühnentechnik. Grosz' Zeichnungen entlarven das kriegstreiberische, menschenverachtende System, das den Ersten Weltkrieg möglich machte, in seiner Essenz. Sie benennen Justiz und Militär als Hauptstützen der Kriegsmaschinerie. Wieland Herzfelde gibt im Malik-Verlag die Mappe „Hintergrund – 17 Zeichnungen von George Grosz zur Auf-führung des ‚Schwejk‘ in der

Piscator-Bühne“ heraus. Zehn Jahre nach dem Ersten Weltkrieg führt eine Zeichnung, die den Pazifisten Jesus gekreuzigt mit Gasmaske und Soldatenstiefeln zeigt, zum breit rezipierten „Gotteslästerungsprozess“. Als Konsequenz muss die Zeichnung, Blatt 10 der Mappe, eingestampft werden. Grosz hatte einige Exemplare beiseitegeschafft, und so steht man 2024 vor „Maul halten und weiter dienen“ und anderen Zeichnungen aus der Mappe mit der Erkenntnis, dass Grosz' Stil und seine Botschaft eine frap-pierend zeitlos-aktuelle Dringlichkeit auszeichnet.

Grosz' Schwägerin Lotte Schmalhausen fotografiert Grosz 1928, als der Prozess läuft, auf dem Dach des Hauses Savigny-Platz 5. Grosz ist 35, über Augen und Nase haben sich tiefe Falten eingegraben. Müde sitzt er auf der Backsteinmauer, nur die Punkte auf der Krawatte scheinen zu tanzen. Brecht schreibt sechs Jahre später an ihn: „Vorläufig halten uns die Emigrantenzeitungen aufrecht. Wir sehen aus ihnen mit Freude, dass unsere Landsleute ohne uns nicht glücklich sind, Die Kultur soll (dort) sehr nachgelassen haben. Daraus schöpfen wir die Hoffnung, dass man uns bald wieder holen wird.“

1947 fordert er George Grosz auf, zusammen „etwas für das alte Kulturland zu tun“. Grosz lehnt dankend ab. 1959 kehrt er doch nach (West)Berlin zurück, fällt die Treppe runter und stirbt.

„Was sind das für Zeiten? – Grosz, Brecht & Piscator“: Das Kleine Grosz Museum. Bis 25. November



George Grosz, „Musterung“, 1927 Foto: © Estate of George Grosz, Princeton, N.J./VG Bild-Kunst, Bonn 2024

Wie klingt ein Soundburger?

Die musikalischen Potenziale von Wegeworfenem werden beim Festival für selbstgebaute Musik erforscht

Von Andreas Hartmann

Wie klingt ein Soundburger? Wie eine Fahrradtrommel oder ein Schlauch-Saxofon? Man wird es erleben können bei der neuen Ausgabe des Festivals für selbstgebaute Musik am kommenden Sonntag im Holzmarkt. Die oben genannten Instrumente sind Erfindungen des Kollektivs Bélamühely aus Budapest, mit denen sie im Rahmen der Veranstaltung ein Konzert geben.

Die Bastler und Musiker sind schon ein paar Tage vor ihrem großen Auftritt nach Berlin gekommen. So wie auch ein paar weitere DIY-Instrumentenbauer aus anderen europäischen Städten, etwa aus Wien oder Barcelona. Tüftler, die sich Objekte ausdenken, mit denen sich Musik machen lässt oder zumindest Klänge erzeugen lassen, und die es garantiert in keinem Fachgeschäft käuflich zu erwerben gibt, sind auf der ganzen Welt aktiv. So hatten die Kuratoren des Festivals für selbstgebaute Musik, das es seit 2016 gibt, für dieses Jahr die Idee, die internationale Szene zu vernetzen. Bis zum Sonn-

tag werden Bélamühely auch Workshops für Gleichgesinnte geben und sich selbst vielleicht auch ein paar Tipps von anderen Tüftlern einholen.

Zu Vorbereitung hat ein kleines Team aus Berlin im letzten Jahr ein paar Werkstätten von Instrumentenbauern in Europa besucht und sich Eindrücke von deren Arbeit vor Ort machen können, erzählt Matthias Kreamreiter, einer der Kuratoren des Festivals. Diese Impressionen werden zu einer kleinen Ausstellung im Holzmarkt am Sonntag verarbeitet.

Bélamühely trifft man ein paar Tage vor dem Festival im Büro der Veranstalter in der Rigaer Straße in Friedrichshain. Als so eine Art Pressesprecher des Kollektivs stellt sich Bence Molnár in feinstem Englisch vor. Er sagt aber, er sei nur der Übersetzer für das eigentliche Mastermind der Gruppe, seinen Onkel István Rimóczi, der jedoch kein Englisch spricht. So stellt man seine Fragen an den Onkel und der Neffe übersetzt.

Die Instrumente, erfährt man aus der Konversation, werden von Bélamühely, die es bereits seit 17 Jahren gibt, aus re-

cyclen Materialien zusammengebastelt. Am wichtigsten sei dabei nicht die Vorstellung, aus altem Schrott ein Instrument herstellen zu können, das es am Ende mit einem Klavier oder einer Violine aufnehmen kann. Entscheidender sei eher die Arbeit an dem Instrument selbst, das Kreieren von etwas Nützlichem aus Gegenständen, von denen man denkt, diese seien einfach nur Abfall. Matthias Kreamreiter, der Bélamühely in Budapest besucht hatte, sagt, er habe von dem Kollektiv gelernt, „die Dinge um sich herum anders zu betrachten und zu erkennen, dass sie auch zu etwas anderem nutzen sein können.“

Diese Der-Weg-ist-das-Ziel-Philosophie gilt sicherlich nicht für alle der Instrumentenbauer, die beim Festival auftreten oder dort in den letzten Jahren aufgetreten sind. Wenn man etwa an den Berliner Hans Unstern denkt, der hier bereits seine Harfen Marke Eigenbau vorstellte, dürfte klar sein, dass diese aufwendig produzierten Instrumente unbedingt vor allem spektakulär klingen sollen. Aber der Grundidee von Bélamü-

hely, spielerisch Gegenstände zum Klängen zu bringen und sie so einer neuen Bestimmung zuzuführen, können wohl die meisten aus der Instrumenten-Selbstbauszene etwas abgewinnen.

Sich miteinander etwas auszudenken und nicht nur allein in der eigenen Werkstatt, sei ebenfalls bedeutsam für Bélamühely, sagt István Rimóczi. Deshalb gebe man auch Workshops für Kinder, die unter Anleitung lernen können, dass beispielsweise die Tastatur eines alten Computers nicht unbedingt beim Elektroschrott landen muss. Sondern dass sich daraus auch ein Perkussionsinstrument machen lässt. Einfach die Gummis unter den Tasten raus und schon klappern und klackern diese in einer ganz neuen Dimension, wenn man auf ihnen herumdrückt. Eltern dürften sicherlich auch ihre Freude haben, wenn der Nachwuchs den ganzen Tag auf seinem neuen Instrument herumdrückt, der manipulierten Schrotttastatur.

Festival für selbstgebaute Musik am 1. September im Holzmarkt, ab 13 Uhr



Liebt den Sünder, aber nicht die Sünde: der Bremer Pastor Olaf Latzel
Foto: Hauke-Christian Dittrich/dpa

Hassprediger entschuldigt sich bei „Gendermenschen“

Für eine Entschuldigung und gegen eine Zahlung von 5.000 Euro an einen queeren Verein darf ein evangelikaler Pastor aus Bremen sich nun weiterhin mit der Unschuldsvermutung schmücken. Das Verfahren gegen ihn wegen Volksverhetzung wurde am Mittwoch in Bremen eingestellt

Von Franziska Betz

Bereits über eine Stunde vor Beginn der Berufungsverhandlung gegen den evangelikalen Pastor Olaf Latzel wegen Volksverhetzung hat sich am Mittwoch eine Menschentraube vor dem Bremer Landgericht gebildet. Die Mehrheit unterstützt deutlich sichtbar Latzel. Einer von ihnen trägt ein T-Shirt mit der Aufschrift „There’s power in the name of Jesus“. Am Ende wird das Berufungsverfahren gegen Latzel eingestellt. Queere Organisationen kritisieren das Ergebnis.

Drei Aktivist*innen des Bündnisses Queerlobby – einem losen Bündnis verschiedener queerer Organisationen –, die den Prozess verfolgt haben, berichten der taz später, die Latzel-Unterstützer*innen hätten ihnen Zettel mit Bibelsprüchen in die Hand gedrückt. Der taz liegt einer dieser Zettel vor. „Wenn ihr ihn aber verlasst, so wird er euch auch verlassen“, steht da unter anderem, ein Zitat aus dem Alten Testament.

Im historischen Gerichtssaal posiert der 56-jährige Latzel zunächst mit einer Bibel, die er sich mit beiden Händen vor den Bauch hält für die Kameras der Pressevertreter*innen. Das Medieninteresse ist groß, mindestens drei Kamerateams sind vor Ort.

Im Oktober 2019 hatte Latzel in einem Seminar namens „Biblische Fahrschule für die Ehe“ einen eineinhalbstündigen Alleinvortrag gehalten. Er sprach unter anderem von „gelebter Homosexualität“ als „todeswürdig und vor Gott ein Gräuelt“, von einer „teufelischen Homo-Lobby“, die sich in die Gesellschaft dränge und von „diesen Verbrechen von Christopher-Street-Day“ gesprochen.

Bevor es am Mittwoch mit dem Prozess so richtig losgehen kann, stehen plötzlich zwei Herren im Gerichtssaal. Einer hat einen Stapel Papier dabei. Sie seien von einer Internationalen Organisation für Völkerrecht, sagt der mit den Zetteln, man wolle eine Erklärung verlesen und berufe sich auf UN-Resolutionen. Während der Präsident des Landgerichts die beiden leise aber bestimmt bittet, die Verhandlung nicht weiter zu stören und auf sein Hausrecht verweist, ruft einer der beiden noch: „Der Bürger hat hier das Hausrecht“ und „Man darf nicht wegen ein- und desselben Verbrechens zweimal verurteilt werden“. Dann werden beide von einem Justizbeamten aus dem Saal begleitet.

Santos Blume vom Bündnis Queerlobby beobachtet den Prozess und ordnet die beiden Männer dem Spektrum der Selbstverwalter zu, die laut Verfassungsschutz wiederum zum Spektrum der Reichsbürger gehören. Für Blume zeigt dieser Vorfall, wie sehr sich in der Unterstützung für Latzel verschiedene konservative und queerfeindliche Szenen verbinden. Bei der ersten Verhandlung im Fall Latzel sei auch der islamistische und homofeindliche Youtuber Huseyin Özoguz aus Delmenhorst aufgetaucht. Laut der Fernsehsendung, „buten un binnen“ hatte er die Begegnung mit den Latzel-Anhänger*innen damals als „faszinierend“ bezeichnet.

Zurück im Gerichtssaal braucht die Vorsitzende Richterin dann gut eine halbe Stunde, um den bisherigen Verlauf des Verfahrens gegen Latzel zu erläutern. Die Staatsanwaltschaft hatte Äußerungen aus seinem Vortrag als Verletzung der Menschenwürde gewertet und ein Verfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet.

Das Amtsgericht Bremen sprach Latzel im November 2020 schuldig und verurteilte ihn zu einer Geldstrafe von 8.100 Euro. Latzel ging in Berufung und argumentierte, er habe sich auf Textstellen aus der Bibel bezogen, zudem lehne er nur die Homosexualität ab, Homosexuelle seien in seiner Gemeinde – wie alle Sünder – willkommen.

Das Landgericht sah Latzels Äußerungen durch die Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt und sprach Latzel im Mai 2022 frei. Daraufhin legte die Staatsanwaltschaft Revision ein und der Fall landete beim Hanseatischen Oberlandesgericht (OLG).

„Latzel hat in seiner Entschuldigung abwertende Worte wie ‚Gendermenschen‘ verwendet. Das ist keine respektvolle Selbstbezeichnung“

Lilli Hasche, Bündnis Queerlobby

Die Richter*innen des OLG kritisierten das Urteil des Landgerichts als lückenhaft, hoben den Freispruch wieder auf und verwiesen den Fall wieder zurück an eine andere Kammer des Landgerichts. Das Landgericht, so mahnte das OLG, habe bei der erneuten Befassung mit dem Fall zu beachten, dass dort, wo die Menschenwürde betroffen sei, die Religionsfreiheit an ihre Grenzen komme.

Ob die Menschenwürde von Latzels Aussagen verletzt wurde, wird juristisch nun wohl nicht mehr geklärt werden. Die Beteiligten einig-

ten sich am Mittwoch darauf, das Verfahren einzustellen, nachdem Latzel eine Erklärung vorgelesen und sich bereiterklärt hatte, 5.000 Euro an den queeren Bremer Verein „Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben“ zu spenden.

In seiner Erklärung sagte Latzel, er habe in dem Seminar Äußerungen getroffen, die „Homosexuelle, Gendermenschen und Menschen des CSD“ verletzt hätten. Dabei habe er das christliche Gebot der Nächstenliebe verletzt, die Betroffenen bitte er „ausdrücklich um Entschuldigung“.

Die Richterin sagte, sie schätze Latzels Entschuldigung als „authentisch“ ein und wies darauf hin, dass das Verfahren ansonsten noch lange hätte weitergehen können. Der Staatsanwalt stimmte ihr zu und wies auf die Belastung hin, die vier Jahre des Verfahrens für den Pastor bedeuteten.

„Die Entschuldigung konnten wir nicht bis zuletzt nachvollziehen“, sagt Lilli Hasche von Queerlobby. Latzel habe abwertende Worte wie „Gendermenschen“ verwendet. „Das ist keine respektvolle Selbstbezeichnung.“

Bisher ist das Verfahren nur vorläufig eingestellt, sobald Latzel die 5.000 Euro bezahlt hat, ist es rechtskräftig. Dann kann Latzel auf juristischer Ebene nicht mehr belangt werden.

Santos Blume vom Bündnis Queerlobby sieht das kritisch. Der Rechtsfrieden sei damit nicht wieder hergestellt. Zudem erschwere das fehlende Urteil das kircheninterne Disziplinarverfahren, das von den Verantwortlichen der Bremischen Evangelischen Kirche bis zu einem Urteilspruch pausiert worden war.

südwest

Mikroklima-Profiteur

Statt Sonne suchen Urlauber*innen heute ja eher Schatten. Coolcation heißt laut des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags (shz) dieser heiße, äh, kühle Scheiß. Weil es in Flensburg im Schnitt ein paar Grad kühler ist als im Rest des Bundeslandes, musste die Stadt gleich doppelt vom neuen Trend profitieren: Besucher*innen könnten es dort sowohl kühl als auch ruhig haben. Flensburgs Tourismuschef erwägt darum gleich mal, für mehr Mikroklima-Tourist*innen den Klimawandel weiter anzuheizen und propagiert den Flugverkehr. „Um die Gäste abzugreifen, die der Hitze entfliehen“, könne der „Airport Sonderburg die Lösung“ sein, sagt er dem shz. Uncool, findet der südwest.



Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie rechtsextremer Rap im Wald klingt

Die Rap-Crew „Neuer Deutscher Standard“ (NDS) bestehend aus den Rappern Proto und Kavalier haben am vergangenen Samstag im niedersächsischen Bad Bevensen ihre Tournee unter dem Motto „Abschiebehauptmeisterparty“ fortgesetzt. Auf dem Album mit dem gleichnamigen Titel rappen sie Zeilen wie diese: „Reih dich ein (...) wir sind stolz, wir sind deutsch, wir sind frei, wir sind white boys (...)“ oder „Von Bautzen bis nach Österreich, hier scheißt man auf dein Döner-Fleisch. (...) ja wir wehren uns fanatisch unsere Herkunft ist germanisch (...) Deutschland wird zum Boxring, Männer im Kampf wird zum Whiteboysummer, wir verändern das Land.“

Eigentlich sollten sie woanders auftreten. Via Telegramm hatte NDS das Konzert in Salzwedel in Sachsen-Anhalt angekündigt. Der Aufruf: Erst gegen den Christopher-Street-Day in Magdeburg demonstrieren und dann zum NDS-Konzert kommen. Kaufte man ein Ticket, bekam man aber einen anderen Ort genannt: das Schützenhaus im niedersächsischen Oetzen. Dort finden regelmäßig Partys statt und eine Person aus der Region soll die Räume für das NDS-Konzert gemietet haben. Nachdem die Antifa Lüneburg den Schützenverein darüber informierte, an wen sie da vermietet haben, erklärte ein Mitglied der Vorstandes den Mietvertrag für ungültig und die Crew der rechtsextremen Rapper packte ihre Technik zusammen und zog weiter – nach Bad Bevensen.

Das „Ausländer raus“-Gegröle ließ nicht lange auf sich warten

Dort fand das Konzert auf dem Parkplatz eines ehemaligen Krankenhauses im Wald statt, „L'amour toujours“ durfte auf der Playlist nicht fehlen. Der Hit des italienischen Musikproduzenten Gigi D'Agostino wird schon eine Weile rassistisch umgedeutet und das „Ausländer raus“-Gegröle ließ nicht lange auf sich warten.

Ein kommerzieller Erfolg war der Abend allerdings nicht. Nur knapp 30 Personen kamen und als die Polizei nach 22 Uhr anrückte, war die Party schon im Begriff zu enden. Die Polizei kontrollierte dann noch alle Anwesenden und ihre Fahrzeuge wegen einer „kommerziellen und nicht angemeldeten rechtspopulistischen Musikveranstaltung im öffentlichen Raum“.

Das Musiknetzwerk NDS gründeten 2019 Cristoph Zloch alias Cris Ares und Kai Naggert alias Proto/Prototyp. Naggert kam von der Identitären Bewegung, aus der früh mit Hip-Hop-Botschaften gegen den „großen Austausch“ und für den „Kampf um Europa“ performt wurde, er gilt als Kopf von NDS-Records. Ares zog sich zurück, nachdem er vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wurde. NDS ist zudem eng mit der rechtsextremen Partei „Der III. Weg“ verbunden.

Wie sehr Naggert sich radikalisiert hat, beweist auch sein Album „Weiss Männlich Kampfbereit“, das er als Proto veröffentlicht hat. Er rappt: „Damals wie heute, Europa erwache. Für Heimat und Volk griff dein Opa zur Waffe“. Mit dieser Art von Sound mobilisiert NDS die junge rechte Szene. Und Abende wie der in Bad Bevensen und die aus Sicht der Szene gelungene Verlagerung des Konzerts dürfte sowohl der Crew als auch den Fans ein Gefühl von „Wir haben uns durchgesetzt, wir stehen zusammen“ gegeben haben.

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

Roter Teppich für Diktator Erdoğan

Eine „Friedensdelegation“ um Hamburgs Linken-Fraktionschefin Cansu Özdemir wurde auf dem Weg nach Kurdistan ausgebremst – illegal, wie das Verwaltungsgericht Köln urteilte

Aus Köln **Andreas Wyputta**

Die Bundespolizei hat Mitglieder einer Delegation von prokurdischen Aktivist:innen, zu der mit Cansu Özdemir auch die Co-Fraktionsvorsitzende der Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft gehörte, am Düsseldorfer Flughafen unrechtmäßig an einer Reise in den kurdischen Teil des Iraks gehindert. Das hat das Verwaltungsgericht Köln nach Klagen von Delegationsteilnehmerinnen am Mittwoch in zwei Einzelfällen entschieden.

Die aus rund 20 Menschen bestehende „Friedensdelegation“ hatte sich am 12. Juni 2021 aus Hamburg auf den Weg gemacht. Ziel sei gewesen, „als Teil einer internationalen Delegation die dort lebende Zivilbevölkerung für eine friedliche Lösung gegen den völkerrechtswidrigen Krieg der Türkei in Südkurdistan zu unterstützen“, so die Initiative Defend Kurdistan.

Für einen „Skandal“ hält Özdemir, was dann am Düsseldorfer Flughafen geschah: „Nach dem Sicherheitscheck sind wir von Bundespolizist:innen eingekesselt worden“, sagte sie der taz. „Auf meinen Einwand, ich sei

Abgeordnete, wurde mir gesagt: Das ist ein Befehl von oben.“

Offenbar sei die Reise auf Basis einer „politischen Anordnung“ verhindert worden, um den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan nicht zu verärgern, glaubt Özdemir noch heute: „In diese Anordnung muss das Bundesinnen- oder das Bundesaußenministerium involviert gewesen sein.“

„Wir sind von der Bundespolizei eingekesselt worden“

Cansu Özdemir, Die Linke

Mitglieder der Delegation aus Hamburg seien teilweise „vier bis fünf Stunden“ festgehalten worden – und verpassten wie Özdemir selbst ihren Flug. 16 Delegationsmitgliedern untersagte die Bundespolizei außerdem für einen Monat die Ausreise in den Irak. Dokumentiert wurde dies auch mit einem Stempel im Reisepass.

Zur Begründung hieß es, die Delegationsteilnehmer:innen könnten die von der Europä-

ischen Union, nicht aber von den Vereinten Nationen als terroristische Vereinigung eingestufte Arbeiterpartei Kurdistans unterstützen wollen. Konkret bestünde der Verdacht, sie könnten sich der PKK als „menschliche Schutzschilde“ gegen Angriffe des türkischen Militärs zur Verfügung stellen – was nicht nur Özdemir, sondern auch die beiden Klägerinnen vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht, Ronja H. und Theda O., als „realitätsfern“ zurückwiesen.

„Ich wollte auf der Reise Öffentlichkeitsarbeit für die Friedensdelegation leisten“, erklärte Ronja H. im Gerichtssaal. „Mit unseren Klagen wollen wir klar machen, dass wir massive Eingriffe in unsere Grundrechte wie durch diese ‚Ausreiseuntersagungen‘ nicht einfach hinnehmen“, so die Klimaktivistin zur taz – und bekam wie Theda O. Recht: Die Ausreiseverbote seien rechtswidrig, urteilte das Kölner Verwaltungsgericht.

Zwar erlaubt das Passgesetz, Ausreisen zu untersagen, wenn „die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet“ seien. Dies muss aber mit „Tat-

sachen“ begründet werden – der bloße Verdacht, als „menschliche Schutzschilde“ fungieren zu wollen, reiche nicht aus. Auch der Hinweis, die PKK rekrutiere gezielt europäische Jugendliche, sei insbesondere mit Blick auf die 2021 bereits 70-jährige Theda O. wertlos.

„Sehr positiv“ sei die Entscheidung, findet Özdemir. Sie konnte nicht klagen, da sie keine formelle Ausreiseuntersagung erhalten hat. Ihre Anzeige wegen Freiheitsberaubung und Nötigung wurde von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf abgeschmettert. „Das Urteil macht klar, wie die Bundespolitik dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unrechtmäßig den roten Teppich ausrollt“, kritisiert die Linke – „und so einen islamistischen Diktator stützt“.

Allerdings: Angewendet wird das Druckmittel der Ausreiseverweigerung von der Bundespolizei noch immer. Erst am 30. Juli wurden am Münchener Flughafen fünf Studierende festgehalten, die an Gedenkveranstaltungen zum zehnten Jahrestag des Genozids an den Jesid:innen im Irak teilnehmen wollten. Auch in diesem Fall sind bereits Klagen angekündigt.

taz salon Wege aus der Bremer Drogenkrise



Mehr als 100 Menschen diskutierten am Dienstag im Lagerhaus über die Bremer Drogenpolitik, die der wachsenden offenen Drogenszene mit Repression auf der einen und dem Aufbau einer dezentralen Hilfsstruktur auf der anderen Seite begegnet. Eva Carneiro Alves, Suchtreferentin der Gesundheitsministerin, sagte, man müsse drogengebrauchende Menschen da abholen, wo sie sind, aber es sei nicht einfach, geeignete Räumlichkeiten zu finden, auch wegen des Protests vor Ort. Streetworker Tobias Winkler erläuterte, wie sehr die Szene unter Stress stehe, weil sie vom Hauptbahnhof vertrieben werde und dann in anderen Stadtteilen in

Konflikt mit Anwohnenden gerate. Lenny von „Junkies, Ehemalige und Substituierte“ ist für eine Legalisierung aller Drogen, weil nur das die Kriminalisierung beenden würde, die viel Elend verursacht. Auch Dieter Winge, seit mehr als 30 Jahre in der Suchthilfe tätig und Fraktionssprecher der Linken im Beirat Gröpelingen, ist grundsätzlich für Legalisierung, aber akut gehe es vor allem darum, den Etat für die Drogenhilfe deutlich aufzustocken. Foto: Nikolai Wolff

Nächster taz salon: „Frauen im Protest“, 10. 9., 19.30 Uhr, Haus 73, Hamburg

nachrichten

Grindelfest abgesagt

Aus Furcht vor Nachahmern des tödlichen Anschlags von Solingen ist ein im Hamburger Grindelviertel geplantes Straßenfest abgesagt worden. „Wir sind leider zu dem Entschluss gekommen, dass wir trotz Security und Unterstützung der Polizei keine Sicherheit garantieren können“, sagte Jimmy Blum, Vorsitzender des Grindel-Vereins, dem *Hamburger Abendblatt*. „Genau wie in Solingen wollten wir die Vielfalt fei-

ern – das erhöht das Risiko von Nachahmern sehr.“ Sein Verein war von der Bezirksversammlung Eimsbüttel damit beauftragt worden, in diesem Jahr mit der Jüdischen Gemeinde und Kultureinrichtungen ein Fest der Vielfalt mit jüdischer Lebenskultur zu organisieren. (dpa)

Demo gegen Abschiebungen

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen und weitere Hilfsorganisationen rufen für

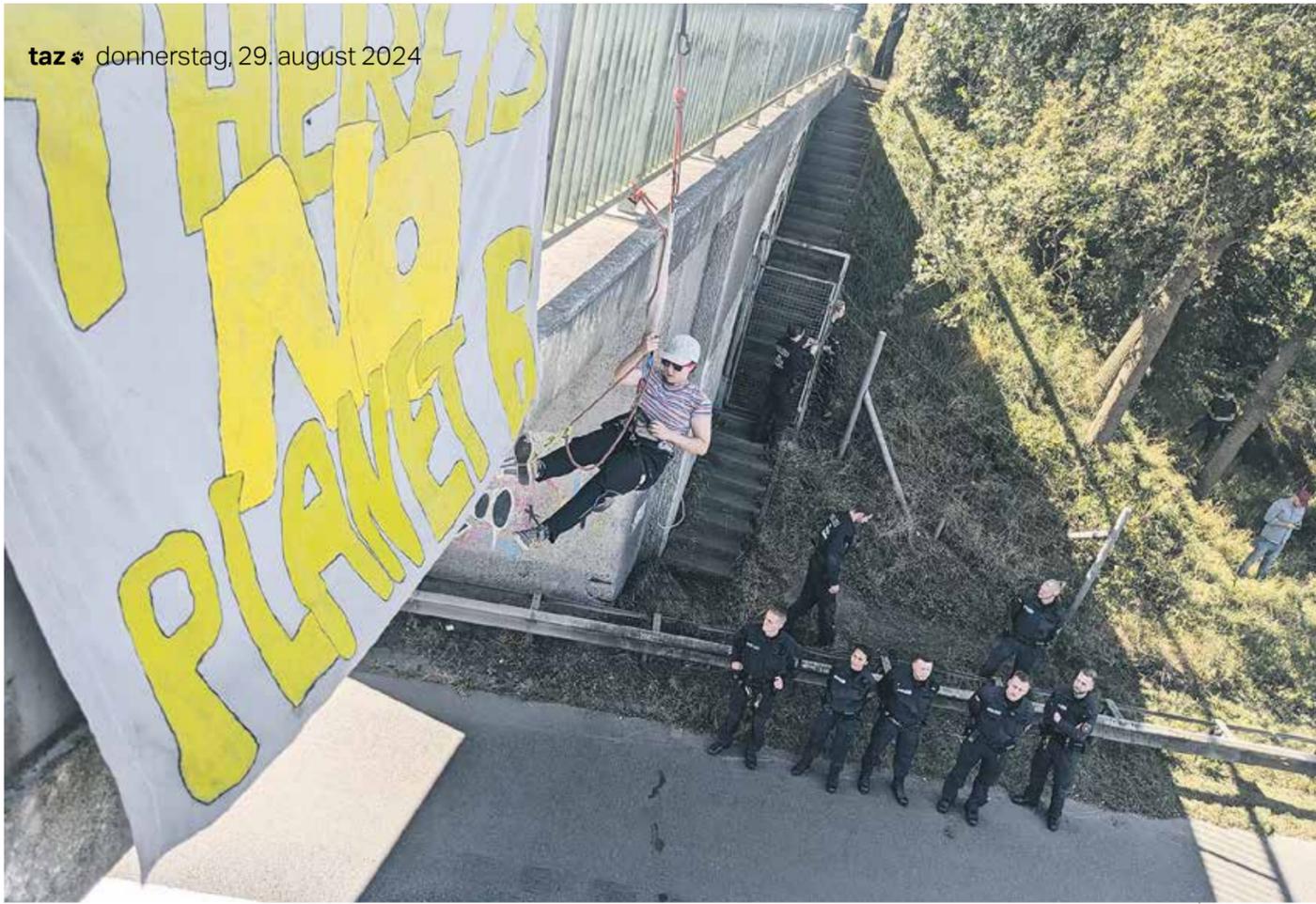
Freitag zur alljährlichen Demonstration gegen Abschiebungen am Flughafen Hannover-Langenhagen und dem benachbarten Abschiebungsgefängnis auf, wie der Flüchtlingsrat mitteilte. Sie fordern „Solidarität mit Schutzsuchenden Menschen statt Abschiebungen um jeden Preis“. Die Organisationen halten es für „absolut fahrlässig“, nach dem islamistischen Anschlag von Solingen einen Aufnahmestopp für Menschen aus Syrien und Afghanistan und Abschie-

bungshaft für alle ausreisepflichtigen Menschen zu verlangen. „Diese Forderungen ignorieren Grundgesetz und Völkerrecht und stehen vollkommen außerhalb der Rechtsstaatlichkeit“, kritisierte Sigmar Walbrecht vom Flüchtlingsrat. (epd)

Vušković-Sperre verlängert

Fußballprofi Mario Vušković vom Hamburger SV hat den Kampf gegen seine Dopingsperre verloren. Im Berufungs-

prozess zum Doping-Fall um den Kroaten hat der Internationale Sportgerichtshof CAS die Sperre gegen den 22-jährigen nicht nur bestätigt. Die höchsten Sportrichter gaben vielmehr der Berufung der Nationalen Anti-Doping-Agentur Nada und der Welt-Anti-Doping-Agentur Wada statt und erhöhten das Strafmaß sogar auf vier Jahre, wie der CAS, die Nada und der HSV mitteilten. Vušković bleibt damit bis Herbst 2026 gesperrt. (dpa)



Abseilen für den Klimaschutz an der A27: Vom Grundrecht auf Versammlungsfreiheit gedeckt
Foto: privat

Verwaltungsgericht benötigt Autofahrende

Protest auf der A27 ist anerkannt legal. Wegen einer ähnlichen Aktion wie gestern am Bremer Kreuz steht heute ein Aktivist wegen Nötigung vor dem Amtsgericht Achim

Von **Lotta Drügemöller**

Ruben ist angeklagt: Der Umweltaktivist soll sich von einer Schilderbrücke in Achim über der A27 abgeseilt und Transparente aufgehängt haben, um gegen die Verkehrsministerkonferenz in Bremen zu protestieren. Die Autobahn musste damals, 2021, gesperrt werden, es gab Staus – schwere Nötigung wirft die Staatsanwaltschaft Ruben und einer Mitangeklagten vor; am heutigen Donnerstag wird vor dem Amtsgericht Achim ein Urteil verkündet.

Ruben ist gerade zu Fuß auf dem Weg, als er am Mittwochmittag mit der taz telefoniert: Es geht, sieh an, zu einer Autobahnbrücke in Achim an der A27. Obwohl kaum Wind weht, rauscht es laut durchs Telefon. „Die Autos“, erklärt Ruben, „aber gleich ist Schluss, dann gibt’s hier nur noch Vogelzwitschern.“ Wieder wollen Aktivist*innen sich von einer Brücke runterlassen, wieder sollen Transparente herabgelassen werden, wieder wird die Autobahn für den Verkehr gesperrt sein.

Dieses Mal allerdings ist der Protest als Versammlung ange-

meldet – und gerichtlich durchgewunken. Anlass ist der Prozess am Donnerstag, aber es geht auch um das große Ganze, um Klimawandel und die Verkehrswende.

Die Stadt Achim hatte sich vorab ein wenig quergestellt: Versammlung schön und gut, aber bitte nur auf der Brücke und ohne Abseilen! Zu Unrecht, befand das Verwaltungsgericht

Proteste dürfen spektakulär sein, um öffentlich Wirkung zu zeigen

Stade, und erlaubte in einem Eilbeschluss am Dienstagabend die Abseilaktion: Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit umfasse auch den Beachtungserfolg, also die möglichst große Öffentlichkeitswirkung eines Protests.

Ganz ließ die Kammer den Antrag nicht durchgehen: Das Abseilen bei fließendem Verkehr sei zu gefährlich, befand das Gericht – die Autobahn

müsse gesperrt werden. Die Transparente konnte so zwar kaum einer lesen; „aber die Autobahnsperrung selbst ist auch ein Beachtungserfolg“, sagt Gerichtssprecher Richard Wermes. „Viele Medien fragen an.“

Dass die Aktion in letzter Minute durch einen Eilbeschluss des niedersächsischen Obergerichtspräsidenten (OVG) in Lüneburg von einer Stunde auf eine halbe verkürzt werden musste, finden die Aktivist*innen nicht schlimm. „Die Hauptsache ist: Die Störung ist passiert“, sagt Aktivistin Mika kurz nach Ende der Aktion, bei der sie sich abgeseilt hat. „Schließlich“, ergänzt Ruben, „ging es nicht in erster Linie um eine Blockade, sondern um die Symbolik.“ Und die beweist aus seiner Sicht: „Es ist keine Straftat, sich von einer Autobahnbrücke abzuseilen.“

Bei dem Prozess in Achim wird Ruben und einer Mitangeklagten Nötigung im besonders schweren Fall vorgeworfen; mindestens sechs Monate Haft stehen darauf. Schließlich, so die Staatsanwaltschaft, standen bei der Aktion 2021 Tausende Autofahrer*innen im Stau.

Stau allerdings gibt es täglich, mit unterschiedlichen Ursachen. Auch die jetzt vom Gericht veranlasste Autobahnsperrung hat für einen Stau gesorgt; am Stauende gab es laut Polizei noch dazu einen Auffahrunfall. „Wenn die Staatsanwaltschaft ihre eigene Logik ernst nimmt, müsste sie dafür die Fünfte Kammer des Verwaltungsgerichts Stade wegen Nötigung verklagen“, sagt Ruben.

Vorm Amtsgericht rechnet er am Donnerstag mit Freispruch. Insgesamt sind Umweltaktivist*innen stark davon abhängig, welches Gericht über ihren Fall entscheidet. So kam eine andere Aktion rund um die Verkehrsministerkonferenz 2021 vor dem Landgericht Bremen gar nicht erst zur Anklage.

Bei der Entscheidung für die Abseilaktion wiederum hatten die Aktivist*innen offenbar Glück: Das Obergerichtspräsidentenamt, das die Dauer des Protests auf Antrag der Stadt nachträglich verkürzt hatte, machte später deutlich: Hätte die Stadt Achim vom OVG ein Verbot der Aktion gefordert, wäre das Gericht dieser Forderung wohl auch nachgekommen.

verschlafen

Kritik der SPD-Basis an Hamburgs Hafen-Deal kommt viel zu spät

Na, da sind sie ja aufgewacht! Nun gibt es in der Hamburger SPD doch noch ein Aufmucken gegen den umstrittenen Hafen-Deal mit der Reederei MSC: In einem offenen Brief fordern mehrere Dutzend Sozis von ihren Genoss:innen, die in der Hamburgischen Bürgerschaft sitzen, dass die den Teilverkauf des Hafens bei den anstehenden Abstimmungen ablehnen mögen.

Der Hafen als Teil der kritischen Infrastruktur gehöre unter demokratische Kontrolle und habe den wirtschaftlichen Interessen aller zu dienen und nicht dem Gewinninteresse einzelner Konzerne, mahnen die Genoss:innen von der Basis. Ja, es gehe jetzt um „die Verwirklichung sozialdemokratischer Grundsätze und eine historische Entscheidung für die Stadt“.

Das sind natürlich angemessen große Worte für die anstehende Entscheidung: Die Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) betreibt drei der vier Terminals im größten deutschen Hafen und ist bislang, trotz einer ersten Teilprivatisierung, de facto unter ausschließlicher städtischer Kontrolle. Diese Macht will sich der SPD-geführte Senat künftig mit der weltgrößten Container-Reederei MSC teilen. Sie soll 49,9 Prozent der Anteile bekommen, ordentlich Kapital und Containerladung einbringen, um so den kriselnden Hafenstandort Hamburg zu retten. Mindestens 40 Jahre lang soll der Vertrag laufen.

Die Hafendarbeiter:innen hatten schnell kapiert, dass sie etwas dagegen unternehmen müssen – es folgten Demonstrationen und sogar wilde Streiks

Die im offenen Brief geäußerte Kritik ist inhaltlich natürlich völlig richtig: Etwa, dass die bislang ziemlich guten Arbeitsbedingungen im Hafen künftig schlechter werden und dass MSC als deutlich finanzkräftigerer Partner in dieser Beziehung einzig auf eigene Vorteile schauen wird.

Nur: Wie ernst kann so ein Aufbegehren gemeint sein, wenn es dafür ein knappes Jahr braucht? Ganze elfeinhalb Monate ist die Ankündigung des Deals her. Sicher, überrumpelt wurden von der eilig am frühen Morgen einberufenen Pressekonferenz damals alle, als da plötzlich die drei führenden Hamburger Genoss:innen – Bürgermeister Peter Tschentscher, Wirtschaftsministerin und Landes-SPD-Chefin Melanie Leonhard sowie Finanzsenator Andreas Dressel – mit dem MSC-Vorstandschef Søren Toft in der Mitte standen und die zuvor klammheimlich ausgehandelte Kooperation präsentierten.

Die Hafendarbeiter:innen hatten schnell kapiert, dass sie etwas dagegen unternehmen müssen – es folgten Demonstrationen und sogar wilde Streiks. Dass nicht unmittelbar Beteiligte ein wenig länger brauchen, um sich ein Urteil zu bilden, ist dagegen zwar nachvollziehbar. Nur gab es seither zig Gelegenheiten, sich in den Diskurs einzumischen – es gab öffentliche Anhörungen, es gab Parlamentsdebatten, es gab Zeitfenster, um für einen Meinungsumschwung zu sorgen. All diese Gelegenheiten wurden von den SPD-Kritiker:innen schweigend ausgelassen. Jetzt ist es hingegen zu spät, denn außer den zwei, drei SPD-Abgeordneten, die ihre Skepsis am Plan von Tschentscher, Leonhard und Dressel schon geäußert hatten, wird niemand mehr umfallen.

Weil also die nun organisierte SPD-interne Kritik erst aufkam, da es zu spät ist, drängt sich der Eindruck auf: Dieser offene Brief ist – leider – nur eine Simulation von Politik. Man wollte die Sache halt noch mal kritisieren und alle mitbekommen lassen, dass es in der SPD noch Leute auf der Seite der (Hafen-)Arbeiter:innen gibt. Doch den ernsthaften Willen, die nötigen Entscheider:innen davon zu überzeugen, gibt es nicht. Jetzt, da die in wenigen Tagen anstehende Entscheidung zur weiteren Privatisierung des Hafens praktisch schon gefallen ist, ist dieser offene Brief auch keine Konfrontation mit der eigenen Parteispitze mehr, eben weil er keine Reaktion erfordert.

Die Chance wurde vertan – mit negativen Folgen für mindestens die nächsten 40 Jahre.
André Zuschlag

Ex-Linke wollen nicht zahlen

Die Partei will von ihren ehemaligen Abgeordneten Yildiz und Dolzer Mandatsträgerbeiträge einklagen

Von **Marta Ahmedov**

Jetzt geht es um Geld: Auch nach ihrem Parteiaustritt im Januar hört der Streit zwischen den Abgeordneten Mehmet Yildiz und Martin Dolzer und der Hamburger Linken nicht auf. Nach Auffassung der Partei schuldet Yildiz ihr 7.532 Euro an Mandatsträgerbeiträgen. Deshalb läuft aktuell ein Mahnverfahren vor dem Landgericht Hamburg. Ein ähnliches Verfahren läuft auch gegen Martin Dolzer. Da der Streitwert geringer ausfällt, liegt es nur beim Amtsgericht.

Int der Bundessatzung der Linken und in einem Beschluss des Hamburger Landesverbands ist festgelegt, dass Abgeordnete einen Teil ihrer Diäten an die Partei abgeben

müssen. Dies ist bei Parlamentsfraktionen üblich.

Yildiz war im Februar 2022 zwar aus der Linkenfraktion ausgetreten, jedoch weiterhin Mitglied der Partei geblieben. In einer Mail an den Landesschatzmeister Julian Georg hatte Yildiz im März 2022 noch geschrieben, dass er seine Beiträge weiterhin zahlen würde. Ab April 2022 stellte er die Zahlung jedoch ein.

Georg teilte mit, dass er nicht nur qua Amt, sondern auch persönlich enttäuscht von Yildiz sei. Neben dem Verstoß gegen Parteiregeln sei es unredlich gegenüber den engagierten Mitgliedern der Partei, mit deren Hilfe Yildiz gewählt worden sei, dass er die Zahlung nun verweigere.

Yildiz beruft sich darauf, dass die Abgabe freiwillig sei. Tatsächlich

ist in dem Parteitagsbeschluss der Hamburger Linken von „freiwilligen“ Beiträgen die Rede. In demselben Beschluss steht aber auch: „Mit der Kandidatur (...) für ein Mandat erkennen die Bewerber_innen diese Mandatsträger_innenabgabeordnung als für sie verbindlich an. Sie verpflichten sich damit ausdrücklich, die Mandatsträger_innenabgabe (...) zu zahlen.“

Yildiz hat aber noch ein zweites Argument: Ein Urteil des Landgerichts Bremen aus dem November 2023 in einem ähnlichen Fall: Die AfD Bremen wollte von ihrem ehemaligen Abgeordneten Frank Maginitz Mandatsträgerbeiträge in Höhe von insgesamt 26.000 Euro einklagen. Das Gericht gab der Partei kein Recht. Nach Auffassung des Landge-

richts sind verpflichtende Mandatsträgerbeiträge sogar verfassungswidrig, weil sie gegen den Grundsatz des freien Mandats verstoßen, der im Grundgesetz verbürgt ist.

Diese Rechtsauffassung ist jedoch sehr ungewöhnlich: „Die einhellige Meinung in der Literatur und auch meine Auffassung ist, dass der Grundsatz des freien Mandats Abgeordnete nicht von der Pflicht entbindet, Abgaben an ihre Partei zu zahlen“, sagt Alexandra Bäcker vom Institut für Parteienforschung an der Uni Düsseldorf. „Dieser Anspruch ist zulässig und einklagbar.“ Das bestätigte auch ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Januar 2023.

Am 25. September wird das Landgericht Hamburg sein Urteil verkünden.

das wird

„Wir vertrauen einander mehr, als wir annehmen“

Utopie-Konferenz hofft in Lüneburg auf Vertrauen

Interview Luisa Gohlke

taz: Halten Sie Vertrauen echt für eine utopische Praxis?

Sven Prien-Ribcke: Ja und nein. Wir vertrauen einander mehr, als wir annehmen. Wir gehen unbewaffnet auf die Straße, wählen und vertrauen den Gerichten.

taz: Aber warum stellen Sie das Thema „Vertrauen“ dann ins Zentrum der Utopie-Konferenz?

Prien-Ribcke: Weil es uns aufrüttelt. Wir haben es mit Ausnahmezuständen zu tun. Das verunsichert Menschen und Politik. Viele zweifeln daran, dass wir eine gute Zukunft haben können. Wir haben keine eingefahrenen Rezepte, mit denen wir klug auf die gegenwärtigen Krisen antworten können.

taz: Inwiefern ist Vertrauen in die Zukunft gerichtet?

Prien-Ribcke: Beim Vertrauen geht es zentral um Zukunft. Es ist eine Wette um eine gute Zukunft. Wenn wir einander vertrauen, gehen wir davon aus, dass wir uns auf ein Morgen und Übermorgen verlassen können.

taz: Aber beruht Vertrauen nicht auf Erfahrung?

Prien-Ribcke: Vertrauen ist eine Praxis, die wir politisch nicht diktieren können. Man muss es sich erarbeiten. Erst in der Praxis zeigt sich, wann Vertrauen gerechtfertigt ist.

taz: Was charakterisiert denn eine Vertrauensbeziehung?

Prien-Ribcke: In Vertrauensbeziehungen akzeptieren wir unsere Verletzbarkeit. Mindestens zwei Menschen müssen sich darauf einlassen. Wir vertrauen dann einander, wenn das Vertrauen bestätigt wird. Das heißt, wenn wir einander entgegenkommen und beidseitige Interessen berücksichtigt werden.

taz: Und wo ist diese Wechselseitigkeit Utopie und wo Alltag?

Prien-Ribcke: Ab der ersten Minute unseres Lebens treten wir in Vertrauensbeziehungen ein, weil wir als Menschen verletzbar sind. Dennoch ist

das Vertrauen darauf angewiesen, immer wieder bestärkt zu werden. Es ist leicht zu erschüttern oder zu zerstören. Dieses Wechselspiel kann zur Utopie werden, wenn wir es politisch verstehen: Da wollen wir Menschen vertrauen, die wir gar nicht kennen. Das wird in unsicheren Zeiten noch mehr zur Herausforderung.

taz: Welche Art von Vertrauen meint die Utopie-Konferenz?

Prien-Ribcke: Das ist die Suche, auf die wir uns begeben wollen. Vom Klimawandel bis zur sozialen Ungleichheit – es könnte sich lohnen, mit der Vertrauensperspektive auf die großen Herausforderungen zu schauen. Das ist die Hoffnung, die wir mit der Utopie-Konferenz verbinden.

taz: Was leistet die Konferenz konkret?

Prien-Ribcke: Die Probleme sind da. Es ist nur die Frage, wie wir sie angehen. Im besten Fall gibt es dazu Ideen, wie wir die nächste Gesellschaft bewusster gestalten können. Vertrauen könnte ein Gegenentwurf zu den derzeitigen autoritären Versucherungen sein.

taz: Wobei diejenigen, die sich von autoritären Gedanken leiten lassen, ja genau darauf vertrauen.

Prien-Ribcke: Da sind wir bei der ganzen Ambivalenz des Vertrauens. Man kann innerhalb einer Gemeinschaft Vertrauensbeziehungen aufbauen, auch wenn die Gemeinschaft äußerster schwierige Ziele verfolgt. Deshalb ist Vertrauen immer darauf angewiesen, sich vor der Gerechtigkeit zu rechtfertigen. Ohne moralischen Kompass ist Vertrauen nicht viel wert.

taz: Also kommen zur Konferenz diejenigen, die eh die gleichen Werte teilen?

Prien-Ribcke: Wir bemühen uns um Anmeldungen aus der Zivilgesellschaft und arbeiten zum Beispiel mit Partnern zusammen, die das befördern. Aber klar, das wird immer beschränkt bleiben, weil man sich für eine solche Konferenz interessieren und sich trauen muss.

Utopie-Konferenz „Vertrauen – eine utopische Praxis?“, 29. bis 31. 8., je ab 10 Uhr, Leuphana- Uni Lüneburg, mit einer Langen Nacht der Utopie, 30. 8. ab 18 Uhr, Zentralgebäude



Der Kampf für Bürgerinnenrechte führte schon Anfang der 1980er oft in den Knast Foto: Majestic/RBB media

Der große Film der Nebenwidersprüche

Mit „Die Unbeugsamen 2“ erzählt der Oldenburger Regisseur Torsten Körner von selbstbewussten Frauen im sozialistischen Deutschland

Von Wilfried Hippen

Die Publizistin Annette Leo nennt „die Emanzipation der Frauen das schönste Erbe der DDR“. Sie sagt das nicht nur als gestandene Historikerin, sondern auch als Zeitzeugin in Torsten Körners Film „Die Unbeugsamen 2“. Mit dem ergänzt er seine Sammlung von Filmporträts bundesdeutscher Politikerinnen, die 2021 in die Kinos gekommen war unter dem Titel „Die Unbeugsamen“. Die Dokumentation des Oldenburger Regisseurs war damals ein großer Erfolg an den Kinokassen.

In Teil zwei nun geht es um die Stellung der Frauen im real existierenden Sozialismus. Und Leos Bonmot ist einer seiner Kernsätze. Das durchaus irritiert. Denn Lobgesänge über die Gleichberechtigung der Frauen in der DDR werden in der Dokumentation nun wirklich nicht gesungen, wie der Untertitel „Guten Morgen, ihr Schönen!“ zumindest andeutet. Wenn die Frauen im Osten tatsächlich ein wenig mehr am Patriarchat gerüttelt haben als in der BRD, dann nicht, weil dies den Idealen des Sozialismus entsprach, sondern (schön marxistisch: Das Sein bestimmt das Bewusstsein) aus ökonomischen Gründen. Es gab nicht genügend Arbeitskräfte in dem kleinen Land. Also mussten die Frauen mit in die Produktion.

„Eine Hausfrau zu sein, war auch was ganz Negatives!“, sagt die in Schwerin aufgewachsene Schauspielerin Katrin Sass. Tatsächlich erzählen die 15 Frauen, die Körner über ihre Sozialisation in der DDR befragte, vor allem von ihren Berufen und Berufungen – und dies sind trotz allem fast immer Erfolgsgeschichten: Brunhilde Hanke war Oberbürgermeisterin von Potsdam, wurde aber, wie der Film belegt, als „Frau Oberbürgermeister“ angeredet. Doris Ziegler ist Malerin, Katja Lange-Müller Schriftstellerin, die Rostocker Friedensaktivistin Ulrike Poppe wurde Brandenburgs erste Beauftragte für die Stasi-Unterlagen und Tina Powileit ist eine der immer noch sehr wenigen Schlagzeugerinnen im Land.

Ja, in diesem Film reden viele Frauen in die Kamera, aber er ist dennoch alles andere als eine Parade von „talking heads“. Denn einerseits wurden die Interviews so geschickt geführt und montiert, dass die Ge-

sprächspassagen durchweg kurz und pointiert sind. Zum anderen hat Körner ihre Erinnerungen mit vielen Auszügen aus Defa-Filmen, Beiträgen des DDR-Fernsehens, historischen Foto- und Musikaufnahmen passend unterfüttert. Dabei trifft er immer dann genau, wenn das Archivmaterial durch die Zeitzeuginnen als Propaganda entlarvt wird. Manchmal fechten die historischen Aufnahmen dies sogar unter sich aus. So etwa in einer sehr komi-

„Eine Hausfrau zu sein, war auch was ganz Negatives!“

Katrin Sass, Schauspielerin

schen Parallelmontage, bei der zwischen Bildern von Frauen in ekstatischem Ausdruckstanz und marschierenden Soldaten der Volksarmee hin und her geschnitten wird.

Mehr als die Hälfte des Films besteht aus solchem „found footage“, und Körner nutzt es nicht etwa nur, um die Scheinheiligkeit der Staatsideologie zu illustrieren. Auch hier erzählt er von den kleinen Freiheiten, die Künstlerinnen und Künstler in der DDR hatten, etwa wenn er Ausschnitte von rebellischen Defa-Filmen wie „Solo Sunny“, „Das Kaninchen bin ich“ oder „Die Legende von Paul und Paula“ zeigt und dem

Dokumentationszyklus „Wittstock“ von Regisseur Volker Koepp gleich ein ganzes Kapitel über dessen Protagonistin, die Abteilungsleiterin Renate Strothmann, widmet.

Außerdem hat Körner eine Vielzahl von Fotografien (im zu Recht gerühmten sozialdokumentarischen Stil), Wandgemälden (mit einem ästhetischen Mehrwert, der über die Staatsreklame hinausgeht) und Liedern von Künstler*innen wie Veronika Fischer, Nina Hagen und Manfred Krug integriert. Sogar das DDR-Sandmännchen hat einen Auftritt, allerdings mit einem der Sendung zugehörigen Werbefilm für die Volksarmee im Kinderfernsehen als Widerhaken.

Der Film ist voll mit solchen Widersprüchen, aber Körner zeigt hier eben auch, wie reich und widerspenstig die Kultur in der DDR sein konnte. Auch in diesem Sinne präsentiert er einen Teil des schönen Erbes des untergegangenen Landes.

Der Fall der Mauer und die folgende „Abwicklung“ der DDR wird ebenfalls komplex behandelt. Für die Frauen bedeutete er oft nicht nur eine Befreiung, sondern auch einen Verlust. Die Blockwalzerin und Volkskammerabgeordnete Katrin Seyfarth sagt es so: „Die Frauen haben sehr darunter gelitten ... auf einmal auf dieses Minimum reduziert zu sein: Haushalt, Familie.“ In diesem Sinne ging mit der DDR auch die hart erfochtene Emanzipation der Frauen wieder den Bach hinunter.



Ulrike Poppe aus Rostock ist stabil demokratisch Foto: Majestic/Misselwitz



Foto: privat

Sven Prien-Ribcke Jahrgang 1975, Politikwissenschaftler, leitet Veranstaltungsformate im Leuphana-College der Uni Lüneburg.

Anzeigen

CLUB

KASSA OVERALL

Jazz / Hip-Hop

Aftershow: Guy Montag

Sa 14. September, 21 Uhr
im Kleinen Haus

THEATERBREMEN

Filmpremiere
„Die Unbeugsamen 2 – Guten Morgen, ihr Schönen!“, 29. 8., 19 Uhr, Abaton, mit Regisseur Torsten Körner. Zugleich Bundesstart